

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Gerichte-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 14. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Polnischer Granit.

Die Wege des Grafen Bülow sind dunkel. Ihn treibt der Ehrgeiz, der Reichskanzler des Sinnlosen zu werden. Es drängt ihn, politische Aktionen zu unternehmen, deren Zweck niemand, deren Ausföhrungslosigkeit jeder einseht. Will er den Zusammenbruch organisieren, ist er nur zufrieden, wenn er seine Niederlagen vorbereiten kann? Oder föhlt er in sich das Talent zum Verwundlungs-Künstler, der auf der Bühne hundert Rollen spielt, nur um das Glück genießen zu können, in hundert Rollen ausgepfiffen zu werden. Oder muß er diese zappelige Politik treiben, weil er sich verpflichtet föhlt, alle möglichen fremden wechselnden Aufträge schnell und prompt auszuführen?

Sicher ist, daß von keinem Standpunkt irgend ein vernünftiger Grund ermittelt werden kann, aus dem der Kanzler, als ob nicht übergenug Explosionsstoff bereits aufgehäuft wäre, plötzlich einen grimmigen Feldzug gegen die Polen eingeleitet hat, der ihn mit der treuesten Regierungspartei, dem Centrum, in unüberwindlichen Konflikt bringen muß, und der obendrein zum schmachlichsten Mißerfolg notwendig führen muß. Gäbe es eine ernsthafte großpolnische Bewegung, sie sollte den Grafen Bülow als ihren besten Agitator anstellen.

Der bereits in der preussischen Thronrede angekündigte Kampf gegen die Polen hat im Abgeordnetenhaus seinen Anfang genommen. Die Nationalliberalen, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich der Regierung als Hüter des nationalen Gedankens in empfehlender Erinnerung zu bringen, konnten in ihrem Heberseher den Beginn des Kampfes nicht erwarten. Sie hatten die Regierung im Abgeordnetenhaus über die Maßnahmen interpelliert, die sie zu ergreifen gedenkt, um den Worten der Thronrede gemäß „in den östlichen Provinzen dem Deutschen die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf der es durch seine lange, unter der weisen Führung der Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutsche in polnischen staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte zu verhindern.“

Gleichzeitig stand am Montag eine Interpellation der Polen zur Verhandlung, ob die Regierung „in Anbetracht der bekümmerten Schulvorgänge in Breschen und im öffentlichen Interesse überhaupt es nicht für geboten erachtet, die auf dem Gebiet des Religionsunterrichts in den Volksschulen der sprachlich gemischten Landesteile getroffenen Anordnungen einer Abänderung zu unterwerfen.“

Die Nationalliberalen schieden zur Begründung ihrer Interpellation nicht den Spezialisten für Polenernennung, Herrn Dr. Sattler, sondern den früheren Staatsminister Döbreeht vor, der in ruhigerer und friedlicherer Weise, als man es sonst an den Nationalliberalen gewohnt ist, die angebliche Gefahr der großpolnischen Bewegung schilderte und die Regierung ermunterte, in dem seit einigen Jahren auf dem Gebiete der Polenpolitik eingeleiteten Wege fortzuführen. Der Redner verwehrt sich ausdrücklich dagegen, daß seine Interpellation etwa beabsichtige, die Regierung zu Ausnahmegesetzen anzuregen. Das Haus hörte seine Rede mit Aufmerksamkeit, aber ohne besondere Erregung an.

Lebhafter wurde es, als der Pole Dr. v. J a z z e w s k i die Tribüne bestieg und in leidenschaftlicher, durch die Fortsetzung gegen seine Landsteile verübten Ungerechtigkeiten leicht erklärlicher Weise schwere Angriffe gegen die Regierung richtete. Als er mit Bezug auf die Breschener Vorgänge die Bemerkung machte, daß die Verantwortlichkeit, die sonst nur eine Vinde vor den Augen trage, in Breschen aus Scham das ganze Gesicht verhäßt habe, erschollen lebhafteste Applaus aus den Reihen der Konservativen und Nationalliberalen, und der Präsident rief den Redner wegen Beleidigung preussischer Richter zur Ordnung.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit erhob sich der Ministerpräsident Graf Bülow, um in seiner fast zweistündigen Rede ein prächtiges Dokument germanischen Geistes vom Jahre 1902 darzubieten, das sicherlich wesentlich dazu beitragen wird, die Polen so tief von der geistigen Heberlegenheit des deutschen Stammes Bülowscher Hautfarbe zu überzeugen, daß sie freiwillig aufhören, Polen zu sein. Wer möchte nicht einem Volke angehören, dessen höchster Beamter ein so gewaltiger Träger feinsten Kulturs ist: Die tiefstimmigsten Ewigkeitsworte strömten nur so von seinen Lippen.

„In nationalen Dingen“, so rief der Kanzler grandios aus, „verstehe ich keinen Spas.“ Das erhabene Wort kam unmittelbar auf die Walze gebracht werden, als Variante zu den Deutschen, die niemand fürchten als Gott:

Ja, Graf Bülow, laß gefallen
 Scherzend, tändelnd gern mir dies und das,
 Aber in nationalen
 Fragen, da versteh' ich keinen Spas. . . .

Begeistert jubelten dem Grafen die doppelt geflehten Volksvertreter zu, ein Jubel, der noch gesteigert wurde, als Graf Bülow einen Cantus auf den „größten deutschen Staatsmann“, den Fürsten Bismarck, anstimmte. Der neue Ministerpräsident ist auch wirklich lästern nach Bismarckschen Managen. Wie dieser die Socialdemokratie, so glaubt Graf Bülow die Polen durch ein Ausnahmegesetz zur Strecke bringen zu können. Aber so ganz ist er als schwächlicher Epigone doch nicht von der Wirkung eines Ausnahmegesetzes überzeugt und deshalb will er „zur Zeit“ davon absehen, nur will er sich die Hände nicht binden. Einstweilen glaubt er durch einfachere Mittel auskommen zu können. Er will die wirtschaftliche Lage der Deutschen im Osten, vornehmlich der Großgrundbesitzer, stärken, er will deutsche Garnisonen nach polnischen Städten legen und vor allem die Beamten in den Ostmarken durch Gehaltserhöhungen und Aussicht auf schnelle Beförderung zur Germanisierungspolitik anlocken — Mittel, die zweifellos ihre Wirkung nicht ver-

fehlen werden, allerdings in einem der Regierung unangenehmen Sinne. Der Kampf wird Millionen kosten, das deutsche Volk wird vom neuem gefährdet werden, und die Regierung wird schließlich doch die Waffen strecken müssen.

Dabei hatte Graf Bülow sogar ein gewisses Bewußtsein davon, daß die neuerdings betriebene Polenpolitik schlechterdings verkehrt und unwürdig ist; denn er gab die Breschener Vorgänge preis und erklärte, daß künftig nicht mehr den Kindern das deutsch-nationale Christentum eingebläut werden soll.

Trotz dieses Jugeständnisses ergriff nach Bülow der Kultusminister Stadt das Wort, um — die Hofschulpädagogen von Breschen zu verherrlichen. Oder hat die Regierung etwa nur deshalb für den Religionsunterricht das Prügeln verboten, damit in den anderen Lehrstunden um so kerner a posteriori germanisiert werden kann?

Als erster Diskussionsredner mahnte Abg. Friyen (C.) die Regierung dringend, von ihrer falschen Politik abzulassen und den jetzt beschrittenen Weg zu verlassen. Im Gegensatz dazu überbot sich der konservative Redner Abg. von Heydebrandt in den überschwenglichsten Lobreden auf den Grafen Bülow. Zum erstenmale habe man seit langer Zeit wieder einmal ein deutsches Wort von der Regierung gehört. Graf Bülow ist jetzt endlich ein Mann ganz nach dem Herzen der Junker, die von ihm die Erfüllung ihrer dreifachen Wünsche erwarten. Unsonst loben die preussischen Junker keinen Minister, sie wollen dafür bare Münze sehen, und so demütigte denn Herr v. Heydebrandt die Gesegnenheit, um sofort die Regierung um vermehrte Liebesgaben für den ostelbischen Großgrundbesitz anzuschnorren. Die Herren verstehen sich eben aufs Geschäft.

Nachdem noch der Pole S t h e l die Maßnahmen der Regierung, die nur dazu angethan seien, das Selbstbewußtsein der Polen zu stärken, scharf belächelt hatte, wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Wenn es nach den tönenden Worten des Kanzlers geht, so stehen wir vor einem inneren Vorkriegs- und die polnischen Landesteile werden in ein Konzentrationslager verwandelt.

In eine polnische Gefahr glaubt kein Vernünftiger. Aber die germanisatorische Gefahr besteht, daß die deutsche Kultur zum Gespött wird und der Verachtung und dem Spas anheimfällt, anstatt daß sie durch ihre innere Kraft propagandistisch wirkt.

In nationalen Dingen, das heißt in dem Recht auf die Erhaltung nationaler Eigenart, versteht niemand Spas, am allerwenigsten die Polen. Und Graf Bülow wird bald belehrt werden, daß seine Politik nichts anderes erreichen wird, als das Polentum zu Granit zu härten.

Die Zolltarif-Kommission

Ist Montag nicht über die Beratung eines Abzuges des § 1 hinausgekommen.

Die Abgg. **VebeI, Mollenbühr, Singer und Stadthagen** haben beantragt, an Stelle des Abzuges 1 im § 1 der Regierungsvorlage in dem neuen Tarifgesetz die zollfreie Einfuhr von Getreide, Futter, Fleisch, Geflügel, Wild, Fischen, Gerlingen, Mischfabrikaten, Schmalz, Eier, Zug- und Schlachtvieh aller Art, gesehlich festzulegen.

Der Vorsitzende **v. Kardorff** will diesen Antrag nicht zur Beratung stellen, weil nach seiner Ansicht der Antrag beim Zolltarif bezw. bei den einzelnen Positionen und nicht bei dem Tarifgesetz zu beraten ist.

Singer weist aus dem Wortlaut der Regierungsvorlage nach, daß in dem § 1 Absatz 1 von „nachstehendem Zolltarif“ die Rede ist, daß also Artikel, die nicht mit Zöllen belegt werden sollen, im § 1 bezeichnet werden müssen. Redner beantragt, daß die Kommission, falls der Antrag nicht sofort verhandelt werden solle, den Absatz 1 des § 1 später und dann in Verbindung mit dem socialdemokratischen Antrage beraten solle.

Speck ist der Meinung des Vorsitzenden, hat jedoch nichts gegen die Ausdehnung der Beratung einzunehmen.

Die Kommission beschließt, die Beratung des Absatzes 1 des § 1 nach dem Antrage Singer anzusetzen.

Vom § 1 bleibt nun nur noch der Absatz 3 zur Beratung. Derselbe lautet:

„Auf die Erzeugnisse der deutschen Zollanschlüsse finden die vertragmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen Anwendung, soweit nicht der Bundesrat Ausnahmen vorsehreibt. Den Erzeugnissen der Kolonien und Schutzgebiete können die vertragmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen durch Beschluß des Bundesrats eingeräumt werden.“

Hierzu haben die **Socialdemokraten** folgende Abänderung beantragt:

„Absatz 3 des § 1 wie folgt zu gestalten: Auf die Erzeugnisse der deutschen Zollanschlüsse, der Kolonien und Schutzgebiete finden die vertragmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen Anwendung.“

Bei der Einfuhr von Waren aus Deutschland in die deutschen Kolonien und Schutzgebiete dürfen Zölle nicht erhoben werden. eventuell in § 1 Absatz 3 a) in Satz 1 nach „Bundesrat“ einzuschalten: „mit Genehmigung des Reichstags“, b) in Satz 2 statt „Bundesrats“ zu setzen „Reichstags“.

In der Begründung dieses Antrages weist **Stadthagen** nach, daß durch die Bestimmung der Regierungsvorlage die Rechte des Reichstags verletzt werden. Der Reichstag dürfe sich das Recht, an der Abänderung der Gesetze mitzuwirken, nicht nehmen lassen. Um einseitige Maßnahmen des Bundesrats unmöglich zu machen, müssen wenigstens die Eventualanträge der Socialdemokraten angenommen

werden, aber es sei principiell zu verlangen, daß Zollanschlüsse, Kolonien und Schutzgebiete nicht schlechter gestellt werden dürfen, als die Vertragsstaaten und die Entscheidung des Reichsbegünstigungsrechts dürfe nicht von dem Wohlwollen des Bundesrats abhängen, sondern sei gesehlich festzulegen.

Ebenso könne man die in den Kolonien lebenden Deutschen nicht schlechter stellen, indem man ihnen Bedarfsartikel aus Deutschland durch Zölle verteuere. Die Einfuhr von Waren aus Deutschland in die Kolonien müsse daher freigegeben werden.

Gothein schließt sich dem ersten Satz des socialdemokratischen Antrages an und weist nach, daß das Reichsbegünstigungsrecht für die Erhaltung der in den Zollanschlüssen (Zweihafengebiet in Hamburg und Bremen) befindlichen Industrien eine Lebensfrage ist. Dagegen erklärt sich Redner gegen den zweiten Satz (freie Einfuhr aus Deutschland nach den Kolonien) des Antrages, bei dessen Annahme Differenzen aus den bestehenden Verträgen mit anderen Staaten (England usw.) entstehen würden.

Staatssekretär **v. Nischhofen** bestätigt die letzten Ausführungen und hält Eingangszölle für die Kolonien zur Aufrechterhaltung der Finanzwirtschaft notwendig.

Stadthagen fragt, welche Staaten in Nachteil bei freier Einfuhr in die Kolonien kämen. Es sei ganz unbegreiflich, daß man die Deutschen in den Kolonien wirtschaftlich schlechter stellen wolle, als im Mutterlande und daß Artikel, die zur Erhaltung der deutschen Schutztruppen bestimmt seien, durch Zölle verteuert werden sollen. Der Bundesrat beantragt das Recht einseitige Bestimmungen über Zollverträge zu erlassen.

Brömel vermißt die Begründung des Bundesrats für sein Verlangen, einseitige Maßnahmen zur Abänderung des Gesetzes ergreifen zu dürfen. Es ist bisher kein Versuch gemacht, nachzuweisen, warum diese Bestimmung ausgenommen ist. Redner spricht für den ersten Satz des socialdemokratischen Antrages, ist jedoch gegen freie Einfuhr in die Kolonien.

Graf v. Pojadowitsch kündigt an, daß die neulich verlangten Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses der Kommission zugehen werden.

Behremer Hähle verteidigt die Regierungsvorlage mit dem bestehenden Rechtszustand, wonach der Bundesrat Anordnungen treffen könne. Die freie Einfuhr in die Kolonien verbiete sich, weil fremde Vertragsstaaten, Redner nennt Luxemburg und Oesterreich, geschädigt werden und Einspruch erheben könnten.

Singer bedauert, daß der Vordredner seine Ausführungen nicht in der Begründung der Vorlage niedergelegt hat. Dann hätte man wenigstens gewußt, was den Bundesrat veranlaßt hat, die Bestimmung wegen der Kolonien anzunehmen. Wichtig sei das Verhalten aber doch nicht. Denn Luxemburg und Oesterreich kämen für die Kolonien weder jetzt noch in Zukunft in Betracht. Dieser Grund sei also ganz hinfällig. Redner meint, es schiene, als ob sich die Mitglieder der Majorität ein Schweigegebot auferlegt haben. Dieses Verhalten wirke etwas komisch, weil dadurch auch die neulich von der Majorität so lebhaft unterstützte Absicht des Vorsitzenden, den Rednern abzuwechseln für und gegen die Vorlage und die daran geknüpften Anträge das Wort zu erteilen, vereitelt werde. Es werde den Herren aber nichts nützen, wenn nicht in der Kommission so doch im Plenum werde man schon Rede stehen müssen.

Es erscheine unbegreiflich, wie die Herren vom Centrum und von den Nationalliberalen das Recht des Reichstages leichtfertig aufzugeben bereit seien. Redner weist in längerer Ausführung auf die Wichtigkeit der verfassungsrechtlichen Frage hin, und bestreitet dem Bundesrat energisch das Recht, durch einseitige Verordnungen den Reichstag seiner gesetzgeberischen Macht zu entkleiden. Für den Reichstag aber sei es in Vertretung der Volkrechte eine gewisse Pflicht, diesem Versuch des Bundesrats mit aller Kraft entgegenzutreten. Der socialdemokratische Antrag sei in beiden Teilen durchaus logisch, auch der angegriffene zweite Satz sei unanfechtbar. Bei Ablehnung desselben würden die in den Kolonien lebenden Landbewohner zu Deutschen zweiter Klasse degradiert und das könne doch nicht die Absicht der Parteien sein, die Hunderte von Millionen für die Befriedung der Kolonien mit Deutschen anzugeben.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** rechtfertigt die Vorlage damit, daß der Bundesrat als sein Recht, welches die Verfassung ihm giebt, in Anspruch nimmt, einseitig Verordnungen zu erlassen. Die Bestimmung wegen der Zollanschlüsse usw. könne der Bundesrat allein erlassen und habe schon jetzt das Recht (Art. 7 der Verfassung) dazu. Uebrigens haben die interessierten Einzelstaaten Hamburg und Bremen ihre Zustimmung dazu erteilt.

Brömel legt gegen die staatsrechtliche Auffassung des Vordredners Verwahrung ein. Die Omnipotenz des Bundesrats habe eine Grenze an der Verfassung. Würde der Bundesrat so verfahren wie der Vordredner gesagt, so handle er verfassungswidrig.

Stadthagen wendet sich gegen die Ausführungen des Regierungskommissars. Das Geldbewilligungsrecht des Reichstages würde in Frage gestellt, wenn der Bundesrat einseitig das Recht hätte, Zollermäßigungen einzuschneiden oder auszudehnen. Die Verfassung gebe dem Bundesrat nur das Recht, die Ausführung der Gesetze zu überwachen, nicht aber das Recht einseitig Gesetze abzuändern. Wenn der Reichstag das verstehen wolle, so müsse Abz. 3 § 1 entsprechend dem socialdemokratischen Antrage geändert werden.

Baasche fährt gegen Singer aus, daß die Nationalliberalen keine Rechte des Reichstages aufgeben wollen. Redner meint, daß die von der Regierung vorgeschlagene Fassung genau dem jetzigen Rechtszustand entspricht, wünscht aber auch eine Einschränkung etwa dahin, daß solche Verordnungen dem Reichstag mitgeteilt und event. auf sein Verlangen aufgehoben werden müssen. In den weiteren Ausführungen wendet sich Redner gegen die Anträge bezüglich der Kolonien, deren Annahme eine Gefahr für die Reichsbegünstigungsverträge zur Folge haben würde.

Gothein wendet sich nochmals gegen den zweiten Satz des socialdemokratischen Antrages, verteidigt dagegen den ersten Satz und fragt, was sich der Bundesrat dabei gedacht hat, als er die Zollanschlüsse schlechter gestellt. Wenn die Vertreter Hamburgs und Bremens zugestimmt, so haben die Herren gegen die Ansichten ihrer Handelskammern gestimmt.

Die Socialdemokraten stellen einen Eventualantrag, der den Aenderungen Paasches entspricht. Der Antrag, der zwischen den ersten und zweiten Satz des Absatz 3 § 1 einzuschließen ist, lautet:

„Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Spahn erklärt, daß der Bundesrat nach Artikel 7 der Verfassung das Recht hat, so zu verfahren, wie der Regierungskommissar ausgeführt hat. Deshalb sei der Absatz 3 des § 1 überflüssig und er sei bereit den Absatz ganz zu streichen. Auch Artikel 88 der Verfassung gebe dem Bundesrat das Recht ohne Befragung des Reichstages, den Posttarif betreffende Anordnungen zu erlassen.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** erklärt sich mit der Streichung des Absatzes einverstanden. Dann bleibe alles beim alten.

Singer freut sich, daß er den Schlüssel gefunden, der das Schloß, welches sich Paasche und Spahn selbst vor den Mund gelegt, geöffnet habe. Die Herren sollten es nur immer so machen, Paasche habe selbst zugegeben, daß der socialdemokratische Antrag berechtigt sei. Nur über die Formulierung seien noch Zweifel. Der Antrag sei der Anregung Paasches — die übrigens besser sei als gar nichts — um deswegen vorzuziehen, weil Industrie und Handel in Unsicherheit versetzt würden, wenn bei Anordnungen des Bundesrats die Möglichkeit bestände, daß dieselben durch Reichstagsbeschlüsse aufgehoben werden können. Deshalb sei es richtiger, den Prinzipalantrag, der die Anordnung von Anfang an die Genehmigung des Reichstages binde, anzunehmen.

Nach dem Einverständnis der Regierung und der Interpretation Spahns genüge die einfache Streichung des Absatzes 3 nicht — sondern es müsse dem Bundesrat durch das Gesetz selbst unmöglich gemacht werden, die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages einzuschränken.

Staatssekretär **v. Tschelmann** bekämpft den zweiten Satz des Eventualantrags.

Drömel stellt fest, daß vom Regierungstisch nicht auf seine Anfragen geantwortet ist.

Fischer erklärt sich ebenfalls nach den regierungsseitig gemachten Erklärungen gegen die Streichung des Absatzes und für den ersten Satz des Prinzipalantrags der Socialdemokraten. Der Bundesrat habe kein Recht zu einseitiger Gesetzgebung.

Graf von Posadowsky erklärt, daß der Bundesrat nur im äußersten Notfall von der angebotenen Bestimmung Gebrauch machen werde. Es sei dies ein Mittel, welches bei einem Zollkrieg, den die Regierung wenn irgend möglich vermeiden wolle, notwendig werden könne.

Wird ein Zollkrieg aus, dann müßten eben alle Mittel angewendet werden. Redner bittet, die Regierungsvorlage, Absatz 3, anzunehmen, hat jedoch gegen den Eventualantrag Stadthagen nichts einzubringen.

Stadthagen verteidigt den Prinzipalantrag der Socialdemokraten, der besser wie alles andre die Rechte des Reichstages sichert und außerdem den Deutschen in den Zollanschlüssen, in den Kolonien und Schutzgebieten die Rechte gewährt, welche ihnen zu kommen.

Spahn zieht seine Bemerkungen aus Art. 88 der Verfassung zurück, glaubt, daß Art. 7 dem Bundesrat das Recht, Anordnungen zu erlassen, giebt, will jedoch für den Eventualantrag stimmen.

Der Vorsitzende will, da ein Antrag auf Schluß der Diskussion angekündigt ist, den Eingang desselben abwarten, um eine Abstimmung herbeizuführen.

Singer widerspricht diesem Verfahren. Ueber einen Antrag kann nur abgestimmt werden, wenn derselbe beim Vorsitzenden bereits eingereicht ist. Uebrigens sei es nicht üblich, in den Kommissionen die Debatte durch Schluß zu verkürzen. Es werde auch keine Zeit dadurch erspart, weil dieselben Gesichtspunkte bei andern Gelegenheiten — und wahrscheinlich dann noch ausgiebiger — erörtert würden.

Der Vorsitzende giebt die Berechtigung dieses Einspruchs zu. Die Diskussion geht weiter.

Gothein erörtert die Anträge und giebt dem ersten Teil des socialdemokratischen Antrages den Vorzug. Namentlich werde die Industrie in den Zollanschlüssen — wie die eingegangenen Petitionen beweisen — in Sorge versetzt, wenn sie nicht durch das Zugeständnis der vertragmäßigen Befreiungen und Ermäßigungen sichergestellt wird. Dem zweiten Satz des Antrages kann Redner nicht zustimmen, da die Kolonialwirtschaft nicht im Stande sei, ohne Einfuhrzölle zu existieren. Er beantragt, getrennte Abstimmung über den socialdemokratischen Antrag und bei Ablehnung des Prinzipalantrags auch besondere Abstimmung über die Worte: „soweit nicht der Bundesrat Ausnahmen vorschreibt“, der Regierungsvorlage.

Die Diskussion wird geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der **erste Satz** des socialdemokratischen Antrages **gegen 9 Stimmen** (Socialdemokraten, Freisinnige und Paasche) **abgelehnt**.

Der **zweite Satz** wird **gegen 4 Stimmen** (Socialdemokraten) **abgelehnt**.

Die von **Gothein** zu besonderer Abstimmung beantragten Worte in der Regierungsvorlage werden **gegen 8 Stimmen** (Socialdemokraten und Freisinnige) **aufrecht erhalten**.

Die Eventualanträge a und b der Socialdemokraten zu Absatz 3 § 1 werden **gegen 8 Stimmen** (Socialdemokraten und Freisinnige) **abgelehnt**.

Der Antrag Stadthagen, der zwischen Satz 1 und 2 des Absatzes 3 § 1 der Regierungsvorlage eingeschoben werden soll, und der den Bundesrat verpflichtet, dem Reichstage Mitteilung von etwaigen Anordnungen zu machen und diese bei Nichtgenehmigung des Reichstages außer Kraft setzt, wird **einstimmig** und der ganze Absatz 3 dann mit **20 gegen 8 Stimmen** **angenommen**.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die von 25 Regierungsvorstellern besuchte Sitzung um 12^{1/2} Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung Dienstag, vormittag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar.

Im Reichstag

bot die Fortsetzung der ersten Staatsberatung am Montag öfeste Längeweile. Nach der großen Vebelschen Abrechnung vom Sonnabend hat sich der bürgerlichen Parteien ein dumpfes Gefühl des Mißbehagens bemächtigt und die heutige Debatte schleppte sich mühsam dahin. Nur der Haß gegen die Socialdemokratie brachte das Blut der auftretenden reaktionären Redner ein paar Mal in lebhaftere Wallungen.

So eröffnete gleich der reichsparteiliche Konfistorialrat Doktor **Stoßmann** die Debatte mit der von acht christlichem Geiste zeugenden Verächtlichkeit, der Ausdruck „Brotkrumen“ sei ein socialdemokratisches Schlagwort, an dessen Wichtigkeit Abg. **Vebel** selbst nicht glaube.

Abg. **Werner** fühlte sich in antisemitisch-alleinlichem Thatenbrang bedroht, als **Sancho Panza** die **Don Quixoterien** des irrenden Ritters **Liebermann v. Sonnenberg** mitzumachen. Er vermied zwar ähnliche Ausdrücke gegen **Chamberlain**, wie sie sein Antijudengedanke neulich verbandte, bedauerte aber schmerzhaft den **Bülow'schen** Gang nach **Canossa**. In Kolonialbegeisterung und Weltmacht-Enthusiasmus will sich Herr **Werner** von niemand übertreffen lassen.

Einige seiner Aeußerungen boten dem bairischen Staatsrat **v. Stengel** Gelegenheit, namens seiner Regierung zu erklären, daß Bayern ebenso wie die kleinen Staaten eine Reichsfinanzreform herbeiführen und erhöhte Matricularbeiträge verabsäumen.

Darauf machte der Hofprediger a. D. Herr **Stöcker** mit gefalteter Gottesfurcht für die Finanzkrisis und die Vorkalkulierung des „Sünden des Kapitalismus“ — belleide nicht etwa die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst — verantwortlich. Verächter aber als alle Sünden des Mammonismus ist ihm die Freiheit wissenschaftlicher Forschung, und deshalb ist ihm sogar die Berufung des katholischen Herrn **Spahn** nach **Strasbourg** eine innige Herzensstunde gewesen. Ueber der Unterdrückung der Wissenschaft vergißt er sogar seinen konfessionellen Fanatismus! Dann kam Herr **Stöcker** auf die chinesische Angelegenheit zu sprechen, und hier erfaud er die nette Behauptung, **Vebel** habe die **Boxerkriegen** in **China** mit dem Verhalten der deutschen Truppen im Kriege von 1870/71 auf eine Stufe gestellt. Vielleicht nimmt der fromme Mann diese Behauptung auf seinen Eid! Mit seinem Wort hat **Vebel** **Boxer** und deutsche Truppen in Parallele gestellt, sondern nur darauf hingewiesen, wie nach der Schlacht von **Sedan**, als der deutsch-französische Krieg zum Volkskriege wurde, die **Franciscaner** sich gegenüber der deutschen Invasion in ähnlicher Lage befanden, wie die **Transvaaler** gegenüber den **Engländern**.

Abg. **Dr. Gasse**, der alldeutsche Chauvinist, ist durch die Erfahrungen **Liebermanns** von **Sonnenberg** ein wenig verschüchtert. Ueberhaupt war ihm in der **Chamberlain-Affaire**, die er schon vor Weihnachten als seine Specialität in Anspruch genommen, das Konzept gründlich verdorben. So blieb als Opfer seines Grolls nur der ungarische Ministerpräsident **v. Szell**, der durch seine Bemerkung, er werde die alldeutsche Agitation nicht dulden, seinen Jörn erregt hat.

Auch der Director des Bundes der Landwirte, **Dr. Diederich Hahn**, machte patriotischen Beklemmungen Luft; er ist besorgt, daß auf der bevorstehenden **Amerikareise** des **Prinzen Heinrich** die zu erwartenden Liebenswürdigkeiten der schlauen **Yankees** mit handelspolitischen „Konzeptionen“ andererseits bezahlt werden möchten. Im übrigen verlangte Abg. **v. Hahn** eine Verschärfung der Börsengesetzgebung und empfahl in befannter Manier die **Veuerschaft** als Allheilmittel gegen den Umsturz. **Graf Posadowsky** teilte mit, daß **Preußen** im Bundesrat einen Antrag auf Abänderung des Börsengesetzes gestellt habe.

Nachdem noch der **Pangerman** Abg. **Dr. Arndt** von der Reichspartei die Schuld an einer etwaigen Zolltarif-Obstruktion der mangelnden Energie der Regierung zugeschoben und **Bülow's** Wort gefeiert, daß er in nationalen Fragen keinen Spaß verstände, sprachen noch der **Freisinnige** **Dr. Permes** über das **Sacharingsgesetz** und der **polnische** **Fendale** **Hürst Radziwill** über die mangelnden polnischen Schulen im preussischen Staatsgebiet. Dann wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Neue Wahlrechts-Experimente in Sachsen.

Das sächsische Dreiklassen-Wahlrecht zum Landtag kann nicht leben und nicht sterben. Alle Welt ist mit ihm unzufrieden; nicht nur die Socialdemokraten und die Antisemiten, denen es jede Beteiligung an der Landespolitik unterbindet, auch die Rationalliberalen, die es an die Wand gedrückt hat; und selbst auch die Konservativen, die ihm die Zweidrittel-Mehrheit im Landtage verdanken, lieben es nicht. Der gebildete Mittelstand beklagt sich, daß durch den plutokratischen Charakter die Intelligenz aus dem politischen Leben ausgeschaltet werde; das mobile Kapital findet, daß seine Interessen neben den agrarischen Interessen nicht mehr zur Geltung zu bringen seien, und der Regierung ist es unbehaglich, mit einer Landesvertretung regieren zu müssen, die hauptsächlich nur einige Prozente der Bevölkerung vertritt. Nunmehr scheint der Regierung das allseitig Unhaltbare des bestehenden Zustandes zum Bewußtsein gekommen zu sein, und die Zweidrittelmehrheit der Konservativen im Landtag giebt ihr die Herzens- und Bewußtseinsicherung, es mit einer neuen Revision des sächsischen Landtags-Wahlrechts zu versuchen. Der offiziöse **Sachsenpiegel** schreibt, offenbar imphizit:

„Das das Dreiklassen-Wahlrecht den Bedürfnissen des heutigen öffentlichen Lebens nur ganz unvollkommen entspricht, dessen war die Regierung sich von Anfang an bewußt. Denn die wohlgebenden Staatsmänner Sachsens studieren als moderne Menschen die Zeit mit ihrer Not und Plage mindestens mit der gleichen Aufmerksamkeit, wie andre Leute. Sie wissen deshalb sehr wohl, daß der Staat in der heutigen Zeit bei Verteilung der staatsbürgerlichen Rechte nicht nach dem Grundbesitz verfahren darf: „Ehre dem, der Geld hat!“ Viele geistig hervorragende und ungeschätzte andre brave Bürger, die dem Staate nicht minder wichtige Dienste leisten, wie die begüterten Bewohner des Landes, werden durch das Klassenwahlrecht zweifelslos benachteiligt. Auch besitzt dieses System den großen Fehler, daß es auf die historische gegebene Gliederung der Bevölkerung, welche doch das Fundament unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bildet, nicht die geringste Rücksicht nimmt. Die Reibungsverhältnisse der Bevölkerung befinden sich viel zu sehr in Fluß, als daß man staatliche Einrichtungen von Dauer auf sie gründen könnte.“

In maßgebenden sächsischen Kreisen sieht man denn auch, wenn wir recht unterrichtet sind, das Dreiklassen-Wahlrecht nur als einen Notbehelf an, der dazu dienen sollte, einen Landtag zu schaffen, in dem über Verfassungsfragen mit der nötigen Ruhe und Gründlichkeit verhandelt werden kann. Da dies nun erreicht ist, dürfte auch der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein, an dem der Landtag sich abermals mit der Wahlrechtsfrage zu befassen haben wird. In den Kreis der Erwägungen werden wahrscheinlich verschiedene Wahlpläne gezogen werden. Manche Schwierigkeit dürfte voranschaulich die Frage bieten, wie am besten die Vertretung der Arbeiterschaft im Parlamente zu gestalten ist. Da einem Wahlrecht nach Verhältnissen allenthalben große Sympathien entgegengebracht werden, so ist zu hoffen, daß man diesem System vor allen anderen eine eingehende Prüfung angedeihen läßt.“

Die Sache klingt sehr glaubhaft. Die Ersetzung des modernen Parlamentarismus, zu dem sich die Konservativen nie ein ganzes Herz fassen konnten, durch eine berufständliche Vertretung ist ein alter Lieblingsgedanke der Reaktion, der bekanntlich auch in dem Anschlag des Herrn **v. Miquel** gipfelt hat, den kurze Zeit vor den 1880er Reichstags-Wahlen der **Centrums-Abgeordnete Müller-Paula**

ausgeplaudert hat. Man wird also mit einem neuen Wahlrecht weiter experimentieren, und es ist anzunehmen, daß das Resultat dieser Experimente auch an denjenigen Stellen mit Interesse verfolgt werden wird, denen das Reichstags-Wahlrecht längst einer Aenderung dringend bedürftig erscheint. Sachsen scheint abermals das Probierland der Reaktion werden zu sollen.

Chamberlain gegen Bülow.

Der englische Kolonialminister hat mit einer Antwort auf **Bülow's** geniale Granitbeißer-Rede nicht lange auf sich warten lassen. Am **Sonntag** bereits hat er in **Birmingham** eine Rede gehalten, die die freundschaftlichen Schulmeisterien des deutschen Reichslandtags über diplomatischen Takt mit eisiger Schärfe zurückweist. **Chamberlain** erklärte unter andern:

„Er nehme nichts zurück, mobilisiere nicht und habe nichts zu rechtfertigen. Kein englischer Minister habe jemals seinem Lande treu gedient und sich zugleich im Auslande der Popularität erfreut. Man müsse daher der Kritik des Auslandes schon etwas zu gute halten; er wolle aber nicht dem Beispiel folgen, welches für ihn aufgestellt worden sei. Er wolle seinem Lande auswärtsigen Minister Lehren erteilen, noch irgend welche aus dessen Händen entgegennehmen; er sei einzig seinem Souverän und seinen Landsleuten verantwortlich.“

Trotz der schweren Verluste habe der Krieg dazu gedient, zu zeigen, daß, wenn England wieder einmal zu kämpfen habe um seine Existenz gegen eine Welt in Waffen, wie schon einmal, daß es dann nicht allein stehen werde.“

Jrgend eine andre Armee mit der englischen in **Vergleich** zu stellen, sei das höchste Kompliment, das England vergeben könne. England sei stolz auf ihren heroischen Mut und ihre unerschütterliche Humanität.“

Chamberlain lehnt es also ab, bei Herrn **Bülow** einen Kurzus im diplomatischen Aufstandsunterricht zu nehmen. Er erklärt gleichzeitig von neuem, diesmal öffentlich, daß er an seinen früheren, von Herrn **Bülow** censurirten Aeußerungen nichts zu mobilisieren oder zu rechtfertigen habe, da England ja demjenigen Lande nur ein Kompliment mache, dessen Armee er mit der seinigen vergleiche. Diese Ansicht wird bekanntlich in Deutschland von sehr hoher Stelle geteilt: Beweis die Verleihung des **Schwarzen Adlerordens** an **Lord Roberts** und die Bereitwilligkeit dieser Stelle, selbst hohe Ehrenposten in der englischen Armee zu bekleiden. Herr **Bülow** wird also doch wohl noch mit dem Geheimnis herausrücken müssen, wodurch seiner Ansicht nach **Chamberlain** die deutsche Armee beleidigt hat! —

Die Ehrenrettung der sudafricanischen Kriegsführung, die Herr **Chamberlain** zum so und so vielten Male unternahm, bedeutet genau so viel oder genau so wenig, wie die vergleichsweise misserthätige französische Kriegsführung im Chinakrieg oder die denselben Charakter tragenden Erklärungen der Kriegsmiister in andren Staaten. Diese Ehrenrettungen sind internationaler Brauch. Aber die Heudelei der **Chamberlain'schen** Phrasen darf ehrlicherweise nur der geisteln, der selbst frei ist von dieser widerlichen Heuchelei. Mit reinem Gewissen kann aber einzig die Socialdemokratie gegen die englischen Barbarenklage erheben, weil sie jedergelt mit allem Nachdruck auch gegen die Egzeße der eignen Nation in die Schranken getreten ist. —

Deutsches Reich.

Die socialdemokratische Zollpolitik

wird von den Hochschulzöllnern unter dem Gesichtspunkt der Obstruktion betrachtet.

Wie falsch diese Auffassung ist, das zeigte gleich die zweite Sitzung der **Zollkommission** am Montag. Es ist unfern getretet nicht nur durch die sachliche Bedeutung ihrer Argumente, welche die von der Mehrheit beabsichtigte Obstruktion des Schweigens zu brechen und sie zum Reden zu zwingen, sondern der Antrag Stadthagen zum § 1, Absatz 3 fand sogar einstimmige Annahme.

Anträge, die man einstimmig annimmt, können doch unmöglich als Obstruktions-Anträge aufgefacht werden. Wir hoffen, daß diesem guten Anfang ein entsprechender Fortgang folgen werde, und daß sich die Mehrheit durch die guten Gründe auch von der Zweckmäßigkeit unsrer andren Anträge überzeugen lassen wird. —

Petitionen zum Zolltarif. Das erste Verzeichnis der beim Reichstage eingegangenen, den Entwurf eines Zolltarif-Gesetzes betreffenden Petitionen ist der Zolltarif-Kommission des Reichstages zugegangen. In vielen Eingaben aus landwirtschaftlichen Kreisen wird der Doppeltarif beklagt. Außerdem bitten 1849 Einwohner des Fürstentums **Lübeck** den Doppeltarif für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit wesentlich erhöhten Zöllen festzusetzen.

Den Doppeltarif abzulehnen beantragen 22 Handelskammern. Bei den Erzeugnissen des **Juder-** und **Gerstenbaues** stehen für ausreichende Schutzzölle 289 Petitionen, gegen dieselben bzw. für Fortsetzung des bisherigen Handelspolitik über 100 000 (aus Städten und Volksversammlungen hervorgegangen) Petitionen, darunter die von der socialdemokratischen Reichstagsfraktion gesammelten 84 356 Massenpetitionen mit über 3 Millionen Unterschriften.

Polnische Doppelbuchung. Bei jeder möglichen Gelegenheit betonen die polnischen Abgeordneten, daß die Rechte der Polen gewahrt werden müßten, die aus dem **Wiener** Verträge von 1815 folgen. Ein Teil des Centrums affiziert den Polen hierbei. Einen völlig andren Standpunkt nahmen die Polen in den Zoll- und handelspolitischen Fragen ein. Noch im Jahre 1879 beantragte der polnische Abgeordnete **von Niepolowicki** (in der Sitzung vom 12. Juli 1879), es solle bei den Handelsverträgen darauf Bedacht genommen werden, daß den polnischen Landes-teilen in den Grenzen von 1772 in betreff ihrer territorialen und handelspolitischen Zusammengehörigkeit durch die **Wiener** Verträge von 1815 garantirten Rechten Rechnung getragen werde“. Danach müßten die deutsch-polnischen, östreichisch-polnischen und russisch-polnischen Landes-teile ein einheitliches Zollgebiet bilden.

Ganz im Gegensatz hierzu sind die Polen und Centrumsleute für den Zolltarif zu haben, der Polen in drei Wirtschaftsgebiete teilt. Das polnische Mitglied der Zollkommission, **Dr. v. Komierowski**, hat ebenso wenig wie seine Fraktionsgenossen bislang zu erklären vermocht, wie ihre jegliche zollfreundliche Stimmung mit ihren sonstigen Darlegungen über ein vermeintlich einiges Polen zu vereinbaren ist. Wenn es sich um Unterdrückung der großen Menge der Polen handelt, dann hört eben auch hier bei den polnischen Abgeordneten das Festhalten an den dem polnischen Volk 1815 verbrieften Rechten auf. —

Trunksuchtsexzeße von Offizieren.

An die Offiziere hat der Kaiser, wie erinnerlich sein wird, am Neujahrstage 1900 eine Ansprache gehalten, in der er darauf hinwies, daß das preussische Offiziercorps vor der Katastrophe des Jahres 1806 in Luzus und Wohlleben verkommen sei, und daß im Gegensatz zur damaligen Zeit der Offizier von heute ein Muster der Einfachheit und Anspruchslosigkeit sein müsse. Hierauf zu verweisen mochte es den Kaiser

schon um deswillen drängen als nach seiner Meinung es die Arme
ist, auf die er um so sicherer und fester rechnen müsse,
je mehr man sich, wie es in der 1895 zu Breslau an die Feld-
fürstlichen gehaltenen Rede heißt, hinter Schlagworte und Partei-
rücksichten zurückzieht, und als die Arme ja auch nach der
Alexandiner-Rede vom 28. März vorigen Jahres die „Freien und
Unbotmäßigen“ zu Poaren treiben soll, falls sie sich noch einmal,
wie im Jahre 1848, „mit Frechheit und Unbotmäßigkeit“ gegen den
König erheben.

Von der Einfachheit und Anspruchslosigkeit, die zu so bitter-
erzürnten Aufgaben die Vorbedingung sein sollen, ist man in gewissen
Offizierskreisen aufschreckend noch ebenso weit entfernt, wie die Arme
vor 1806 vom Erfassen der ihr zugehörten Leistungen. Wenigstens
zeigt eine Geschichte, die von der „Potsd. Corr.“ der Öffentlichkeit
unterbreitet wird, daß es um den sittlichen Halt bei etlichen
Offizieren geradezu grauenhaft bestellt sein muß. Die „Potsdamer
Corr.“ berichtet:

Ein Opfer des übermäßigen Trinkens, das in letzter
Zeit in Offizierskreisen, bei Studenten etc. zu traurigen
Vorfällen, Duelle etc. Veranlassung gegeben hat, ist der Sohn
eines Thüringer Missionärs, der Lieutenant im 3. Garde-Mann-
Regiment zu Potsdam, von Eichel-Streiber, geworden. Wir
kommen über diese sensationelle Angelegenheit auf Grund ein-
gehender Recherchen folgendes mitteilen: Der Lieutenant
von Eichel-Streiber stand seit etwa sechs Monaten im
3. Garde-Mann-Regiment, dessen Offiziere kameradschaftlich
mit den Offizieren des 1. Garde-Mann-Regiments zu Potsdam
verkehrten und sich gegenseitig zu Liebeshäusern einluden. Der
Junge von Eichel-Streiber hatte in der vorigen Woche nun auch
ein Liebeshaus in dem Offizier-Kasino des 1. Garde-Mann-
Regiments besucht und, obgleich er herzbelebend war, dabei wie
üblich stets mit vollem Glas Weiswein, wenn ihm zu-
getrunken wurde. Die Stimmung des jungen Offiziers wurde
dadurch sehr animiert, sodas er sich schließlich auf eine Wette ein-
ließ, die ihm einer der anwesenden Offiziere anbot. Dieser Offizier
machte sich anscheinend, ein Schüttglas voll Cognac
innerhalb 10 Minuten auszutrinken und Lieutenant
v. Eichel-Streiber glaubte darauf noch einen höheren Trampf anzu-
spielen, indem er erklärte, er würde eine ganze Flasche
Cognac austrinken und sich auch dabei machen, dies
auszuführen. Schwer bedrückt wurde der junge Offizier
später in seine Wohnung gebracht und dort, angehen mit der
Uniform, auf sein Bett gelegt, ohne daß ihm der Krug
geöffnet wäre. Bald darauf stellten sich die Folgen des
übermäßigen Alkoholgenußes ein, der junge Mann erkrankte
baldig, weil sich die zu viel genossenen Getränke in der
Situation, in welcher er sich befand, nicht entleeren
konnten. Unter militärischen Ehren wurde die Leiche des
Lieutenants von Eichel-Streiber am Freitag nach dem Bahnhof
in Potsdam gebracht. Dem Sarge folgten fast sämtliche Offiziere
der Garnison, auch die geborgten Eltern des hoffnungsvollen (j)
jungen Mannes waren zugegen. Die Leiche wurde nach Glienke
gebracht; am Sonnabend hat in Schloß Pfingstberg die Be-
erdigung des Verstorbenen stattgefunden, zu welcher eine Deputation
seines Regiments erschienen war.

Daß detarierte Trübsal in gewissen Offizierskreisen vorkommen,
kann nach Lage der Dinge nicht weiter wundernehmen. Die
Jugend, und besonders diese Jugend, will ausleben. Solche Aus-
schreitungen würden auch kaum grobe Beachtung finden, wenn nicht
immer und immer wieder das Offiziercorps in allen seinen Teilen
als sittliche Elite des Volkes hingestellt und seine exklusiven Gebräuche
als das Vorbild echt christlicher Mütterlichkeit im bengalischen Kot-
feuer gezeigt würden.

In dem Duellmord in Jena.

Mähere Mitteilungen über die Verhandlungen vor dem Kriegs-
gericht, vor dem die Duellmordthatsache verhandelt wurde,
enthalten noch einige nicht unwichtige Momente.

Die Zeugenerklärung ergab zunächst, daß der Zusammenstoß
der nach durchschweifender Silberkugel zweifelslos nicht mehr ganz
inoffiziellen Parteien ohne jeden ersten Anlaß erfolgte. Zwei
Gruppen, die des Lieutenants Thiemme und die des Studenten Held,
trafen sich von ungefahr, hänselten sich ein wenig und gingen dann
wieder friedlich aneinander, da die Hänselerei einen durchaus harmlosen
und ulkhaften Charakter getragen hatte. Als kurz darauf die Gruppe
Held die Gruppe Thiemme zufällig überholte, glaubte ein Begleiter
Helds gehört zu haben, daß Thiemme eine anzügliche Bemerkung habe
fallen lassen, weshalb er Thiemme spöttisch zur Rede stellte. Als
Thiemme sich darauf als Lieutenant vorstellte und Held den in
Civil Verschuldenen ungläubig fragte: „Was, Sie sind der Lieutenant
Thiemme?“, soll dieser Held zugerufen haben: „Halts Maul!“ oder
„Quatsch nicht!“ Die Antwort Helds war ein Faustschlag.
Thiemme wollte nunmehr Held mit dem Stock zuleide, allein dieser
zerbrach den Stock. Weitere Thatsachen wurden von den Zeugen
und einem herbeigerufenen Schutzmann verhandelt.

Ueber den weiteren Verlauf und den Ausgang des Ehrenhandels
ergab sich in der Hauptsache folgendes: Da sich am 1. Januar, an
dem sich das Rencontre abspielte, die Offiziere zur Cour in
Belmar befanden, konnte Thiemme erst am 2. Januar
Weldung erstatten. Ingleich hat er seinen Vorgesetzten,
Hauptmann von Seebach, nachdem eine Verhandlung über
die zu unternehmenden Schritte vorausgegangen war,
dem Held eine Pistolenforderung unter folgenden Be-
dingungen zu überbringen: Distanz 10 Sprungschritte (etwa 13 bis
13½ Meter), gezogene Pistolen mit Korn und Visier, Kugel-
wechsel bis zur Kampfunfähigkeit. Nach Ansicht
der Offiziere galt es keine Zeit zu verlieren und so
machte sich Hauptmann v. Seebach, und zwar ohne, wie
es seine Pflicht gewesen wäre, den Spruch des militärischen
Ehrenrats abzuwarten, auf den Weg, um sich seines Auftrags zu
entledigen.

Es bedurfte erst des Einspruchs und der dringenden
Vorkellung der Vorgesetzten, um erst noch eine gemein-
schaftliche Ehrengerichts-Sitzung zu stande zu bringen.
Das Ehrengericht, das aus zwei ehemaligen Studenten und zwei
Offizieren als Mitgliedern und einem dritten Offizier als un-
parteiischem Vorsitzenden bestand, tagte am Freitag, den 3. Januar,
abends, im Kasino. Während im Ehrengerichte die Vorgesetzten
abermals und wiederholt auf mildere Bedingungen hin-
wirkten, propitierten die Offiziere, die ein scharf und
energisch zurückschritten, anfänglich einen Kugelwechsel bis
zur Kampfunfähigkeit mindestens des einen Teiles.
Hiergegen sträubten sich in ebenso entschiedener Weise die Ver-
treter der Studentenschaft, die höchstens einem dreimaligen Kugel-
wechsel zustimmen wollten. Nachdem schließlich der Vorschlag der
Offiziere auf einen siebenmaligen Kugelwechsel nicht angenommen
wurde, kam eine Vereinbarung über einen fünfmaligen Kugel-
wechsel auf 10 Schritte Distanz zu stande. Ingleich wurde darauf
gedrängt, daß das Duell bereits am nächsten Morgen statt-
fände. Charakteristisch ist ferner, daß die Offiziere es ab-
lehnten, daß nach jedem Kugelwechsel ein ernst-
licher Sühneveruch gemacht würde. Am schließlichen
nach dem Vorhergesagten bleibt es, daß der Ausgang
des Zweikampfes unter diesen Bedingungen wenig zweifelhaft sein
konnte. Lieutenant Thiemme galt als der tüchtigste Pistolen-
schütze des Bataillons, während die Schießkünstler des
Studenten, der wohl als bester einen guten Ruf be-
saß, naturgemäß nicht hervorragende sein konnten, da
ihm zu Übungen die Gelegenheit fehlte. Die Katastrophe trat erst
beim dritten Kugelwechsel ein; die ersten beiden Male
schossen beide Duellanten in die Luft.

In der nationalen Heuchelei sind sie alle einig!

Herr Eugen Richter hat mit diesem seinem, von uns ein wenig
modifizierten Worte recht behalten. So einmütig Antisemiten, Al-

deutsche und Freisinnige die ernstlichsten Anklagen gegen das
Nuntenum der Engländer gegen die Boeren erhoben
haben, so einmütig sind sie im Latschweigen der in
China begangenen Greuel. Und doch besitzt das gegen
die Engländer vorliegende Anklagematerial um keinen Cent
mehr Glaubwürdigkeit, als das Anklagematerial über die Hunnen-
thaten in China. Während aber von unserer Bourgeoispreffe
aller Parteilichkeiten jeder sabbatikanische Hunnen-
brief als unanfechtbarer Beweis englischer Barbareien
schamlos abgedruckt wird, ergötzt man sich harmlos an dem
läppischen Regierungsmärchen von der angeblich entdedten „Hunnen-
brief-Fabrik“, als ob nicht in zahlreichen Amtsblättern
authentische deutsche Hunnenbriefe sogar mit Namens-
unterschrift veröffentlicht worden wären, die auf die Wahr-
haftigkeit ihres Inhalts hin zu untersuchen der Kriegsminister
sich trotz wiederholter sozialdemokratischer Auf-
forderung wohlweislich gehütet hat! Daß die von
Entrüstung gegen England überschäumende „nationale“ Presse ein
solch lägliche Doppelspiel treibt, ist ja nur zu erklärlich; daß aber
auch die liberale deutsche Presse mehr oder minder verhämt
diesen Unfug mitmacht, beweist die senke Entartung dieses
Liberalismus. In der nationalen Heuchelei sind sie alle einig! —

Die Arbeitslosen-Demonstrationen in Frankfurt a. M.

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend kam es hier, wie
schon kurz berichtet, zu großen Demonstrationen von Arbeitslosen
und Rothhandarbeitern. Dieselben nahmen nachmittags gegen vier
Uhr ihren Anfang auf dem Hofmarkt, einem großen Centralplatz
inmitten der Stadt, wo von dem „General-Anzeiger“
jeden Nachmittag ein Extrablatt über die Stellenmacherei
gratis verabreicht wird. Infolgedessen sammelten sich jetzt täglich
zu einer bestimmten Stunde Hunderte von Arbeitslosen
auf diesem Plage. Ohne organisatorische Vorbereitung und
ohne Verabredung zogen diese nun am Donnerstag durch einige
Straßen der Altstadt nach der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle
am Main-Quai. Unterwegs stellten sich zu ihnen Reugierige,
Straßenbummler und Kinder, so daß der Zug bald an tausend
Personen stark war. Auf dem Römerzug, vor dem allberühmten
Römer, dem städtischen Verwaltungsgebäude, veranstalteten die Leute
eine kleine Demonstration, die ihre Spitze wohl gegen
den Magistrat richtete. Sonst trug dieselbe einen voll-
kommen harmlosen Charakter; nirgends kamen
größere Ausschreitungen oder Exzesse vor. Nur
einigen besser gekleideten Herren wurden die Hüte eingetrichtert, aber
das geschah nicht von Arbeitslosen, sondern von sogenannten
„Louis“, wie man hier die Zuhälter nennt. Die Polizei
trat in der bekannten scheinbaren Weise auf und zerstreute am Main-
Quai den Zug, wobei sie sieben bis acht Verhaftungen vornahm.
Einen etwas erusterten Choralist hatte die Demonstration am
Freitag. Diesmal zogen die Demonstranten — wohl an die 2000
Mann — vom Hofmarkt über die Zeil, der Hauptverkehrsstraße, wo
insolange der Menschenmassen der Verkehr fast gänzlich stockte. Die Polizei
war durch Verhören und Arminialschleule bedeutend verstärkt worden,
und suchte ein Einschwenken nach dem Römerberg zu verhindern. Mit
der blanken Waffe trat sie den Demonstranten entgegen, wobei es
allerdings zu einigen Zusammenstößen kam, an denen aber die
Polizei wesentlich die Schuld trägt. Namentlich eine Anzahl jüngerer
Schuleute war der Situation in keiner Weise gewachsen und trug
durch ihr ungeschicktes Vorgehen sehr zur Erbitterung der Massen
bei. Später zogen die Demonstranten über die Hafen-
gasse nach der Altstadt, wobei es abermals zu Zusammen-
stößen mit der Polizei kam. Ein berittener Schutzmann kam dabei
mit seinem Pferd zu Fall, weil der Gaul scheute. Hassoß
und trostige Verordnungen waren die Antwort auf das Vorgehen
der Polizei. Dazwischen hinein wurden Rufe laut: Wir haben
Hunger! Gebt uns Brot! Gebt uns Arbeit! Später
kam es noch einmal zu einem Zusammenstoß zwischen einem Trupp
Demonstranten und der Polizei in der Kaiserstraße. Gegen 6 Uhr
waren die Manifestanten vollständig zerstreut. Einige Geschäftsleute
auf der Zeil und in der Altstadt hatten ihre Läden geschlossen und
die Jalousien herabgelassen, aber zu diesen Vorsichts-
maßregeln war kein Anlaß, denn die Arbeitslosen hatten
feinerlei Plünderungsabsichten.

Westen nachmittags wurde die Demonstration gleich im Keime
erstickt. Die massenhaft ausgebotene Polizei teilte die Arbeitslosen
auf dem Hofmarkt in kleine Trupps und schob sie in die Seiten-
straßen ab, wo andre Schuleute das für sorgten, daß keine An-
sammlungen stattfanden. Als an einer Straßenecke in der Altstadt
eine kleine Menschenmenge vorkam, verließ ein Wacht-
meister eilig die „Aufführer“, worauf sich die
jumeist Reugierigen schnell zerstreuten. Erstliche Ausschreitungen
samen auch gestern nicht vor.

Wie es heißt, war gestern der Regierungspräsident von Wies-
baden hier und hat mit dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat der
Stadt Frankfurt unterhandelt, daß Wiederholungen der Demon-
strationen verhindert werden. Mit Genehmigung vertrieben es die
Blätter der satten Bourgeoisie, daß Vorkehrungen getroffen sind, um
alle Ansammlungen von vornherein auf das entscheidende zu unter-
drücken. Der reiche Frankfurter Speicher wußt „sei Dank haben“; er
will nicht durch Demonstrationen an das Glend
Taufender von Arbeitslosen erinnert sein. Weiter
wird in einer Kundmachung versichert, daß von den städtischen Behörden
für die Schaffung regelmäßiger und vermehrter Arbeitsgelegenheit gesorgt
werden wird. Das thut sehr not. Bis jetzt hat die Stadtverwaltung
die Tragweite der Arbeitslosigkeit vollständig verkannt und durch ihre
Samseligkeit und mangelhafte Fürsorge für die
Arbeitslosen wesentlich zur Erbitterung derselben beigetragen.
Awar hat die Stadtverordneten-Versammlung 70 000 M. für Rot-
handarbeiten bewilligt, aber die Zuzugnahme derselben läßt sehr
viel zu wünschen übrig.

Ueber Dr. Sigl wird uns aus München geschrieben:

Ueber Dr. Sigls Wirken als Journalist und Politiker werden
wir auf Grund authentischen Materials in der Lage sein,
demnächst noch einige Mitteilungen zu machen. Nur eine Be-
merkung darüber möge heute hier Platz finden. Ein ge-
wisser Teil der liberalen Presse kam es sich nicht ver-
neken, dem toten Feinde noch einige Tritte bekannter Art
zu versehen. So wird insbesondere gesagt, der Einfluß Sigls
sei außerhalb Bayerns stark überschätzt worden. Gegenüber diesem
sehr durchsichtigen Versuch, die Erinnerung an gewisse Vorgänge zu
verwirren, sei ausdrücklich festgesetzt, daß bei der Königs-Katastrophe
im Jahre 1886 Dr. Sigl als erster in die Residenz gerufen wurde.
Man wußte dort ganz genau, welchen Einfluß er besaß
(ein sehr hoher Herr soll einmal die Versicherung gethan
haben: „Das Vaterland“ ist uns ein Armeecorps wert!)
und ersuchte ihn, dafür zu sorgen, daß die Volkstimmung
namentlich in München nicht zu feindselig gegen gewisse Leute
werde. Die Dienste, die ihm damals Dr. Sigl mit seinem Blatt
leistete, hat Bayerns Regent nie vergessen. Da der „Vaterlands“-
Redakteur Orden und Titel hartnäckig anschwand, ist er
wenigstens bis an sein Lebensende von politischen Prozessen ver-
schont geblieben, obwohl er in den letzten Jahren über die bayerische Politik
sehr recht abfällig äußerte und bei den Wahlen in Wort und That
für die sozialdemokratischen Kandidaturen eintrat.

In persönlichen Umgang war der Verstorbene einer der
liebsten Menschen und von einer Herzengüte, die mit dem rauhen Ton
seines Blattes in seltsamem Widerspruch
stand. Von seiner Hilfsbereitschaft und Wohlthätigkeit kann sich nur
einem Begriff machen, wer ihm näher stand. In dieser Richtung
kannte er keine Partei, keinen Juden- oder Preußenhaß. Nebenbei
war er auch noch ein großer Tierfreund und hielt sich eine ganze
Herde Hunde zweifelhaftester Rasse, die er mit großer Liebe und im
Korfaße auch unter Opferung seiner Radtrabe pflegte und die in
seinem Junggesellenheim die munstkräftigste Herrschaft ausübten. —

Der Zeugniszwang für Redacteurs. Der bayerische Landtag
überwies eine Petition des Münchener Journalisten- und Schriftstellers-
vereins, welche die Staatsregierung ersucht, im Bundesrat auf Ab-
schaffung des Zeugniszwanges für Journalisten hinzuwirken, nach
längerer Debatte der Staatsregierung zur Würdigung. Im
Laufe der Debatte sprach Redner aller Parteien für
Beseitigung des Zeugniszwanges gegen Journalisten.
Der Justizminister bezweifelt, ob ein genügender Anlaß bestehe, die
betroffenen Bestimmungen der Strafprozess-Ordnung durch ein
Sondergesetz zu regeln. Dagegen werde die Frage bei der all-
gemeinen Revision der Strafprozess-Ordnung sicherlich erwoogen
werden.

Ausland.

Aus der alldentschen Händlichkeit.

—st— Wien, 10. Januar.

„Durch Reinheit zur Einheit“ — so lautet der Leitspruch der
österreichischen Alldentschen, aber wenn mit den Enthüllungen über die
einzelnen Herren so fortgefahren werden wird, so wird die junge
Partei bald durch Schmutz zum Ende gelangen. Immer deutlicher er-
weisen sich die Herren, die sich vermessen hatten, die staatliche soziale und
religiöse Wiedergeburt des deutschen Volkes in Oesterreich anzubahnen,
als höchst unzuverlässige und unvorsichtige Charaktere. Zuerst kam
die Affaire des waderen Pro, des Leichnam-Schönerees. Der
deutsche Mann hatte in offener Parlamentssitzung gegen den Christlich-
sozialen Abgeordneten Gregorich eine schändliche Bemerkung gemacht
und sie später, obwohl sie von einem Duzend Menschen gehört worden
war, feierlich abgelehnet. Dem Ausschuss, der zu der Untersuchung
der Sache eingesetzt wurde, erklärte der treue Alldentsche unter
Ehrenwort, er habe die Versicherung nicht gemacht. Seither ist
freilich das „Frosche Ehrenwort“ eine Umschreibung für den Begriff
Lüge geworden. Noch grandioser war die Entlarvung eines zweiten
alldentschen Helden, des Herrn Herzog, der im Abgeordnetenhaus
die fünfte Curie von Trautmanns vertritt. Herr Herzog führt den
Beinamen des Denunzianten —, wie man anderwärts sagt:
Braum-Biesbaden sagt man in Oesterreich; Herzog der Denunziant;
das sagt wohl genug. Ueber Herrn Herzog sind schon während der
Wahlcampagne im Jahre 1900 in der „Arbeiter-Zeitung“ die
schändlichsten Dinge enthüllt worden. Herr Herzog besitzt
nämlich die unaufrichtbare Manie zu denunzieren. So hat er
in Baden seinen Freund und Wohlfahrter Joller, nachdem
er sich mit ihm entzweit hatte, der Staatsanwaltschaft
falschlich wegen Mordthaten denunziert. Dann hat er seine
Braut, nachdem er sie geschwängert hatte und sich ihrer entledigen
wollte, bei der Staatsanwaltschaft falschlich wegen Abtreibung der
Leibesfrucht denunziert. Neben solchen Thaten ist es nur eine
Aleinigkeit, daß er den Wahlverein in Baden, dessen Mitglied er
war, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes denunzierte. Obwohl
nun diese schändlichen Dinge, die eine geradezu krankhafte Sucht
nach Ehrlosigkeiten darthun, den Wählern gebührend zur Kenntnis
gebracht worden waren, wählten die fanatisierten Deutschnationalen
Herrn Herzog dennoch als würdigen Repräsentanten des neu-
modischen Germanentums. Nun wurde Herr Herzog Abgeordneter
und fing mit Klagen gegen die „Verleumder“ an. Aber immer,
wenn es zur Verhandlung kommen sollte, kiffte er aus und zog die
Klage — auch gegen die „Arb.-Zg.“ — zurück. Aber dreimal
gelang es dem Gegner, Herrn Herzogs Flucht aus dem
Gerichtssaale zu überwinden, und dreimal erklärte das
Gericht — jedes in einem andern Kronlande — der
Wahlrechtsbeweis dafür, daß Herr Herzog ein
Denunziant sei, sei erbracht worden! Und trotz-
dem ist Herr Herzog Abgeordneter geblieben, wird von der Partei
gehalten und, bleibt nach alldentschen Moralbegriffen ein Ehrenmann!
Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß alldentsch und ehr-
los in Oesterreich immer mehr synonyme Begriffe werden!

Der stärkste Eindruck hat aber die Affaire Wolf gemacht
Nicht nur deshalb, weil Herr Wolf der eigentliche Begründer der Partei
der geistiger Führer ist, dessen Werkkraft hauptsächlich der Partei die
politischen Erfolge verschaffte, die sie in so überraschend schneller Weiße
errungen hat, sondern noch mehr deshalb, weil Herr Wolf trotz dieser
Schladen seines Lebens als ein Mann von Charakter erschien. Die
Begeisterung, die Herr Wolf in deutschösterreichischen Landen erweckte,
galt auch weit mehr seiner Persönlichkeit als seinen höchst feigwirdigen
Talenten, denn wenn ihn die begeisterten Alldentschen als
„edle Siegfriedgestalt“, als den „von Gott gesandten Streiter“
apostrophierten, so hatten sie die scheinbare Reinheit und Unbegreif-
lichkeit seines Charakters, nicht sein ungewaschenes Maul im Sinne.
Und nun entpuppt sich Herr Wolf als ein trivialer Schürzenjäger,
der mit einem an französische Komédien erinnernden Raffinement
Tochter, Vater, Mutter und Gotten einzufangen und zu täuschen
verstand! Es ist nicht zu verwundern, daß die Enthüllungen der
letzten Tage überall das stärkste Ersauern hervorgerufen haben, bei
Wolf's Feinden hämische Schandenrede, bei den Freunden unbehag-
liche Verblüffung.

Was Herrn Wolf vorgeworfen wird, ist schon mitgeteilt worden.
Herr Wolf läßt in seinem Blatt die Angaben seines „Gegners“, des
Ausschuss-Professors, energisch bekämpfen; nach seiner Darstellung wäre
eigentlich er der Verfälscher, und seine ganze Vernehmung bestünde
darin, daß er einem schwachen Augenblick nachgegeben habe. Nun
ist Herr Seidel, der betrogen wurde, bevor er Ehemann ward, sicher-
lich eine psychologische Werkwürdigkeit. Es wird wenigstens noch
nicht oft vorgekommen sein, daß es ein Mann als seine Pflicht er-
achtet, der Welt haarlein zu erzählen, daß seine Frau als Mädchen
sehr vergangen habe, der die Vergangenheit seiner Frau an die große
Glocke der Zeitungen hängt. Während nun der Gatte gegen den
einstigen Geliebten seiner Frau öffentlich tobt, sind die Eltern des
Mädchens energisch an die Seite des Verführers getreten —
auch ein Bild, das mehr merkwürdig als sympathisch an-
mutet. Der Vater ist der alldentsche Abgeordnete Tschau, der
ob der evangelischen Wälder, mit der er die Verführung seines
Freiwilligen behandelte — sie so behandelte, obwohl ihr Objekt
eine eigene Tochter war —, von der Partei in Acht gehalten worden ist,
so daß heute Vater und Verführer eigentlich eine eigene Fraktion
bilden — sicherlich die merkwürdigste, die noch jemals in einem
Parlamente erblickt worden ist! Heute meldet sich auch die Mutter
zum Wort, Frau Sophie Tschau, und erklärt, sie und ihr Mann
hätten Wolf um seiner Verdienste für das deutsche Volk verziehen.
Wenn sie hinzusetzt, daß das niemand angehe und eine Familien-
sache sei, so hat sie völlig recht — wenn es auch recht unliebsam
ausfällt, daß Herr Wolf den privaten Herzenserguß einer Frau der
Öffentlichkeit preisgibt. Frau Tschau schildert ihren Schwieger-
sohn als einen schlechten, nachsichtigen Menschen — merkwürdiger-
weise war ihr sein Charakter schon vor der Hochzeit höchst
verdächtig, so daß man absolut nicht begreift, warum
Herr Seidel als Schwiegersohn begehrt wurde. Sollte es
also vielleicht doch wahr sein, daß Herr Wolf diese Ehe betrieb, um
seine Schuld mit ihr zuzudecken? Man braucht kein Waffensänger zu
sein und kann auch zugeben, daß Herr Wolf nicht das moralische
Ungedener ist, als was ihn seine Feinde jetzt ausgeben; trotzdem ist
sicher, daß ein so ausgewachsener Familienföndal seinen die Öffent-
lichkeit beschämigt hat. In solchen Dingen ist die Wahrheit auch ein
so schwer fassbares Ding, daß Herr Wolf nicht hoffen kann, den
Glauben an seine Schuld auf das Minimum zu reduzieren, daß ihn
nur als einen leichtsinnigen, nicht aber als einen schlechten Menschen
erscheinen lassen würde. Mit dem wohlwollendsten Auge betrachtet,
zeugt seine Aufführung von einer so bodenlosen Leichtfertigkeit,
daß er schon um dieses für einen Politiker ganz beträch-
tlichen Laßers willen aus dem öffentlichen Leben entfernt werden
sollte.

Die Wahl in Trautmanns ist am 15. Januar; Herrn Wolf sieht
der deutschfortschrittliche Landtags-Abgeordnete Bachmann gegenüber,
der den Bundtagsbezirk, der allerdings für die Liberalen günstiger
abgegrenzt ist, bei den letzten Landtagswahlen gegen die Alldentschen
behalten hat. Herr Wolf, der ursprünglich eingeschlossen war, die
Entscheidung den Wählern zu überlassen und erklärt hatte, er werde,
um ihr Wortum nicht zu beeinträchtigen, Wählerversammlungen nicht ab-
halten, ist nun doch in den Wahlbezirk geeilt, um in allen Orten vor
die Wähler zu treten. Der Ausgang der Wahl ist ungewiß; sicher ist,
daß die Chancen für Herrn Wolf's Wiederwahl in den letzten Tagen

beträchtlich gesunken sind. Aber auch wenn sich das Unwahrscheinliche ereignen und Herr Wolf wiedergewonnen werden sollte: seine Zeit ist dahin, sein Stern erloschen. Er wird es nicht mehr wagen können, in aufgeschlossenen Worten von germanischer Treue, protestantischer Heiligkeit, deutscher Ehrlichkeit zu perorieren: sein Privatleben ist zu den schönen Grundjagen eine gar zu böse Illustration geworden. —

Oesterreich-Ungarn.

Notstandszulage für den Kaiser von Oesterreich. Wie aus Wien gemeldet wird, ist wegen Unzulänglichkeit der Mittel, die derzeit zur Erhaltung des kaiserlichen Hofstaates zur Verfügung stehen, eine Erhöhung der kaiserlichen Civilliste in Aussicht genommen worden. Seit dem Jahre 1879 werden zur Erhaltung des kaiserlichen Hofstaates in die Budgets Oesterreichs und Ungarns alljährlich je **4 650 000 Gulden** eingestellt. Da mit diesen Beiträgen ein Auskommen mit mehr gefunden werde, wird nunmehr beabsichtigt, diese Budgetposten um je zwei Millionen Kronen zu erhöhen.

Frankreich.

Kolonialrede Waldeck-Rousseaus. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau hielt auf einem ihm zu Ehren von der Geographischen Gesellschaft gegebenen Festmahl eine Rede, in welcher er darlegte, in welcher Weise die koloniale Ausdehnung Frankreichs Fortschritte gemacht habe. Waldeck-Rousseau zeigte, daß der Kolonialbesitz Frankreichs, welcher 1871 800 000 Quadratkilometer nicht überstieg, im Jahre 1900 mehr als 10 Millionen Quadratkilometer betrug, ungerichtet Algier und Tunis. Der Wert der Einfuhr und Ausfuhr, welcher sich 1871 auf 222 Millionen belief, habe im Jahre 1900 mehr als 780 Millionen betragen.

Waldeck-Rousseau hätte auch eine statistische Aufrechnung der verschiedenen Milliarden geben sollen, die für diese Kolonien verpulvert worden sind! —

Der Boeren-Krieg.

Wieder ein Boerenkommandant erschossen!

Der kürzlich von dem General Reihnen gefangen genommene Boerenführer Liebenberg, welcher des Nordes an Lieutenant Reimner angeklagt war, ist hingerichtet worden.

Der „Daily News“ wird aus Volksmund gemeldet: Ein Boerenarzt (?) berichtet, daß in dem Gefecht mit den Truppen Christian Bothas am 4. Januar 42 Boeren getötet und 73 verwundet wurden.

Ob's wahr ist?

Das schwarze Kabinett.

Das „Dordrechtse Courant“ ist im Besitz von drei Briefen, welche eine holländische Kompanie im Juni letzten Jahres nach Laurens Marquès sandte. Zwei dieser Briefe wurden in Rotterdam, einer in Amsterdam auf die Post gegeben; zwei gingen also mit der englischen Post ab, der eine über Berlin. Dieser letztere kam unversehrt an, die andern zwei jedoch, die der englischen Post anvertraut worden waren, sind unterwegs geöffnet und durch einen Papierstreifen wieder geschlossen worden. Der Verschluss enthält die Worte: „Geöffnet unter dem Kriegsgeheimnis“. Das genannte Blatt verlangt, daß der holländische Minister des Aeußern sich damit befasse.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Au alle in Konsum-Vereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen der Provinz Brandenburg!

Kollegen! Wie Euch allen bekannt, findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Berlin unsere diesjährige Konferenz mit einer äußerst wichtigen Tagesordnung statt. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Es ist dringend notwendig, daß ein jeder erscheint, da eventuell Beschlüsse gefaßt werden, welche zu halten Pflicht eines jeden auch nicht erschienenen Kollegen ist. Die immer weiter um sich greifende Genossenschaftsbewegung in der Arbeiterschaft erfordert dringend eine Klärung der hier zur Beratung stehenden Punkte.

Die Verwaltungen der Konsum-Vereine sind schriftlich zu dieser Konferenz eingeladen. Gäste haben Zutritt.

Der Vertrauensmann:

Ernst Loh, Nizdorf, Jägerstr. 42.

Achtung, Bildhauer! Wegen Lohnreduzierung haben sämtliche Kollegen der Firma Zelder u. Plathen, Frankfurter Allee 117, die Arbeit niedergelegt. Es wird gebeten, jeden Zugang streng fernzuhalten. Auch die Werkstatt von Riecke, Große Frankfurterstraße 16, welcher für Z. u. P. arbeitet, ist zu meiden.

Der Vorstand.

Achtung, Töpfer! Auf dem Bau Rosinenstr. 3, Charlottenburg (Volkshaus), ausführender Baumeister Curt Berndt, Berlin, wird die Töpferarbeit von der Firma Schöffel ausgeführt.

Da diese Firma seit längerer Zeit für alle organisierten Töpfer gesperrt ist, ersuchen wir alle Wandernsgenossen, dieses zu beachten. Der Vorstand der Filiale Berlin.

Achtung, Mitglieder des Fachvereins der Tischler!

Wir machen die Mitglieder auf folgende Vorstandsbeschlüsse aufmerksam: Sollten die Berliner Holzindustriellen 10 Proz. ihrer Arbeiter ansperren, so sind die Mitglieder verpflichtet, in allen Betrieben, wo ein Mittel der beschäftigten Tischler dem Fachverein angehört, dahin zu wirken, daß dort von sämtlichen Tischlern die Arbeit sofort niedergelegt wird, sobald Kollegen ausgesperrt werden. Dieses muß im Bureau bei Franke, Pallasadenstr. 9, abends von 7—9 Uhr gemeldet werden.

Der Vorstand

des Fachvereins der Tischler Berlins und Umgegend.

Achtung, Neuplätterinnen! Die Lohn Differenzen bei der Firma Sjaal, Jüdenstr. 53, sind noch nicht beigelegt. Die zurückgezogene Lohnliste (mit ca. 20 Proz. Abzug) ist nachträglich im Arbeitsraum abgegeben worden. Die Plätterinnen sind seit Entschloffen, ihre Kündigung aufrecht zu erhalten. Es wurde den Arbeiterinnen auch mitgeteilt, daß, wenn sie für den billigeren Preis arbeiten, sehr viel zu thun wäre, im andern Falle nicht. Man behält Aufträge zurück, um die Plätterinnen zu zwingen, für den billigen Preis zu arbeiten. Auch damit sucht man sie zu fördern, daß man ihnen verspricht, den Lohn wieder zu erhöhen, wenn bessere Zeiten wiederkehren.

Deutsches Reich.

Achtung, Leistenvergolder! Der Goldbleistift-Fabrikant Diederich in Werden a. d. Ruhr droht, sämtliche organisierten Vergolder (zehn an der Zahl) anzusperren, wenn die in unserem Korrespondenzblatt erfolgte Warnung vor Zugang nicht aufgehoben und dafür seine Fabrik von uns befreit empfohlen wird, obgleich derselbe vor kurzem eine 10prozentige Lohnreduzierung vorgenommen hat. — Es ist dies derselbe humane Herr, dessenwegen unser Genosse Graf im Zuchthaus zu Werden ausgesperrt wurde. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Hauptvorstand.

Der Steinseherkreis in Stettin hat durch das vor Weihnachten eingetretene Frostwetter zunächst ein „natürliches“ Ende gefunden. Aber auch in der Sache selbst sind die Differenzen als erledigt zu betrachten, da die Janung durch Beschluß dem Verlangen der Arbeiter stattgegeben und somit Herr Steinsehermeister und Scharfmacher Schulz unerschrocken gegeben hat. Die Janung hat nämlich durch Beschluß festgestellt, daß stets bei dem Verladen und Transportieren von Granitplatten und Säwellen eine sachkundige Person dabei zu sein hat. Ob die sachkundige Person ein Steinseher, Hammer oder Hilfsarbeiter, das soll gleich sein.

Opfer des Maurerstreiks in Halle. Die Halle'sche Filialverwaltung des Centralverbandes der Maurer hat eine Zusammenstellung der Geld- und Gefängnisstrafen vorgenommen, die im Zusammenhang mit dem Maurerstreik in Halle von dortigen Gerichten ausgesprochen sind. Die Geldstrafen betragen 424,70 M., die Gefängnisstrafen 2 Jahre 9 Monate und 24 Tage; in 16 Fällen erfolgte Freisprechung. Das Bild ist nicht vollständig, weil noch einige Fälle schweben, läßt aber immerhin einen Schluß auf die Opfer zu, die der Halle'sche Maurerstreik nach dieser Richtung hin gefordert hat.

Der deutsche Tabakarbeiter-Verband hat gegen die Polizeidirektion in Braunschweig Klage auf Herausgabe der am 16. September von dieser Behörde beschlagnahmten Bücher und Gelder des Verbandes angestrengt. Der Vertreter der Polizeidirektion beantragte vor dem Landgericht die Verweisung der Klage an den Verwaltungs-Gerichtshof, da es sich um eine Verwaltungsmaßregel handele. Der Vertreter des Verbandes erwiderte, daß auch dort schon Klage erhoben sei, hielt aber gleichzeitig die Klage vor dem Landgericht aufrecht. Die Entscheidung wurde angefochten.

Ausland.

Lohnbewegungen in Dänemark. Die Vertreter des „Gesamtverbandes der Gewerkschaften“ sowie die der „Arbeitgebervereinigung“ hielten am Freitag zusammen mit den Vertretern der Reeder und der Heizer eine gemeinsame Sitzung zwecks Beilegung der Differenzen mit den Dampfschiffsheizern ab. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden, weil die Reeder auf der Reduzierung des Monatslohnes von 60 auf 45 Kr. für das erste Jahr der Anstellung beharrten. Von dieser Lohnreduktion würden etwa 1/3 sämtlicher Dampfschiffsheizer Dänemarks betroffen werden, und da bisher eine Lehrzeit in diesem Fach nicht üblich ist und die Reineingestellten ihre Arbeit so gut verrichten müssen wie die älteren Leute, erscheint das Verlangen der Reeder um so ungerühflicher. — Auch mit dem Konflikt in der Textilindustrie beschäftigte sich diese Sitzung. Aber auch hier wurde keine Regelung herbeigeführt. Der Vertreter der Fabrikanten versprach jedoch, seiner Organisation einen Antrag auf Bildung einer gemeinsamen Kommission zu unterbreiten, die eine Grundlage für weitere Verhandlungen schaffen soll. Hier ist somit noch Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konflikts vorhanden. Vorläufig wird zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet.

Der Diamantarbeiter-Streik in Amsterdam. Nach Feststellung der Organisation sind insgesamt 2456 organisierte und 150 unorganisierte Diamantarbeiter ausgesperrt, während 2273 organisierte und 60 unorganisierte arbeiten. Hierbei sind jedoch die Diamantpalter sowie die Diamantschneider und -Schneiderinnen nicht mitgerechnet. Als arbeitslos eingeschrieben waren am 3. Januar 1112, die selbstverständlich nicht bei den obenstehenden Zahlen einbegriffen sind. — Unter den arbeitenden Kollegen ist ein Manifest verbreitet worden, wodurch sie aufgefordert werden, die Ausständigen mit 10 Proz. ihres Lohnes zu unterstützen. —

Sociales.

Alterspensionen. Etwa 1000 Delegierte von Gewerkschaften und Genossenschaften Großbritanniens treten am 14. und 15. d. M. in Exeter Hall, London, zu einer Konferenz zusammen, um über einen Plan resp. Gesetzentwurf, betreffend finanzielle Alterspensionen für Arbeiter, zu beraten. Die Pension soll mit dem 60. Lebensjahre beginnen und sich zwischen 5 bis 8 Schilling wöchentlich bewegen, anderweitige Versicherung oder Unterstützung nicht eingerechnet. Die hierzu nötige Summe wird auf etwa 23 Millionen Pfund Sterling jährlich geschätzt.

Versammlungen.

Eine öffentliche gutbesuchte Schraubendreher-Versammlung fand am Donnerstag bei Gramann, Rammnstraße, statt und beschäftigte sich zunächst mit dem Streik bei der Firma Stelzner, Große Frankfurterstr. 13. Hirsch schilderte, wie der Streik entstanden ist durch die, wie alle Jahre, auch in diesem Jahre gemachten Abzüge, die diesmal so groß waren und mit solcher Hartnäckigkeit aufrecht erhalten wurden, daß den Arbeitern kein andres Mittel als der Streik übrig blieb, um sich in ihrer Lebenshaltung nicht ganz herabdrücken zu lassen. Es haben sich inzwischen zwar mehrere Streikbrecher eingefunden, doch sind das meistens so minderwertige Arbeiter, daß durch sie der Betrieb nicht dauernd aufrecht erhalten werden kann und somit ein günstiger Ausgang des Streiks zu erwarten ist. Seit Ausbruch des Streiks haben fortdauernd polizeiliche Vernehmungen, jedenfalls auf Demunstrationen der Firma, stattgefunden, offenbar zu dem Zweck, die Streikenden einzuschüchtern. — Dem Referat folgte eine kurze Diskussion, aus der hervorging, daß die Ausständigen nicht daran denken, nachzugeben. — Darauf fanden Ergänzungswahlen zur Agitationskommission statt und hierfür wurden die Kollegen Liebenberg und Frau Zielert gewählt.

Dann berichtete Cohen über die bevorstehende allgemeine Arbeitslorenzählung für Groß-Berlin und legte ausführlich dar, in welcher Weise die Zählung vorgenommen werden soll. Man erwartet, daß sich mindestens 9000 von den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes an dieser Arbeit beteiligen werden. Eine große Anzahl hat bereits zugefagt. Um festzustellen, auf wie viel Mitarbeiter geteilt werden kann, sind Listen an die Vertrauensmänner ausgegeben worden, worin jeder eingetragen wird, der mitbeiseln will. Die Listen sind Sonnabend wieder abzuliefern. Die Kollegen, die mit thätig sein wollen, haben sich am Sonntag, den 26. Januar, in 17 verschiedenen Lokalen morgens 8 Uhr einzufinden. Zwecks Kontrolle sind die Verbandsführer mitzubringen. —

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Hausdiener, Bader und Waderinnen, welche sich mit den in letzter Zeit bei der Firma Jordan, Markgrafenstraße, vorgekommenen Entlassungen und ihren Ursachen beschäftigte, tagte am vorigen Dienstag in den Anninshallen. Der Referent August Werner führte u. a. folgendes aus: Im Jahre 1898 erreichten wir, daß der Lohn der Diener des Hauses Fein-Jordan von 75 M. per Monat auf 85 M. erhöht wurde.

Zu dieser Zeit waren nur einige Kollegen organisiert. Im vorigen Jahre waren fast alle organisiert und konnte deshalb wegen der vielen Mißstände, welche vorhanden, auch eine Verhandlung mit dem Chef der Firma, Herrn Feig Jordan, geführt werden. Diese Verhandlungen hätten dauernden Erfolg gehabt, wenn nicht ein Herr Inspektor Kamens Kraus, ehemals Hausdiener, durch die Art seines Auftretens Mißstimmung unter den Hausdienern hervorrief. Redner schildert die Arbeitszeit als eine überaus lange. Die Diener erhalten des Abends Paquete, welche sie zu den Kunden befördern müssen, ohne daß man Rücksicht auf die Gegend nimmt, in der sie wohnen. So mußte ein Diener nach Reinickendorf, obgleich er in Nizdorf wohnte, während in derselben Straße ein anderer Diener wohnte, welcher dieses Paket hätte mitnehmen können. Die diesbezüglichen Vorkommnisse der beiden Diener wurden von dem schneidigen Herrn Kraus mit den Worten abgelehnt: „Wem's nicht paßt, der mag gehen, denn Dugend Angebote laufen täglich ein.“ Eine Bezahlung der Ueberstunden findet nicht statt. Ebenfalls müssen sämtliche Diener des Sonntags auch ohne Bezahlung arbeiten. Urlaub wird nur selten gewährt, und wenn dieses geschieht, wird meistens die betreffende Zeit in Anrechnung gebracht. Die Weihnachtsgroßzahlung, welche eine Entschädigung für die vielen Ueberstunden sein soll, wird auch in unverschämlicher Weise verteilt. Unter allseitiger Erregung der Versammelten leit sodann der Redner mit, daß bei der letzten Betriebsstillung sich einige Kollegen von Herrn Kraus verzeihen ließen, Spigeldienste zu verrichten, indem sie sich falsche Bärte anlegten und im Nebenhaus des Versammlungslokals aufpochten, wer sich an der Sitzung beteiligte. Die Spigel wurden

erkannt und wollte man ihnen die Bärte abreißen. Da kam zufällig eine Drochse des Weges und sie sprangen dort hinein. Die Enteder dieses Streikes, sowie die, welche vor der Entdeckung zur Sitzung gekommen waren, wurden nachher entlassen. (Aufge Pfl.) Nachdem Redner noch verschiedene Mißstände besprochen und auch Kollege Uthes, sowie einige von den Entlassenen gesprochen, fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der diese Mißstände scharf getadelt wurden.

Sodann referierte Streitner über die bevorstehende Arbeitslorenzählung. Nachdem noch Genosse Bösch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „den Stellenvermittlungsschwindel“ gehalten hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Porzellanarbeiter hielten am 11. d. Mts. im Vereinslokal eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher die Berichte der Verwaltung und des Arbeitsnachweises für das verfloßene Jahr entgegengenommen wurden. Der Arbeitsvermittler gab eine sehr gut ausgearbeitete Statistik, aus welcher sich ergibt, daß im Jahre 1901 137 Kollegen 3583 Tage arbeitslos waren. Im Durchschnitt pro Kopf 26 Tage. Nach dem geltenden Minimallohn beträgt dies einen Lohnausfall von 16 101,00 M. oder pro Kopf 118,25 M. Die Kosten einer Vermittlung stellen sich durchschnittlich auf 1,80 Pf. Der Gewerkschaftsdelegierte gab sodann Aufklärung über die in die Wege geleitete Arbeitslosen-Zählung und fordert zu reger Beteiligung auf. Für die Bibliothek sollen nach dem Verzeichnis des „Vorwärts“ Jugendchriften für die Kinder der Kollegen angeschafft werden. Die Veröffentlichung der Glasmaler in Nr. 4 des „Vorwärts“ betreffend, wurde bedauert, daß dieselben sich eine Sonderorganisation geschaffen haben, und wurde der Lohnkommission aufgetragen, nodmals einen Versuch in dieser Hinsicht zu unternehmen. Es wurden sodann noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen.

Steglich. Im Wahlverein für Steglich hielt Gemeindevorsteher Rapp einen Vortrag über „Die Arbeitslosigkeit in Steglich und die Gemeindevorstellung“. Ueber die Behandlung der Notstands-Interpellation in unserem Vorparlament haben wir schon berichtet und wollen deshalb nur erwähnen, daß in der Diskussion betont wurde, von der Mehrheit der jetzigen Gemeindevorstellung sei eine Wahrung der Arbeiterinteressen nicht zu erwarten und es müsse deshalb alles daran gesetzt werden, bei den nächsten Gemeindevahlen unsere Kandidaten durchzubringen. Auch daß es der Gemeindevorstand nicht der Mühe wert hielt, auf die Interpellation zu antworten, wurde scharf getadelt. Rapp teilte noch mit, daß er auf die Notiz im „Vorwärts“ hin Erkundigungen eingezoogen und festgestellt habe, daß thätiglich ein seit zwölf Jahren bei der Gemeinde beschäftigter Arbeiter zu Weihnachten entlassen wurde wegen Arbeitsmangel. Es wurde denselben großmütig anheimgestellt, sich bei eventuellem Schneefall wegen Beschäftigung zu melden. So treibt man in Steglich Socialpolitik! — Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Wählerlisten vom 15. bis 31. d. M. zur Einsicht ausliegen, und daß auch das hiesige Gewerkschaftslokal in der gleichen Zeit wie Berlin eine Arbeitslorenzählung veranstaltet.

Der Wahlverein zu Brich hielt am 10. Januar bei Warlentin in der Bürgerstraße eine Generalversammlung ab. Zu derselben waren die Genossen Eberhard und Dieterhoffer aus Charlottenburg als Vertreter des Central-Wahlvereins-Vorstandes anwesend. Die Versammlung nahm die Berichte des Vorstandes, der Referenten, des Bibliothekars und der Gemeindevorsteher entgegen. Daran schloß sich eine rege Diskussion. Dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß in dem verfloßenen Vierteljahr drei Vereinsversammlungen und drei Vorstandssitzungen stattgefunden haben und daß die Mitgliederzahl 61 beträgt. Beschllossen wurde, auf die „kommunale Praxis“ zu abnormieren. Vom Verein aus eine Arbeitslorenzählung zu veranstalten wurde abgelehnt mit Rücksicht auf die bevorstehende Gemeindevorwahl. Zum Schluß wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Frankfurt a. M., 13. Januar. (W. S.) Bei den heute nachmittags hier stattgehabten Arbeitslosen-Demonstrationen kam es, nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“, auf der Schmurgasse zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und der Polizeimannschaft. Die Säuglinge, die unisormierten den blauen Säbel in der Faust, die geheimen mit Ohrenzweimern bewaffnet, drangen auf die in ängstlicher Flucht sich zurückziehenden Menschen ein, von denen, wie der Augenzeuge lehrte, auch nicht einer den Versuch machte, sich irgendwie zur Wehr zu setzen. Man bemerkte eine Anzahl Frauen, die Pakete trugen und ganz zufällig in den Schwarm hinein geraten waren. Sie und viele andere hatten unter der entschieden zu weit gehenden Energie der Polizeiorgan auf empfindlichste zu leiden. Die Demonstranten bemahnen sich, wie das Blatt ausdrücklich bemerkt, durchaus friedfertig. Es erfolgten mehrfache Festnahmen. Gegen 5 Uhr war überall alles ruhig.

Verhafteter Defraudant.

Baden b. Wien, 13. Januar. (W. S.) Der städtische Buchhalter Gustav Wasil hat nach eigenem Geständnis aus der städtischen Kasse 135 000 Kronen defraudiert; er wurde verhaftet. Man befürchtet, daß die Summe weit höher ist.

Eine Rede Millerauds.

Firminty (Dep. Loire), 13. Januar. Minister Millerand hielt hier bei einem Festmahl eine Rede, in welcher er den Eintritt der sozialistischen Partei in die Regierung und ihre Mitarbeit an den Regierungsaufgaben rechtfertigte. Millerand führte aus, dieser Beitritt sei notwendig geworden infolge der Gefahren, welchen die Republik ausgesetzt gewesen sei. In einer Republik, welche das allgemeine Stimmrecht habe, müßten die Sozialisten, welche daran arbeiteten, demokratische Reformen zu verwirklichen, auch die Verantwortung übernehmen, welche aus der Mitarbeit am öffentlichen Leben hervorgebe. Der Sozialismus habe der hohen Obrigkeit den Menschen aus erniedrigender Unwissenheit und von den Uebeln zu befreien und ihn am Eigentum der Gesellschaft teilnehmen zu lassen. Eine Partei, welche die Gesellschaft umformen wolle, müsse zuerst das Milieu, in welcher sie lebe, ändern. Wie würde sie dazu im Stande sein, wenn sie die Bedürfnisse und Interessen dieses Milieus in Bezug auf alle Fragen der answärtigen, der inneren Politik und auf kolonialem Gebiet nicht beachtete? Der Sozialismus sei also glücklicherweise dazu verurteilt, Stellung zu nehmen. Millerand sagt sodann, er hoffe, die sozialistische Partei werde verstehen, sich die nötige Selbstzucht bei Ausführung dieses Zweckes aufzulegen.

Hamburg, 13. Januar. (W. S. B.) Wie der „Hamburgische Korrespondent“ aus Cuxhaven meldet, sind von dem auf der Robben-Platte gestrandeten Risdampfer „Selundant“ 7 Personen ertrunken. Verrettet wurden der Kapitän Eisenhardt, der Steuermann und der Koch. Voransichtlich wird nur der Kapitän am Leben erhalten bleiben können; die aus 10 Personen bestehende Besatzung des Schiffes hatte sich vom Dienstag bis zum Sonnabend ohne Nahrung in den Wästen gehalten; 7 Personen wurden einer nach dem andern von den Wästen weggeführt.

Osmün, 13. Januar. (W. S.) Der kürzlich unter dem Verdacht, an dem Tode seiner Wirtschafterin schuldig zu sein, verhaftete Pfarrer, Vater Kimi, wurde, nachdem sich seine Unschuld herausgestellt hat, wieder in Freiheit gesetzt.

Reichstag.

116. Sitzung vom Montag, 13. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Goltz.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Stockmann (Sp.):

Herr Abg. Webel hat nicht bestreiten können, daß die französischen Socialdemokraten Kornzölle nicht nur bewilligt, sondern sogar gefordert haben. Also trifft das Wort „Vrotwucher“ auch auf die französischen Parteigenossen des Abg. Webel zu. Es ist aber noch eine andre Möglichkeit vorhanden, daß Herr Webel das Wort „Vrotwucher“ als ein Schlagwort betrachtet, an dessen Richtigkeit er selbst nicht glaubt. Er gebraucht es mir, um bei der großen Masse Eindruck zu machen, was ihm so leider teilweise gegliedert ist.

Herr Dr. Südekum hat in seiner Etatsrede eine schwere Anklage gegen die deutschen Kriegervereine erhoben; im Namen derselben protestiere ich gegen diese Anklage.

Unsere Kolonien werfen deshalb keine Leberhäuse ab, weil wir nicht genügend für Verlehrswege gesorgt haben. Neue Verlehrswege sind für unsre Kolonien so notwendig wie das tägliche Brot. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.):

Die Anmerkungen des Herrn Chamberlain sind von dem Herrn Reichskanzler in so vorzüglicher Weise zurückgewiesen worden, daß ich mir lebhaft bedauern kann, daß er nach der Rede des Abg. Liebermann v. Sonnenberg den Gang nach Cassoffa angetreten hat. Was unsre Kolonien anlangt, so kann ich den Ausführungen des Herrn Vorredners nur beistimmen. Wir müssen dem Beispiele Englands und Hollands folgen und aus unsren Kolonien herauswirtschaften, was herauszuwirtschaften ist.

Herr Dr. Dertel hat sich am Freitag gegen neue direkte Steuern gewendet und die Einführung indirekter Steuern empfohlen, um der schlechten Finanzlage abzuhelfen. Dagegen muß ich entschieden protestieren. Sollten neue Steuern notwendig sein, so muß zunächst das Großkapital herangezogen werden. Den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die Weltpolitik können wir zustimmen, jedoch möchte unser nationales Selbstbewußtsein besonders England gegenüber schärfer zum Ausdruck gebracht werden.

Bayrischer Staatsrat v. Stengel:

Auch der Herr Vorredner hat von einer Reichsfinanzreform gesprochen, ebenso wie der Abg. Richter. Das gibt mir die erwünschte Gelegenheit, den Standpunkt der bayrischen Regierung in dieser Frage darzulegen. Der Herr Abg. Richter stellt es so dar, als wenn wir die kleinen Bundesstaaten ein Interesse an einer Finanzsachverständigenkommission mit dem Reich hätten. Nein, auch Bayern hat ein solches Interesse. Werden die Militärbeiträge erhöht, so müssen wir entweder die direkten Steuern erhöhen oder neue Anleihen aufnehmen. Auch müssen dann wichtige Kulturaufgaben zurückgestellt werden. Der einzige Ausweg, der uns bleibt, ist die jetzt vorgesehene Zuschußanleihe. (Bravo! rechts.)

Abg. Stöcker (Widlonf.):

Die Krise wird hoffentlich bald vorübergehen, sonst werden wir die Ausgaben beschränken müssen. In der Industrie hat eine starke Ueberproduktion Platz gegriffen. Bei den Bankbrüchen hat sich große Unwissenlichkeit gezeigt. Das ist aber nicht auf das Konto der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu setzen, das beruht auf den Ansprüchen des Kapitalismus, den Sünden des Kapitalismus. Es ist gut zu heißen, daß möglichst viel Arbeit geschaffen wird, eine Arbeitslosenversicherung wird nötig sein und ein geregelter Arbeitsnachweis wird ebenfalls erforderlich sein. Das wammunistische Treiben gibt zu ersten Mahnungen Anlaß. In Bezug auf den Fall Spahn hat Dr. Sattler nicht Recht. Der Gegensatz zwischen katholischer und evangelischer Auffassung ist nicht der schärfste. Viel schärfer ist der Gegensatz zwischen heidnischer und arbeitsloser Auffassung. Professor Spahn scheint sich zu bemühen, auch der Gegenseite gerecht zu werden, und solche Männer sind uns nicht unangenehm. Sie können den bestehenden Zwiespalt überbrücken. Die Kolonien müssen wir erhalten und ausbauen. Ein so großes Reich wie Deutschland darf mit solchen Dingen nicht spielen. Ob wir wollen oder nicht, wir kommen in die Weltpolitik hinein. Was die Kolonialpolitik betrifft, so sind wir wegen Südafrika zwei bittere Klagen zugegangen. Durch den Brantweinimport wird die einheimische Bevölkerung dort verwüstet und verberbt. Ein Missionar hat erklärt, man lasse lieber die Sklaverei und schaffe den Brantwein ab. Im Lande herrschen früher kommunistische Verhältnisse; die Herden waren gemeinsam, das Land stand jedem offen. Jetzt haben die Konzeptionäre weite Landstrecken erhalten und vertreiben die Eingeborenen. Die Europäer können dort nicht arbeiten, die schwarze Bevölkerung muß zur Arbeitslosigkeit angeregt werden. Aber die verkehrte Landpolitik der Kolonialverwaltung stört diese Entwicklung; sie ist verderblich und tödlich für die Zukunft unsrer Kolonien. Die Selbständigkeit der Boerenrepubliken liegt, das wurde früher offiziell erklärt, in unserm Interesse. Von dieser Politik sind wir leider abgewichen. Ich rede auch einer bewaffneten Intervention das Wort, aber es gibt noch andre Mittel. Der Reichskanzler hat die ungehörigen Behauptungen Chamberlains zurückgewiesen, aber er möchte auch gegen die ganze dem deutschen Volke ungesympathische englische Politik Front machen, die auch die deutschen Missionen schwer schädigt. Die systematische nutzlose Verwüstung bleibt nicht nur auf die Boeren beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf die deutschen Missionen im Soerenlande. (Hört! hört! rechts.) Das macht doch ein Einschreiten unsrer Regierung notwendig. Im Oranje-Freistaat sind sechs deutsche Missionen vollkommen verdrängt worden. Und die christlichen Großmächte sehen mit verdrängten Armen zu. Das versteht man im Lande nicht. Es wäre etwas Großartiges, wenn sich die christlichen Großmächte zusammenschänden und nicht nur gegen Reden, sondern auch gegen die Thaten der Engländer einen letzten Wasserstrahl richteten. Die Konzentrationslager sind geradezu Mordplätze. Der Abg. Webel hat es fertig bekommen, einigermaßen eine Parallele zu ziehen zwischen den Thaten der Vögel und den Thaten unsrer Soldaten im Kriege 1870/71. Nein, Herr Webel, das dürfen Sie nicht, das ist nicht wahr. Die deutschen Truppen haben diesen Krieg als christliche Leute, als liebreiche Leute geführt. Natürlich ist der Krieg nicht nur Liebe, sondern auch Tod und Verwüstung. Redner zählt einige Beispiele von Humanität deutscher Truppen auf. Und da entblödet sich eine deutsche Partei nicht, unser Verhalten im deutsch-französischen Kriege zu vergleichen mit den Gräueltaten der Vögel. (Auf rechts: Es sind aber nicht Deutsche, sondern Internationale!) Einem christlichen Chinesen sind von einem andern Chinesen beide Augen ausgebohrt und die Augenhöhlen mit ungeädertem Kalk gefüllt worden. Das ist chinesisch. Und trotzdem haben sich unsre Truppen bei diesem Kriege in China gerade so gut benommen, wie 1870/71. (Sehr richtig! rechts.) Ein preussischer Soldat ist in den kalten Weichsprüngen, um einen ertrinkenden Chinesen zu retten. Preussische Truppen haben Geld für hungernde Chinesen gesammelt. Es ist ja manches vorgekommen, was nicht recht ist. Das Bedauern über die Justizurteile will ich nicht wiederholen. Aber wo eine Ausschreitung vorgekommen, ist sie hart bestraft worden, daß man sich manchmal fragen möchte: Es ist zu viel! Es gibt kein Parlament der Welt, wo die Achtung vor dem Vaterlande durch falsche Darstellungen so untergraben wird, wie es hier durch die Socialdemokratie geschieht. (Bravo! rechts.) Das ist empörend. (Bravo! rechts.) An der Tapferkeit und der Humanität unsrer Truppen können nur Leute zweifeln, die durch die socialdemokratische Presse um das eigne

Nachdenken gebracht worden sind. (Bravo! rechts.) Von allem Elend, Krebs und Arbeitsnot, das wir haben, ist das größte Elend doch das, daß wir hier eine Partei haben, die so zur Verachtung des Vaterlandes aufreizt, wie die Socialdemokratie. (Beiwegung.)

Staatssekretär v. Richthofen erklärt, daß von der Regierung alles nur Mögliche für die in Südafrika gefangenen deutschen Missionare gethan worden sei. Die Ansprache der Missionare sind gerichtlich geltend gemacht worden. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen.

Abg. Dr. Gasse (nall.):

Wir Süddeutschen sind mit der Rede des Reichskanzlers zufrieden, sie ist uns nur etwas zu spät gekommen. Die Aufregung im Volke war keine künstliche, sondern eine gerechte. Die Kriegervereine auf Befehl Patriotismus entwickeln zu lassen, war ein Fehler. Eines solchen Befehls bedurfte es nicht. Da der Minister Chamberlain erst vorgestern noch seine Worte aufrechterhalten hat, müssen wir uns um so entschiedener auf die Seite des Reichskanzlers stellen. In Südafrika ist das Haager Abkommen in fast jedem Punkte von den Engländern verletzt worden. Waren Militärbevollmächtigte auf dem Kriegsschauplatz, so könnte man es ganz zweifelsfrei feststellen. Das Verschulden Englands wird dadurch aber nicht kleiner. Für die aus Südafrika ausgewiesenen Reichsdeutschen hat die Regierung in anerkannter Weise gesorgt, sie sind schließlich in ihren Ansprüchen befriedigt worden. Ich begrüße es, daß man zurückhaltender gegen England geworden ist.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen:

Herr Gasse hat Unrecht, wenn er meinte, daß wir in unsren Militärbevollmächtigten auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz eine Art Schiedsrichter gehabt haben würden über Handlungen der Engländer, die gegen die Haager Abmachungen verstoßen haben sollen. Unsere Bevollmächtigten hätten lediglich, wenn wir sie auch nicht zurückgezogen hätten, Bericht zu erstatten gehabt und diese Berichte sind geheim und hätten nicht veröffentlicht werden dürfen. Redner kommt dann auf einige Beschwerden des Abg. Liebermann von Sonnenberg wegen ungenügenden Schutzes Deutscher im Auslande zurück. Unter den Tausenden von Beschwerden, die jährlich beim Auswärtigen Amt einlaufen, sind nur vier bis fünf von der Presse weiter verfolgt worden, und auch diese unbedeutenderweise. Das Auswärtige Amt läßt sich angelegen sein, den Schutz der Deutschen im Auslande nach allen Kräften wirksam zu machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Gahn (W. d. L.):

Am Volke besteht ein gewisses Mißbehagen über die Anklage des Herrn Reichskanzlers in betreff des Dreibundes. Ein gewisses Mißtrauen empfindet sich auch gegenüber den neuesten Liebeswärtigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland. Ich hoffe jedenfalls, daß es nicht so geben wird, wie zu Zeiten des Grafen Caprivi, und daß diese Liebeswärtigkeiten nicht etwa weitere Konzessionen auf handelspolitischem Gebiete gegenüber Amerika zur Folge haben werden. — An der wirtschaftlichen Krise, unter der wir jetzt zu leiden haben, sind vor allem die unsinnigen Spekulationen der haute finance schuld. Eine entsprechende Verschärfung des Börsengesetzes vorzunehmen wagt die Regierung aber nicht, ja, das Gesetz wird nicht einmal energisch gehandhabt. Sollte das Börsengesetz in dieser Session noch zur Verhandlung kommen, so würden wir uns bei dieser Gelegenheit ausführlich über die Ursachen der Krise und des großen Banktrahs unterhalten und Mittel zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse vorschlagen können. — Als dann gegen die Socialdemokratie müssen wir vor allem die Vorenner schützen, an dem fälligen Klern der Vorennerschaft, der nur durch einen hohen Zoll erhoben werden kann, wird die Flut der Socialdemokratie zerhauen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

verbreitet sich über den Wahn in den afrikanischen Kolonien und polemisiert dabei gegen den Abg. Richter. — Herr Webel kam auf meine Ausführungen über die Stellung der französischen Socialisten zu den Getreidezöllen zu sprechen und meinte: das sei eine Frage der inneren Politik, die in jedem Lande anders sein müsse. Es handelt sich aber um eine wirtschaftliche, nicht um eine innere Frage. — Daß in Frankreich, wo doch der mittlere Grundbesitz überwiegt, von allen Parteien Getreidezölle getilgt werden, beweist, daß diese nicht allein den Großgrundbesitzern zu gute kommen kann. — Wie stellt sich denn die Socialdemokratie die Frage der Getreidezölle in der zukünftigen Gesellschaft vor? Nach meiner Meinung möchte sich dann jeder Staat wie mit einer chinesischen Mauer gegen den andern abschließen. Oder falls es etwa der Socialdemokratie in Deutschland zuerst geliden sollte, den Zukunftsstaat zu errichten, wie würde es dann werden? Würde dann etwa Herr Webel als Präsident der Republik mit den andern noch kapitalistischen Staaten Handelsverträge abschließen? Das wäre ja ganz undenkbar, denn damit würde ja das so verpönte kapitalistische System wieder in den Zukunftsstaat hineinkommen. Also die Socialdemokratie hat wirklich keinen Anlaß, für Handelsverträge und Freihandel einzutreten, und ich bin überzeugt, daß das jetzige schon Bündnis zwischen Kommerzianten und Socialdemokratie recht bald in die Brüche gehen wird. Sollte durch die Ostraktion die Zolltarif-Vorlage zu Falle gebracht werden, so läube ich die Verantwortung dafür vor vornherein der Regierung zu. Im übrigen habe ich zu den arbeitenden Klassen das Vertrauen, daß sie, obgleich das wüste Geschrei des „Vrotwuchers“ über das Land ergangen ist, wissen werden, daß der Schutz der nationalen Arbeit und nicht der Freihandel in ihrem Interesse liegt. Der vorliegende Tarif ist nicht wie der Abg. Singer sagt, ein Hungertarif, sondern ein Tarif gegen den Hunger. Zum erstenmale sind diesmal 4 Millionen Markgewinn als ordentliche Einnahmen in den Etat eingetragen. Diese erfreuliche Thatfache stelle ich zum Teil mit auf mein Konto. Unangenehm hat mich der Schlußsatz der Rede des Staatssekretärs betührt, in dem er so en passant von der Zabol- und Biersteuer sprach. Will er eine Vorlage einbringen, so hätte er die Bemerkung bis zur Einbringung unterdrücken sollen. Handelt es sich aber nur um allgemeine Bemerkungen, so hat er der Demagogie erheblichen Vorschub geleistet, denn es ist klar, daß sie uns mit der Agitation gegen diese neuen Steuern in den Rücken fallen wird.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Unsre Absatzkrise und auch unsre Bankkrise stehen durchaus nicht im Zusammenhang mit der Handhabung des Börsengesetzes, wie es Herr Gahn darzustellen suchte. Unsre Absatzkrise ist hervorgerufen durch die industrielle Ueberproduktion in der vergangenen Prosperitätsperiode. Auch die großen Banktrahs haben mit der Handhabung des Börsengesetzes nichts zu thun. Manipulationen, die sich als Wucher, als krankhafter Eigennutz herausstellen, können wohl nachträglich bestraft, aber nicht auf Grund des Börsengesetzes verhindert werden. Das Publikum muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß hohe Zinsen mit dauernden Vermögensanlagen nicht vereinbar sind. Vermögen werden am besten angelegt in sicheren, wenn auch bescheidenen verzinslichen Papieren. — Die Durchführung des Börsengesetzes ist Sache der Einzelstaaten. Preußen hat ja neuerdings im Bundesrat einen Antrag auf Abänderung des Börsengesetzes gestellt. Wenn dieser Antrag hier zur Verhandlung kommt, werden wir uns ja darüber verständigen können, ob und welche Änderungen unbedingt notwendig sind.

Abg. Dr. Herms (fr. Sp.):

Im Fall Spahn stehe ich ganz auf Wommens Standpunkt. Die Verurteilung der Professoren darf nur nach der Tüchtigkeit erfolgen. Konfessionelle Rücksichten dürfen dabei keine Rolle spielen. Es machen sich aber thatächlich Einflüsse geltend, die tüchtigen Kräfte von den Lehrtüchtigen zu verdrängen. Redner kommt dann noch auf die Frage der

Sacharinbesteuerung zu sprechen. Die letzte Vorlage wird keine Erträge bringen. Sie wird die Saccharinindustrie ruinieren. Ist denn die Saccharinindustrie keine nationale Industrie? Warum wollen Sie (nach rechts), die Sie sonst die nationale Industrie zu schützen vorgehen, diesen Zweig der nationalen Industrie ruinieren? Das Gesetz mühte heißen das Antisaccharin-Gesetz. Wir werden uns ja noch eingehend mit der Frage beim Gesetz selbst beschäftigen. Ich hoffe, das Centrum wird dem Appell nicht Folge leisten und die Saccharin-Industrie nicht ruinieren helfen.

Abg. Fürst v. Radziwill (Pole):

Auch wir acceptieren das Wort des Reichskanzlers, das heute im Abgeordnetenhaus gefallen ist. Auch wir lassen in nationalen Dingen nicht mit uns spaßen! Auch eine nationale Minderheit muß in ihrem Rechte verteidigt werden. Redner wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Sattler über die Zustände in Galizien. Wir werden näher darauf zurückkommen, wenn die Besprechung unsrer Interpellation hier im Reichstag fortgesetzt wird. Wir legen den größten Wert auf die Fortsetzung dieser Besprechung. In einer mir vom Ritter von Jaworski zugegangenen Information ist unwiderleglich festgestellt, daß Herr Sattler bei der Schilderung der galizischen Verhältnisse sehr ungenau ist. Die Behauptung Dr. Sattlers, daß es jetzt in Galizien keine ruthenische Volksschule gäbe, ist total unrichtig. Es gibt mehr ruthenische, als polnische Volksschulen, es sind über tausend ruthenische Volksschulen in Galizien vorhanden. Der Prozentsatz der ruthenischen Schulen ist höher als der Prozentsatz der ruthenischen Bevölkerung. Danach kann man einen Schluß auf die Richtigkeit der übrigen Behauptungen Dr. Sattlers ziehen. Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Abg. Webel (Soz., zur Geschäftsordnung):

Am Schluß der Sonntags-Sitzung erklärte ich, daß ich im Laufe der weiteren Beratung auf die Reden des Herrn Reichskanzlers und Kriegsministers antworten würde. Nachdem es nun nicht möglich war, daß ich heute zum Worte kam und da es mir morgen unmöglich ist, an der Sitzung teilzunehmen, erkläre ich, daß ich meine Entgegnung für die weiteren Titel des Etats vorbehalte.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (1. Fortsetzung der Etatsberatung, 2. Interpellation Dr. Arendt betr. Entschädigung der Kriegswalden, 3. Interpellation Oriola betr. Reform der Militärpensionsgesetzgebung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 13. Januar 1902, vormittags 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Graf Bülow, Frhr. v. Rheinbaben, Studt, Schönstedt.

Auf der Tagesordnung stehen die folgenden beiden Interpellationen:

1. Interpellation Sobrecht (nall.) und Genossen: Welche Maßregeln beabsichtigt die königl. Staatsregierung zu ergreifen, um den Worten der Thronrede gemäß „in den östlichen Provinzen dem Deutschtum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Führung der Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutschtum zu pflegen, staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte zu verhüten“?

2. Interpellation von Dr. v. Jagzewski (Pole) und Genossen: Wir richten an die königl. Staatsregierung die Frage, ob dieselbe in Anbetracht der bekannten Schulvorgänge in Breschen und im öffentlichen Interesse überhaupt es nicht für geboten erachtet, die auf dem Gebiete des Religionsunterrichts in den Volksschulen der sprachlich gemischten Landesteile getroffenen Anordnungen einer Abänderung zu unterwerfen.

Auf Vorschlag des Präsidenten v. Kröcher, gegen den sich ein Widerspruch nicht erhebt, wird die Besprechung der beiden Interpellationen verbunden.

Ministerpräsident Graf v. Bülow erklärt sich bereit, die Interpellationen sofort zu beantworten.

Zur Begründung seiner Interpellation ergreift das Wort

Abg. Sobrecht (nall.):

Der ähner Anlaß unsrer Interpellation war der Wunsch meiner politischen Freunde, die wichtige Angelegenheit des Schutzes des Deutschtums in den östlichen Provinzen abgehandelt in diesem Hause behandelt zu sehen von den übrigen schwebenden Fragen. Ich persönlich bin in dem überwiegend polnischen Teile Oberschlesiens als Landrat tätig gewesen, habe mir Mühe gegeben, politisch zu lernen, und habe dann in Posen und Westpreußen als Regierungsbeamter gearbeitet. Seit mehr als drei Jahrzehnten vertritt ich einen nationalgehimten Wahlkreis an der Weichsel. Nach meinen Beobachtungen ist das Deutschtum in der östlichen Provinzen zwar nicht zurückgegangen (Hört! hört! im Centrum), dagegen hat die polnische Agitation, die früher fast rein lokalen Charakters war, außerordentlich zugenommen. Das Zeitalter des Dampfes und der Elektricität mit seinem Raubeneinanderdrängen der Bevölkerung hat auch hier seinen Einfluß geübt. Anlaßlich der Breschener Vorgänge ist uns die Verhandlung, die die Polen in Oestreich genießen, vielfach als Muster vorgehalten worden. Wir können die Bestrebungen der östreichischen Regierung, die in diesem Staate vereinigt verschiedenen Nationalitäten unter Gewährnung möglicher Autonomie für jede einzelne zusammenzuhalten, nur anerkennen, aber daraus keinen Vorwand entnehmen für die Behandlung der Polen in Preußen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Größe des Deutschen Reiches beruht noch immer in erster Linie auf der einseitigen Koalitionschlossenheit Preußens. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Daher müssen wir die Interpellation des Abg. v. Jagzewski ablehnen und beurteilen. Unsre Interpellation erstrebt keine neuen gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung, sondern wir wünschen auch hier im preussischen Landtage von der Staatsregierung die Zusicherung zu erhalten, daß dieselbe von dem eingeschlagenen Wege der Polenpolitik nicht wieder abweichen werde. Wir wünschen die Zusicherung von der Kultusverwaltung, daß sie von den in langer Verwaltungsarbeit festgestellten Grundsätzen nicht wieder abweichen werde. In diesem nun einmal unvermeidlichen und unerlöschlichen Kampf muß schließlich die Festigkeit, die Kraft und Fähigkeit unsres Volkes den Ausschlag geben. Damit werden wir auch unsren polnischen Mitbürgern den besten Dienst erweisen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Hierauf nimmt das Wort zur Begründung der polnischen Interpellation

Abg. Dr. v. Jagzewski (Pole):

Anlaß zu unsrer Interpellation gaben uns einerseits die Vorgänge in Breschen und andererseits der Passus in der Thronrede, der auch die andre Interpellation veranlaßt hat. Neues werden wir heute sicher nicht erfahren, ähnliche Debatten wiederholen sich ja alljährlich in diesem Hause, demnach aber war es Pflicht, das Germanisierungssystem der Regierung, über das man sich in der ganzen Welt wundert (Ob! bei den Nationalliberalen), wieder einmal zu belächeln. — Wir haben in den polnischen Provinzen eine Volksschule ohne Volkssprache. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Das versteht man nicht in der gestützten Welt, daß das Volk in den von den Gemeinden selbst unterhaltenen Schulen nicht in seiner Sprache unterrichtet wird. In diesen Schulen wird den Kindern auch nicht in ihrer Sprache ein Religionsunterricht erteilt; ein Religionsunterricht mit dem Stock in der Hand des Lehrers und den Stricken der geschlagenen Kinder, ist

Das nicht Barbarei? (Lebhaftes Bravo! bei den Polen. Unruhe bei den Nationalliberalen und rechts.) — Medner geht nunmehr ausführlich auf die Breschener Vorgänge ein. — Zu Ostern vorigen Jahres wurde seitens der Regierung der Religionsunterricht in deutscher Sprache auf den oberen Klassen der Gemeindeschule in Breschen eingeführt. Die Eltern haben hierauf in legaler Weise die Regierung um Zurücknahme der Anordnung. Als diese Bitte abschlägig beschieden wurde, haben die Eltern ihren Kindern verboten, im Religionsunterricht in deutscher Sprache zu antworten. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Sie rufen „hört! hört!“, aber ist dies Vorgehen nicht ganz verständlich? Die Anordnung der Regierung verstößt gegen die Vorschriften der katholischen Kirche, gegen die Verfassung, und sie läßt drittens die Möglichkeit, ja die Gewißheit zu, daß die Kinder eine falsche Auffassung von den Lehren der Religion bekommen, da sie dem Unterricht in deutscher Sprache nicht folgen können. — Der Schulpflichter von Breschen wurde hierauf von Ostern an instruiert, falls die Kinder dem Gebote der Eltern weiter nachkämen, sie einzusperrn und, falls dies nicht helfen sollte, körperlich zu züchtigen. (Hört! hört! bei den Polen.) Dies geschah auch in einer ganzen Reihe von Fällen. Als die Eltern erfuhren, daß ihre Kinder geprügelt wurden, drangen sie in die Schule ein. Auch das ist wohl menschlich verständlich, aber die Eltern müßten natürlich angeklagt und verurteilt werden. In einzelnen Fällen wurde auf die exorbitante Strafe von 2 1/2 Jahren Gefängnis erkannt. (Hört! hört! bei den Polen.) Man sagt sonst immer, die Gerechtigkeit spreche mit verbundenen Augen. Diesmal meine ich, hätte die Gerechtigkeit über das Urteil ihr ganzes Angesicht verhalten müssen. (Lebhafter Beifall bei den Polen, im Centrum und links. Große Unruhe und Plinrufe bei den Nationalliberalen und rechts. Gloride des Präsidenten.)

Präs. v. Kröcher: Herr Abgeordneter, diese Bemerkung gegen ein Gericht, anders kann ich sie nicht auffassen, geht zu weit, ich rufe Sie deswegen zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Jagzewski (fortfahrend): Es ist durch die Aussagen der Kinder vor Gericht festgestellt, daß sie Deutsch nur ganz wenig verstanden. (Hört! hört! bei den Polen.)

Die heutige politische Behandlung der Polen seitens der preussischen Regierung widerspricht den auf dem Wiener Kongreß zum Ausdruck gelangten Anschauungen. Wir verlangen von der Regierung nur, daß sie einer nationalen Minorität unter Berücksichtigung der Grundzüge der Parität gerecht wird. Dieses Verlangen erheben wir im Namen nationaler Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall im Centrum und bei den Polen, links rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident Graf v. Bismarck:

Ich darf es dem Herrn Kultusminister überlassen, Ihnen über die Vorgänge in Breschen eingehende Aufklärung zu geben. Was ich aber meinerseits sofort feststellen möchte, ist die maßlose Art, in der der Breschener Vorfall nicht nur von der polnischen Presse, sondern zu meinem Bedauern auch von dem Herrn Abgeordneten v. Jagzewski übertrieben und aufgeblasen worden ist. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen. Unruhe bei den Polen.) Man hat diese Vorgänge nicht nur zum Gegenstand politischer Demonstrationen in der Presse und in Versammlungen gemacht, sondern man hat sogar versucht, glücklicherweise völlig vergebens, diese Vorfälle auszunutzen, um uns internationale Schwierigkeiten zu bereiten. Nun wird aber der Herr Kultusminister nachweisen, daß das Vorgehen unserer Schulverwaltung in Breschen in keiner Weise ein Novum enthält. In der Schule der Stadt Breschen sind nur diejenigen Bestimmungen über die Unterrichtssprache bei der Erteilung des Religionsunterrichts in Anwendung gebracht worden, welche in gemischtsprachlichen Provinzen seit 30 Jahren generell bestanden. (Hört! hört! v. d. Nationallib.) Von der ihnen gesetzlich zustehenden Befugnis haben die Regierungen in Posen und Bromberg einen sehr vorsichtigen und sehr allmählichen Gebrauch gemacht. Wenn insbesondere die Regierung in Posen bei den Kindern der katholischen Stadtschule in Breschen die Kenntnis der deutschen Sprache für soweit gefördert hielt, daß sie dem Unterricht in dieser Sprache mit vollem Verständnis folgen könnten, bewegt sie sich bei der Einführung der deutschen Unterrichtssprache im Religionsunterricht durchaus im Rahmen der bestehenden Bestimmungen und haben ihre Zuständigkeit in keiner Weise überschritten. Wenn es trotzdem in Breschen zu jenen bedauerlichen Vorgängen gekommen ist, die zu Landfriedensbruch und zur Verstraffung einer Anzahl Bewohner dieser Stadt geführt haben, so lag die Schuld nicht an den Organen der königlichen Staatsregierung, sondern sie lag an der planmäßigen Agitation, welche darauf abzielt (Große Unruhe in der Mitte und links, sehr richtig! rechts und bei den Russen), welche darauf abzielt, die Kinder gegen die Lehrer und die Eltern gegen die Obrigkeit aufzuheizen. Die preussische Schulverwaltung ist von Grund aus gerade so weit entfernt, wie die deutsche Rechtspflege. Trotzdem will ich keinen Anstand nehmen, zu erklären, daß gerade im vorliegenden Falle, gerade im Religionsunterricht die Anwendung körperlicher Strafen, auch wenn sie, wie dies tatsächlich der Fall ist, in zulässigen und sehr unschuldigen Grenzen geblieben ist (Lachen bei den Polen) doch nicht wünschenswert erscheint. (Bravo!) Es ist Vorsorge getroffen worden, daß körperliche Strafen als Disziplinarstrafen im Religionsunterricht nicht mehr zur Anwendung gelangen sollen. (Bravo!) Die Schulverwaltung in Posen, die ich vollständig in Schutz nehme gegen die Angriffe des Herrn Redner und die wegen ihrer Haltung unter so schwierigen Verhältnissen höchste Anerkennung verdient, besitzt andere und nicht minder wirksame Mittel, um renitente Kinder zur Ordnung und zum Gehorsam anzuhalten. Die Verfassung enthält über die Sprache, in welcher der Unterricht in den Volksschulen erteilt werden soll, überhaupt keine Bestimmung. Nun hat der Herr Redner weiter erklärt, daß die königliche Staatsregierung den Polen ihre Muttersprache gerandt habe. Das ist eine völlig unbegründete Behauptung, welche ich mit größter Entschiedenheit zurückweise. Die deutschen Staatsbürger polnischer Sprache bedienen sich ihrer Muttersprache in ihrer Familie, bei ihren geselligen Zusammenkünften usw. (Lachen bei den Polen.) Kein Mensch kann sie hindern, dort zu reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Aber die deutschen Staatsbürger polnischer Sprache sollen auch die deutsche Sprache lernen (Lebhafter Beifall bei den Polen); sie sollen im Stande sein, an den deutschen kulturellen Erzeugnissen teilzunehmen. Es ist unsere Pflicht, die deutsche katholische Kirche im Osten gegen die Polonisierung zu schützen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Das ist für uns ein Gebot ebenso der Gerechtigkeit, wie der Staatsraison.

Man sucht auf polnischer Seite polnisch mit katholisch und deutsch mit protestantisch zu identifizieren. Das ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, damit werden der Staatsregierung Tendenzen imputiert, die ihr völlig fernliegen. Die Staatsregierung kann und muß verlangen, daß sich die Geistlichkeit fernhalte von der nationalpolnischen Agitation, die ihre Spitze gegen den preussischen Staat und das Deutsche Reich richtet, aber die Regierung denkt nicht daran, den Rechten der katholischen Kirche und den Empfindungen der katholischen Staatsbürger im Osten zu nahe treten zu wollen. Die Regierung wird diese Empfindungen und diese Rechte auf das gewissenhafteste respektieren. Wenn es eine Lehre gibt, die für mich resultiert aus der deutschen Geschichte der letzten vier Jahrhunderte, so ist es die, daß die konfessionellen Kämpfe dieser Zeiten niemals zu einem praktischen oder dauernden Resultat geführt haben, stets aber dem gemeinsamen Vaterlande Schaden gebracht haben. Nach allen Kämpfen blieb schließlich immer ungefähr alles beim alten. Es mag sein, daß die Verschiedenheit der Konfessionen in Deutschland dem inneren Leben zum Segen gereicht hat — das will ich hier nicht entscheiden —, aber politisch betrachtet erfordert diese Verschiedenheit noch heute bei jedem leitenden Staatsmann eine vorsichtige und behutsame Hand. (Sehr richtig! rechts.)

Ich wiederhole und versichere Sie als ehrlicher Mann, daß und jeder Gedanke an eine Zurückdrängung, an eine Zurücksetzung, an eine Kränkung der katholischen Kirche auch in den polnischen Landesteilen vollständig fernliegt; daß ich im Osten wie im Westen auf dem Boden der Gleichberechtigung der Konfessionen sitze und daß ich wünsche, daß jedem seine Religion bleibe. Aber wenn ich über konfessionelle Fragen gerecht denke, wenn ich in mondem liberal denke, in nationalen Fragen verstehe ich keinen Spaß. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wie liegen denn heute die Verhältnisse in unseren östlichen Provinzen? Früher nahm dort der polnische Adel die führende Stellung ein und leitete die polnische Agitation. Ein sehr armes ländliches und städtisches Proletariat lebte in Gehorsam gegen den Adel und nahm keinen Anteil am politischen Leben. Im Laufe der letzten Jahre ist dank dem Segen der preussischen Verwaltung und unter verfassungsmäßigen Umständen in den Städten des Ostens ein politisches Bürgertum herangewachsen, das die Leitung der Massen an sich gerissen hat und bis zu einem gewissen Grade im Gegensatz zum Adel die Führung der nationalpolnischen Bewegung in demokratischem Sinne übernommen hat. In Stadt und Land finden Sie jetzt polnische Ärzte, Rechtsanwälte, Bau-Unternehmer, Handwerker usw., die sich ihre Stellung unter rücksichtsloser Vorklitterung deutscher Gewerbetreibender begründet haben und in fanatischer Weise die nationalpolnische Agitation betreiben. Die Agitation dieser Elemente erstreckt sich auf alle ehemals polnischen Landesteile und erstreckt die Wiederhergewinnung dieser einst polnischen Landesteile. Die Thätigkeit der polnischen Aufstellungsbank hat erreicht, daß in den letzten Jahren trotz der deutschen Aufstellungskommission weit mehr Grundbesitz aus der deutschen in die polnische Hand übergegangen ist als umgekehrt. (Hört! hört! rechts.) Gegenüber dieser planmäßigen polnischen Agitation, die in Verbindung steht mit jenen großpolnischen Bestrebungen, welche die Wiederherstellung des status quo ante 1772, die Wiederherstellung eines selbständigen Polen von Meer zu Meer erstreben, sieht sich die deutsche Bevölkerung viel in die Defensive gedrängt. Sie giebt vielfach den politischen und wirtschaftlichen Kampf auf, räumt das Feld, um sich in einer rein deutschen Gegend eine neue Heimat zu begründen. Die Vorklitterung der deutschen Geschäftswelt hat sich von Jahr zu Jahr verstärkt. Ähnliche Angaben macht der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Herr v. Gohler, einer unserer hervorragenden Beamten, in einem Bericht am 3. d. M. (Der Ministerpräsident verliest eine Anzahl von Einzelheiten aus diesem Bericht.) Danach macht sich besonders in den kleinen und mittleren Städten die Verdrängung des deutschen Mittelstandes in auffälliger Weise bemerkbar. Deutsche Gastwirte werden immer zahlreicher vorklittert und dadurch zur Aufgabe ihres Gewerbes gezwungen. Polnische Flugblätter fordern zum Wohlloft deutscher Waren auf. Es breitet sich mit der Verdrängung der deutschen Nationalität die polnische Nationalität immer mehr aus, scheidet die Polonisierung unserer Grenzdistrikte immer weiter vor. Gegenüber dieser Gefahr darf die Regierung die Hand nicht in den Schoß legen. Es ist ihre heilige Pflicht, diesem Ansturm auf das Deutschtum entgegenzutreten. Unsere Politik hat uns in jene Gegenden geführt, diese Gegenden sind getränkt mit deutschem Schweiß und Blut, da sind wir und da bleiben wir (Lebhafter Beifall rechts), mag es anderen Leuten angenehmer sein oder nicht. Dazu müssen wir diejenigen Mittel durchzuführen, ohne Oszillationen, in ruhiger, fester, stetiger Weise, die notwendig sind, um den preussischen Staatsgedanken lebendig zu erhalten.

In erster Linie — und damit komme ich speziell auf die Verantwortung der Interpellation zurück — werden wir darauf bedacht sein, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Elemente in Stadt und Land zu stärken; die Ansiedlung der Bauern ist die Grundlage für eine gesunde Ostmarkenpolitik. Wir werden an dieser planmäßigen Förderung von deutschen Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen und Posen unentwegt festhalten und sie in beschleunigtem Tempo durchführen. (Lebhafter Beifall rechts.) Sobald die dafür zur Verfügung stehenden Fonds erschöpft sein werden, werden wir Ihnen Vorschläge zur Bewilligung neuer und noch reichlicherer Mittel zu diesem Zweck unterbreiten.

Wir werden unser Bestreben richten auf eine Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes, auf die Gründung von Majoraten und Fideikommissen, damit der Großgrundbesitz in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt wird. (Bravo! rechts.) Weiter sehen wir unsere Aufgabe in der staatlichen Fürsorge für die Hebung der Städte des Ostens. Es wird sich hier um Unterstützung, eventuell auch Sebsthaftmachung deutscher Handwerker, kleiner Gewerbetreibenden und Kaufleute handeln, um Errichtung von gewerblichen Unterrichtsanstalten, um den Bau deutscher Vereinshäuser. Von großer Bedeutung wird auch die Belegung der Städte mit Garnisonen sein. (Beifall rechts.) Die Beamten des Ostens nehmen eine besonders ehrenvolle und verantwortungsvolle Stelle ein. Ich werde nur solche Beamten dort dulden, die sich dieser Verantwortung immer bewußt sind. (Bravo! rechts.) Ich betrachte eine Versetzung in die östlichen Provinzen als eine besondere Auszeichnung für jeden Beamten als Anwartschaft für eine besonders erfolgreiche Laufbahn. (Unruhe.) Auch die Frage bedarf ernstlicher Erwägung, ob nicht den Beamten in den gemischtsprachlichen Provinzen eine Zulage zu gewähren ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.) Die Polen haben Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, alle verfassungsmäßigen Rechte, um ihre Interessen zu vertreten. Aber es muß auch da eine Grenze geben, und diese Grenze wird gezogen durch das Lebensinteresse der preussischen Monarchie. Herr v. Jagzewski hat auch unseren Rechtsstitel auf die östlichen Provinzen angezweifelt. Wir haben diese Provinzen mit dem Schwert erobert und in harter Arbeit kolonisiert. Ich muß mit einem Worte auf die Demonstration in Berlin kommen. Hier haben sich polnische Studenten Proteste herausgenommen gegen einen Professor, weil er die Geschichte der revolutionären polnischen Bewegung nicht in ihrem Sinne darstellte. Zur Kennzeichnung der polnischen Ansprüche erinnere ich Sie an die Unterhaltung des Dichters Gottfried Kinkel mit einem polnischen Grafen. Kinkel glaubte an eine Versöhnung zwischen den polnischen Ansprüchen und den deutschen Rechten, aber als sich vor ihm eine polnische Aufforderung nach der andern ankündete, sagte er schließlich: „Aber Königsberg sollten Sie uns doch wenigstens lassen.“ Auch das wollte der polnische Graf nicht zugeben! (Große Heiterkeit.)

Ich zweifle nicht an der Loyalität aller polnischen Abgeordneten in diesem Hause, aber ich möchte diese Herren bitten, nicht zu zweifeln an der Loyalität der großpolnischen Agitation. Der Ministerpräsident verliest einen langen Artikel aus einem LeMBERGER Blatte, in dem angeführt wird, daß das natürliche Streben der polnischen Nation auf die Vereinigung aller früheren polnischen Landesteile angehe. Solche Tendenzen müssen wir mit unbengiger Energie bekämpfen. Ich will nicht schliefen, ohne von dieser Stelle aus einen Appell zu richten an die deutsche Bevölkerung in den gemischtsprachlichen Provinzen. Unsere Ostmarkenpolitik wird fortan nicht die Geleise verlassen, welche ihr der größte deutsche Mann, Fürst Bismarck, vorgezeichnet hat. Wir denken nicht daran, unsere Grenzen nach irgend einer Richtung verschleppen zu wollen, es giebt kein friedliebenderes Volk als das deutsche, kein Volk, welches weniger eroberrungslustig wäre. Aber das, was uns die Vorsehung gewährt hat zur Entschädigung für anderweitige Verluste, den Besitzstand im Osten, dessen Wiederhergewinnung und Verschmelzung mit dem Deutschtum den schönsten Aufwuchs der preussischen Krone bildet, das werden wir festhalten und ausbauen, eingedenk des Wortes: Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwid es, um es zu besitzen. (Stürmisches Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Kultusminister Dr. Studt:

Der Vorfall in Breschen ist von Herrn v. Jagzewski vollkommen eustellig geschildert worden. Die Kinder waren so

weit vorgebildet in der deutschen Sprache, daß sie dem deutschen Religionsunterricht zu folgen vermochten. Das ist gerichtlich festgestellt. Aber den Eltern wurden die Verhältnisse durch die Presse und in öffentlichen Versammlungen ganz falsch und in der aufwendigsten Art und Weise dargestellt. Massen zuhörungen, von denen man wohl des theatraleschen Effekts wegen erzählte, sind überhaupt niemals vorgekommen. Ich muß es tief bedauern, daß Herr v. Jagzewski kein Wort der Verurteilung für die Behauptung der Kinder gegen die Lehrer, der Eltern gegen die Behörden durch die Presse gefunden hat.

Auf Antrag des Abg. v. Egnern (natl.) tritt das Haus hierauf in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Fröhen (C.):

Wir erkennen die Polen als gleichberechtigte Staatsbürger an. Insbesondere darf ihnen ihre Muttersprache nicht genommen werden. Demgegenüber haben die Polen die Pflicht, treue Unterthanen des preussischen Staates zu sein und allen Nationationen auf Wiederherstellung eines großpolnischen Reiches zu entsagen. Wir protestieren auch gegen die jeden Deutschen tief verletzende Haltung der großpolnischen Presse, gegen die mit den schärfsten Mitteln vorgegangen ist (Bravo! im Centrum), ebenso protestieren wir aber gegen die Agitation gewisser deutscher Kreise, der Dekalisten, welche nur dazu beitragen, die Gegensätze zu verschärfen. (Bravo! im Centrum.) — Der erste Grund für die Stärkung des polnischen Elements in den östlichen Provinzen ist die natürliche Vermehrung der Bevölkerung. Hiergegen wird die Regierung mit allen gesetzlichen Mitteln nichts ausrichten können. (Große Heiterkeit.) Zweitens ist das Polentum durch die Aufstellungsgesetze wesentlich wirtschaftlich gestärkt worden. Ein sehr bedeutender dritter Grund liegt aber in der deutschen Schulpolitik. Der Deutsche bleibt ein sprachlich, der Pole versteht zwei Sprachen, das giebt ihm auch wirtschaftlich ein großes Uebergewicht. Es ist dringend wünschenswert, daß die deutschen Beamten in den polnischen Landesteilen auch die polnische Sprache erlernen. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Interpellation der Polen haben auch wir unterschrieben. Eine Polonisierung deutscher katholischer Kinder verlangen auch die Polen nicht, sie wollen nur getrennten Religions-Unterricht für polnische und für deutsche katholische Kinder. (Sehr wahr! bei den Polen.) In der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, körperliche Züchtigungen im Religionsunterricht sollten in Zukunft unterbleiben, liegt eine stillschweigende Deklaration der gesamten Vorgänge in Breschen. (Lebhafter Zustimmung in der Mitte und links.) Ich kann es nur anerkennenswert finden, daß die Kinder den Geboten ihrer Eltern folgten. Denken Sie doch an Ihre Kinder, Sie würden jedenfalls auch verlangen, daß Ihre Kinder Ihnen gehorchen und nicht dem Lehrer. (Stürmisches Beifall bei den Polen.) Ich wünsche, daß die Verordnung zum mindesten möglichst milde ausgedrückt werde und daß die königliche Staatsregierung in Erwägungen darüber eintritt, wie diese Verordnung des deutschen Religionsunterrichts zweckmäßig abzuändern ist. (Bravo! im Centrum und bei den Polen.)

Kultusminister Dr. Studt:

Was die Breschener Vorgänge anlangt, so war die Züchtigung der Kinder im Interesse der Disziplin durchaus geboten. So lange es Treu und Ungehorsam bei Schülern giebt, wird auch der Stock in Anwendung kommen. (Sehr richtig! rechts.) Die Wenden und die Litauern haben es verstanden, wenigstens eine vorbehaltlose Stellung gegenüber dem Preussentum einzunehmen. Dasselbe Ziel muß auch bei den Polen erreicht werden. An unserer Hilfe wird es der Staatsregierung dabei nicht fehlen. (Lebhafter Beifall rechts, links bei den Polen.)

Abg. Stüchel (Polen):

Die Regierung hat heute offen zugegeben, daß die nationale Existenz des polnischen Volkes ausgedroht werden soll, weil sie dem Organismus des preussischen Staates im Wege liege. Die Polen sind aber ebenso gute Staatsbürger wie die Deutschen; das Jahr 1848 hat ebensowohl polnische wie deutsche Staatsbürger in Anspruch genommen. Eine radikale Bestimmung der Polen aber wird immer radikaler, weil uns das nicht gegeben wird, was uns versprochen und zugesagt worden ist. Die Polen werden seitens der Regierung von allen Lebensquellen zurückgehalten, sie müssen sich als Bürger zweiter Klasse fühlen. Man unterdrückt die Gewissensfreiheit aus Gründen der Staatsraison. Den polnischen Kindern werden die Religionsfächer wie Papageien eingeprägt. Sollen die Dichtervorte: „Muttersprache, Mutterland, wie so wohnsam, so traut!“ nur für denische Kinder gelten? Was könnten die Lehrer erzählen, wenn sie reden dürften? Die Entrüstung hat nicht nur die Polen, sondern auch die vernünftig und gerecht denkenden Deutschen ergriffen. Die meisten der bei der Breschener Affaire beteiligten Kinder waren des Deutschen nur ganz ungenügend mächtig. Das ist gerichtlich erwiesen. Gerade das Vorgehen der Staatsregierung schweicht die Polen nur noch enger aneinander. Wir Polen vertrauen nur auf Gott und sonst niemand auf der Welt. (Lebhafter Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung der Interpellation auf Dienstag 1 Uhr.
Schluß 4/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

London Bankers Clearing House. Der Gesamtbeitrag der Abrechnungen für das Jahr 1901 mit 9561 169 000 Pfd. Sterl. ist der höchste bisher erreichte und übersteigt den des Jahres 1900 um 600 999 000 Pfd. Sterl. und 1899, das Rekordjahr um 410 000 000 Pfd. Sterl. Der größte an einem Tage des Jahres abgerechnete Betrag betrug 109 143 000 Pfd. Sterl., am 15. Mai, welcher die frühere Rekordziffer des 15. Januar 1901 um 19 100 000 Pfd. St. überflügelte.

Die Clearing Häuser sind eine Einrichtung des modernen Geldverkehrs, die besonders in England und Amerika einen hohen Stand der Entwicklung erreicht haben. Ihr Prinzip ist, so wenig wie möglich Geld in Umlauf zu setzen und alle Zahlungen durch Ab- und Zuschreiben auf Conto des Schuldners resp. des Gläubigers auszugleichen. Natürlich gehört dazu, daß derjenige, der sich dieses Zahlungsmodus bedient, auch ein Guthaben bei der Bank hat. Haben nun beide, Schuldner und Gläubiger, bei derselben Bank ein Guthaben, so wickelt sich der Verkehr sehr einfach, die Zahlung, die der eine zu leisten hat, wird ihm ab- und seinem Gläubiger zugeschrieben. Etwas komplizierter gestaltet sich der Zahlungsmodus, wenn an eine andre Bank oder an einem andern Ort als den des Auftraggebers die Zahlung geleistet werden soll. Für den Fall gleichen die Banken unter sich die Conten aus und werden an einem bestimmten Termin nur die Saldos in Geld bezugsen. Für diesen Ausgleich besteht in London das Clearing House, eine für alle Banken in London errichtete gegenseitige Abrechnungsstelle. Die Einrichtung ist auch dem Chequedruck sehr zu Statten gekommen. Während bei uns meist nur für größere Beträge Cheqs auszugeben werden, leisten in London und New York selbst kleine Geschäftleute und auch Privatpersonen ihre Zahlungen durch Cheqs und lassen ihre Forderungen gleichfalls an die Banken geben, bei der sie ihr Guthaben niedergelegt haben; auch der Wechselverkehr regelt sich einfacher, da als Zahlungsort eine Bank angegeben wird. Erklärt nun die Bank, von der der Wechsel eingelöst werden soll, daß sie Zahlung leiste, so ist nicht nötig, daß die andre Bank, von der ihr der Wechsel präsentiert, wird den Betrag in bar erhält, sondern die Bank belastet das Conto der Zahlungspflichtigen, wobei es natürlich eintreten kann, daß an demselben oder nächsten Tag die fordernde Bank einen Wechsel oder eine Schuldschein der andern Bank einzulösen hat. Dabei kann nun weiter der Umlauf eintreten, daß eine Bank in Frankfurt in Berlin an die eine Bank Zahlung zu leisten hat, von mehreren andern aber Forderungen bei dem Wänsler zu erheben hat. Auch diese Differenz wird zunächst am Orte von den

Central-Verein der deutschen Böttcher
(Sitz in Berlin.)
Codes - Anzeige.
Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Gustav Wendt
von der Brauerei Friedrichshain, am 10. Januar im Alter von 25 Jahren gestorben ist. Seine Hinterbliebenen sind: seine Frau, geb. Schmidt, geb. am 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain aus nach dem Bestattungshaus Weissenhof, 39/1.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 11. d. Mts., entschlief sanft mein innig geliebter, herzenguter Mann, unser Sohn, Bruder und Onkel, der Restaurateur
Gustav Paetzmann
im 35. Lebensjahre. 20545
Dies zeigt statt besonderer Mitteilung mit der Bitte um hilfespendende Anteilnahme an im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Martha Paetzmann, geb. Stübning.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Röllstr. 135, aus nach dem Neu-Weissenhof Friedhof, Röllstr. 135, statt.
H. A. G. Hermann.

Ortskrankenkasse d. Sattler und verw. Gewerbe.
Sonnabend, den 11. Januar, versetzt das Mitglied
Paul Trotnow
(Werkstätte von J. Ros).
Die Beerdigung findet Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 270/8 aus statt.
H. A. G. Hermann.

Nach langen, schweren Leiden entschlief sanft am Sonnabend, den 11. d., unser lieber Mitarbeiter
August Trogisch
an der Proletarierkrankheit.
Das Personal der Buchdruckerei Emil Billig Nachf., die Beerdigung findet Dienstag, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr, in Nieder-Schönhausen (Friedens-Kirchhof) statt.
Danksgang.
Für die äußerst rege Beteiligung bei dem Begräbnis meines unvergesslichen Mannes, unseres Sohnes, Bruders und Schwagers
Rudolf Bäsch
sprechen wir allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere dem Centralverband der Typsetzer, dem Gesangsverein „Vereinte Freie Sänger“, dem Gesangsverein „König Reller“ und dem Musikklub „Arfona“ unsern tiefgefühltesten Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Jacob Engels
nebst Kindern.

Danksgang.
Für die rege Beteiligung und die reiche Kranzsende bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Entschlafenen, des Maschinenmeisters
Jacob Engels
sprechen wir hiermit allen seinen Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Accumulatoren- und Elektricitätswerke H. W., damals W. A. Bode, den Kollegen der Leichenhalle am Schlesischen Bahnhof, den Beamten der Bahnpolizei 1, 4 und 18 und dem Verband der Maschinenisten und Setzer unsern tiefgefühltesten Dank aus.
Witwe **Franziska Engels**
nebst Kindern.

Danksgang.
Für die rege Beteiligung und die reiche Kranzsende bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Entschlafenen, des Maschinenmeisters
Jacob Engels
sprechen wir hiermit allen seinen Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Accumulatoren- und Elektricitätswerke H. W., damals W. A. Bode, den Kollegen der Leichenhalle am Schlesischen Bahnhof, den Beamten der Bahnpolizei 1, 4 und 18 und dem Verband der Maschinenisten und Setzer unsern tiefgefühltesten Dank aus.
Witwe **Franziska Engels**
nebst Kindern.

Danksgang.
Allen Freunden, Kollegen, Bekannten und Verwandten, sowie dem Vorstand der Ortskrankenkasse Berlin für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit besten Dank.
Leo Schmidt.
20499

Danksgang.
Für die so reiche und herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters und Bruders
Karl Hadix
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Metallschleifer-Verein, dem Metallarbeiter-Verein, den Kollegen der Firma Rindermann, sowie den Stammgästen von Hönneke unsern innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.
Stempel-Fabrik von 12182
Robert Hecht,
Berlin S., Cronenstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kantitut-Typen „Perfekto“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Danksgang.
Allen Freunden, Kollegen, Bekannten und Verwandten, sowie dem Vorstand der Ortskrankenkasse Berlin für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit besten Dank.
Leo Schmidt.
20499

Lagerhalter der Provinz Brandenburg.
Sonnabend, den 19. Januar, nachmittags 1 Uhr:
Konferenz
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal Nr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Die Minimalforderungen des Lagerhalter-Verbands. Referent Kollege C. Buhl-Weipig. 2. Was ist Manis und wie entsteht Manis? Referent Kollege E. Tost-Berlin. 3. Ist die Stellung von Manis in den Konsumvereinen berechtigt? Referent Kollege E. Voigt-Berlin. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. 285/7
Das Erscheinen sämtlicher in Konsumvereinen Angestellter, besonders der Kollegen, ist dringend notwendig. Gänge sind willkommen.
Der Vertrauensmann: Ernst Tost, Rixdorf, Jägerstr. 42.

Achtung!
Bauarbeiter Berlins und Umgegend.
Wir ersuchen unsere Kollegen, welche gewillt sind, bei der Arbeitslosen-Zählung am 26. Januar und 2. Februar mitzuwirken, sich am Dienstag, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 270/8, zu treffen.
Die Lohnkommission. H. A.: Karl Heldmann.

Friedrichsberg.
Mittwoch, 15. Januar, abends 8 1/4 Uhr, bei H. Butterbüse, Friedrich-Karlstr. 11:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter. 2. Die Arbeitslosen-Zählung. 3. Wahl eines Bezirksleiters und Ergänzungswahl der Kontroll-Kommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 77/13
Es ist Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen.

Cirkus-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. M. Hatt.
Sonntags 5 Uhr.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Taus ohne Nachzahlung

I. Kreis.
Sonnabend, den 19. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Palast-Theater“ (früher Fein-Palast), Burgstr. 22, Eingang St. Wolfgangstr. 6:
Öffentliche Volkssammlung
Tages-Ordnung:
1. Stehendes Heer oder Volkswehr mit besonderer Berücksichtigung des Boerens-Kriegs. Referent Reichstags-Abgeordneter **August Bebel.** 2. Diskussion.
Zahlreiche Besuch erwarten [208/6*]
Die Vertrauensleute.

Centralverband der Maurer etc.
Zahlstellen Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
Beschlaffung über das Ortsstatut und die Einheitsmarke. 139/8*
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Buch kein Eintritt.
Guten Besuch erwarten Die Verbandsleitung.

Rixdorf.
Socialdemokrat. Wahlverein.
Am Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei Landner, Bergstr. 151/152.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstands und des Zeitungspediteurs. 2. Abrechnung. 3. Kommunalpolitik im neuen Hause. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinstätigkeiten. 292/1
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Louis Kellers Festsäle
Koppenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fahrman, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Zutritt 50 Pf.
52322* Nach jeder Soiree:
Familien-Kränzchen.
- Bonds haben Gültigkeit -
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kaskanen-Allee.

1 1/2 Millionen Mk.
sind mit einem Wod zu gewinnen. Jedes Wod mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Gewinn, daher bei Auslosung kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Ratenlose. Gehegt erlaubt! Kein Schwindel! Jeder überzeugt sich erst und verlange Prospekt. 5/8*
P. Seiden faden,
Wühlhausen 181 (Züringen).

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Kaufst bis abends neun. [32348*]
Charlottenburg.
F. Kunstmann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl!
Billigste Preise! Reelle Garantie!

Masken-Garderobe
von **Carl Ernst,**
Königsplatz 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Borzeiger dieser Annonce erst 10% Preisermäßigung.
Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.
Bei **Asthma.**
Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Atemnot, Heiserkeit, Husten, Keuchhusten, Verschleimung, Kehlkopfentzündung, Krampf im Hals, Rachenentzündung, Infektion, Erkältung und Schlaflosigkeit ist die Heilkräft von
Pohl's Brombeersaft
für Erwachsene und Kinder erprobt; a Flasche 1 Mark, bei 6 Flaschen die 7. gratis.
Pohl's Brombeerbbonbons
wunderschmeckend u. schmerzlösend 1/2 Pf. 30 Pf.
Drogerie, Berlin, Brunnenstr. 157.

Johannisthal.
Raus Park - Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeehaus, Kegelbahn, Ausspannung, Saal für Vereine u. Veranlassungen.
Achtung! Vereine!
Sonnabend, der 1. März, ist noch zu vergeben. 32689*
Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangehrstr. 9, Krautstr. 19, Röllstr. 26, Röllstr. 2.
Dr. med. Schaper
hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 8.
Dr. Simmel, Prinsonstr. 59.
Spezialarzt für 3/18*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Corsethaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstat.
Referent: Orts- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin C. [31730*]
30. Timien-Str. 30.
36 Wf. elegante Winter-Paletots.
30 Wf. hochfeine Herren-Anzüge.
12 Wf. schwere Winter-Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tadelloser Sig. [31717*]
14 Kranzenstr. 14,
1 Tr., kein Laden, 1 Tr.

Carl Helbig,
Heilgehilfe und Waffner
für sämtliche Krankenkassen Berlin [11142*] und Umgegend.
Heddenstr. 9, Eing. Wallstr. 19, I

Teilzahlung
monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig. Schneidemeister.
Tomprowski, Neanderstr. 16. II.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmangel, Berlin S. 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken angefertigt werden. 32282*
Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 145.
Olga Jacobson,

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Entscheidendes Geschäft ist umständlicher wegen Liebhaber eines andern Geschäfts lieberwert zu verkaufen. Sie ersuchen bei Warten, Dultstr. 89. 769*
Restaurant. gut gehend, umständlicher sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Schanzberg, Charlottenburg, Seidenstr. 14. 7144*
Wurkühle und Konditorei verkauft Korn, Hohndorfstr. 21a.
Chamborvort. 60 Quadrate, 450 Mark, verkauft Handvermittlung Brunnenstr. 151. 29436*
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, partier. 437*
Vorjährige elegante Herrenkleider aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 6748*
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Godekerstr. 4, Bahnhof Börs. 111/7*
Sportbillig. Teppiche, Betten, Strümpfen, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Velhaus Neanderstr. 6. 47*
Wirkwerke mit auswechselbaren Nadeln, geringe Teilzahlung, J. Amberg, Landsbergerstr. 13.
Vorjährige elegante Herren- und Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II.
Kanarienvogel verkauft Eleganz, Reichendorferstr. 23b.

Nähmaschinen. preiswerteste Vorgänge, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstr. 82*, Köpplerstr. 60/61. 788*
Wöbel. vier Zimmer, darunter Aufschlößelberber, Berlin 27,00. Schlafsofa, Säulentrucan 35,00. Panoletto, Tischsofa 50,00, Kommode 12,00, Spiegel 10,00, Bettstellen 15,00, Stühle 1,50, schöner Zimmerleppich 8,00, Regulator 15,00, Oelgemälde 3,00, Kucheneinrichtung 30,00, mehrere, noch neue Kuchenschmelz verlässlich. Zimmer vermichter. Gartenstr. 148, I vorn links. 7130*
Nämmungshalber verkaufe zu Spottpreisen: Kleiderentwürfen, Kleiderstoffe, Fertigung, Schlafsofa 42, Trucan 25, Tischsofa 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze, Panoletto 80, Gobelin-garnituren 100, Kucheneinrichtung 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Grundzahlung. M. Rosenfranz, Schönhauser Allee 171. [9838*]
Gelegenheit! In meinem großen Wöbeldepot mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu kostbilligen Preisen: Trucan 25, Kleiderentwürfen, Kleiderstoffe, Fertigung, Schlafsofa 42, Trucan 25, Tischsofa 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze, Panoletto 80, Gobelin-garnituren 100, Kucheneinrichtung 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Grundzahlung. M. Rosenfranz, Schönhauser Allee 171. [9838*]
Teppiche mit Gardinenkleidern, Kucheneinrichtung Große Frankfurterstr. 9, partier. 437*
Wegzugshalber verkaufe neue Wirtschaft. Kohl, Frankfurter Allee 189.
Küchenschiff Schenke mit auch ohne Platz billig zu verkaufen. Conrad, Deumelmerstr. 3b. 769*

Nähmaschinen. sämtliche Systeme, auch ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Verschleißung erwünscht. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Turmstr. 39 und Bernauerstr. 47 B. 6938*
Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Wladimir Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 857b
Cigarrentouren (Schneider, Wäfer - Kommandantenstr.) wird jetzt postbillig anderwärts Deutsches Reichhaus, Rosenfelderstr. 11/12. *
Walzstrich. Dürbboden, für Pastur, Druck, Schweiß, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Weichheit, überausdend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 geliefert. Richt Flaschengröße, Qualität entschuldigt. Biererei Ringer, Bernauerstr. 119. 111/6*
Steppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partier. 437*
Heckwagen billig zu verkaufen, Baumbach, Oberbergerstr. 21. 768*
Kanarienvogel. Nachtweiden verkauft Berndt, Holzmarktstr. 9.*
Abreißkalender 1902 für Straßenhändler zum 10 Pfennig, Verkauf-Druckerei Ritterstr. 15. 2042b
Wirkgeschäfte mit sofort wegen Krankheit meiner Frau unbedingt für jeden annehmbaren Preis verkaufen. Selten günstige Gelegenheit für wertvolle Werte. Näheres Bäder-Allee Deubenerstr. 14. (Korn Frau allein vorlesen.) 2047b
Bett. prachtvolles, 17,00. Köpplerstr. 26, Michel. 2048b
Goldene Damennähren (von 10 Mark an), Silberne Remontier-nähren (von 5 Mark an) Deutsches Reichhaus, Rosenfelderstr. 11/12. *

Vermischte Anzeigen.
Leichalle eröffnet Chaussee 121.
Mobiliarhandlung Oranienstr. 118.
Orchesterhandlung Oranienstr. 118.
Violinschule. Oranienstr. 118. *
Instrumentation. Theorie, Praxis, Orchester 118.
Trumpeterschule Oranienstr. 118
Ritherscherin Frau Guder, Guelienstr. 115. 2/20*
Unfallkassen. Klagen, Eingaben, Reklamationen Puyger, Steglitzerstr. 65. 2957b
Rechtsbureau. Teltowerstr. 11, Erdgeschoss, Eingabengeld, Naturerteilung. 9012*
Kunstschere von Frau Koloski, Steinmetzstr. 48, Ouergebäude hochpartier.
Wirkstoffe! Wer sich über diese rucklose Krauskaufzeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Wirkstoffe, welche unermesslich verbreitet werden vom Verkehrsverein Berlin, Köpplerstr. 108. Dalesch können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Wirkstoffe bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Cigarren. Brillanten, Bücher, Wappenstein, sowie alles Brauchbare beliebt fabelhaft hoch Deutsches Reichhaus (Lombardstr.), Rosenfelderstr. 11/12. 110/19*
Restoration habe eröffnet. Carl Schmidt, Beusselstr. 37. 9592*
Saal zu Radenbällen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Schwedterstr. 24. 758*
Rechtsbureau. Rechtshilfe, Eingabengeld, Naturerteilung. Andreasstr. 2, Erdgeschoss. 20495*
2 Vereinszimmer, 30 und 40 Personen fassend, Stallstr. 11, zum Tausch. 20416
Damenbureau empfiehlt sich geehrten Vereinen der möglichen Honorar für politische, humoristische Duette. Mitwirkung bei Theaterstücken. Näheres Gattenstr. 10, Oberbergerstr. 37. 1905b
Strasschen. Berufungen, Einabengeld, Unfallkassen, Schausachen, Beträge, Klagen, Zahlungsbefehle, Naturerteilung billig. Rechtsbureau Wulfow, Stallstr. 141. 2062b
Rechtsbureau Julius. Glatzerstr. 55. 2053b*

Stellenangebote.
Tüchtige Diensthelferin im und auherm Hause auf Wochentagen sucht Klau, Godekerstr. 32 III. 2038b
Belegemeister für Goldschmied sucht E. Probst, Köpplerstr. 37. *
Wädchen oder ältere Frau bei Kindern, 8-7, gesucht. Waldemarstr. 2, Koloff. 719
Wamsfelds erste Kraft, auf Damen, tollkühn verlangt Holz, Köpplerstr. 102. 2046b
Stepperrinnen im und auherm Hause. Pantow, Koller Friedrichstr. 67, Scharber. 2008b
Wamsfelds auf Jagdzeit verlangt Köpplerstr. 8 III, Bruch. 2007b*
Kucheneinrichtung. Arbeiterin auf bessere Sachen im und auherm Hause verlangt Gustav Lanter, Berlin, Bernauerstr. 84. 2610b
Wädchen für keine Landarbeit und Wirtschaft zu einer Weibchen-Familie in nächster Vorort gesucht. Wiedemann, Köpplerstr. 52, I. Etage rechts. 1984b
Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen sollen 10 Pf. pro Zeile

Partei-Nachrichten

Socialliberale Phantastik.

In Raumanns „Zeit“ ergeht sich Herr v. Gerlach in dem phantastischen Traume einer „vereinigten Linken“ in Deutschland, in der er zwar die Socialdemokratie als Kerntruppe sieht, aber doch nur dann, wenn diese aufhört, socialdemokratisch zu sein und etwa — national-social wird. Er träumt davon, daß dann die Socialdemokratie „sozialpraktisches Verständnis“ beweisen werde, „sich für die Hauptwahlen (zum Reichstage) in den Wahlkreisen, wo ihr selbst kein Erfolg winkt, für Unterstützung anderer Parteien zur Niedergewinnung des Agrarierturns auszusprechen.“

Der Reiter des Herrn v. Rheinbaben hat nämlich die Entdeckung gemacht, daß „der letzte Strohhalm“, der die Socialdemokratie grundtätig von andren Parteien scheidet, nämlich der Antimilitarismus, auch schon brüchig werde. Herr v. Gerlach ist ein feiner Kopf, wie man zu sagen pflegt; wo der gewöhnliche Mensch noch alles in der gewohnten Ordnung findet, da sieht er alle möglichen Punkte, seine Schilde aufzuhängen, und so hat er auch gefunden, daß wir eigentlich in letzter Zeit unsere eignen Grundzüge wieder einmal schmächtig verleugnet hätten. Während wir im Jahre 1897 auf dem Hamburger Parteitag beschloffen hätten, unser Eintreten in der Stichwahl für gegnerische Kandidaten davon abhängig zu machen, daß sie sich gegen jede Bezeichnung der Militärlasten verpflichten, hätten wir dann doch nicht danach gehandelt. Herr v. Gerlach macht der Partei dafür das Kompliment der Klugheit, sieht aber nicht ein, daß er selber sehr unklug ist, wenn er darin den Anfang eines Verleugnens unserer antimilitaristischen Grundzüge erblickt. Daß dies ebenso thöricht, als wenn er aus der That sache, daß Bebels Stichwahl-Resolution 1897 in ihrer ursprünglichen Form die antimilitaristische Bedingung nicht enthielt, den Schluß zieht, daß Bebel damit eigentlich das „Dogma des Antimilitarismus“ brüchig gemacht habe. Er lese nur genau, was Bebel in Hamburg zur Sache gesagt hat. Wir möchten Herrn v. Gerlach, um ihm Stoff für eine neue Traum-dichtung zu geben, darauf aufmerksam machen, daß in der Stichwahl-Resolution von 1897 auch eine antimilitaristische Bedingung fehlt und daß wir noch niemals von einem gegnerischen Kandidaten als Bedingung des Eintretens für ihn in der Stichwahl verlangt haben, daß er sich zu republikanischen Grundzügen bekenne. Herr v. Gerlach dürfte es leicht sein, daraus eine Konzeption an das „Soziale Königtum“ zu machen. Ebenso ist es auch mit dem hohen Socialismus, der Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Nichts steht davon in der Stichwahl-Resolution und niemals haben wir in einer Stichwahl einem gegnerischen Kandidaten das Bekenntnis zu diesen Grundzügen abverlangt. Welche Verleugnung der elementarsten Grundzüge der Socialdemokratie!

Ja, so klug ist die Socialdemokratie! Sie thut immer das, was die augenblickliche politische Situation erfordert und der Förderung ihrer allgemeinen Ziele dienlich ist. Manchmal finden das die Gerlachs geistig, manchmal finden sie es dumm. Das wird noch manchmal vorkommen, und doch werden wir danach nicht fragen. Zwischen der Resolution unseres Parteitages von 1897 und den Wahlen vom 16. Juni 1898 lag bereits die Bewilligung der Klotzenvorlage durch den alten Reichstag. Das bestimmte die Beschlußfassung von 1897 und das beeinflusste das Handeln bei den Wahlen 1898. In anderer Situation werden wir wieder anders handeln. So werden wir auch jetzt selbstverständlich mit allen anti-agrarischen Elementen zusammen den Kampf gegen die Agrarier führen. Aber immer so, wie es unsere Grundzügen entspricht und wie wir es für nützlich halten. Wir werden diese vom Liberalismus bisher ungethan gelassene Arbeit thun und auch noch manche andre Arbeit, die der Liberalismus längst hätte thun sollen, ohne dabei zu vergessen, daß dies nur Vorarbeiten für den Socialismus sind. Helfen uns die „liberalen Elemente“ dabei; gut; helfen sie uns nicht; auch gut!

Daß Herr v. Gerlach sich aber so sehr darum bemüht, die Socialdemokratie zur Vernunft zu bringen, die doch noch so tief in der antimilitaristischen, antimilitaristischen und antikapitalistischen Unvernunft drinsteckt, finden wir merkwürdig; warum verüßt er es denn nicht, solche Parteien zu seiner Vernunft zu bekehren, die dem Ziele, das er uns gesteckt hat, so viel näher stehen? Es giebt so viele Reichstags-Wahlkreise, die den agrarischen Parteien entziffen worden wären, wenn Herr v. Gerlach die ihm weit näher stehenden Parteien der Linken rechtzeitig belehrt hätte, daß sie gleich in der Hauptwahl für die Socialdemokratie einzutreten hätten. Warum hat er nicht seinen eignen Parteigenossen den Rat gegeben, z. B. in Friedberg gleich in der Hauptwahl für den Socialdemokraten gegen den nationalliberalen Großgrundbesitzer zu stimmen? Scheint dieses Unternehmen dem superklugen „Ramen der Pragis“ nicht aussichtsreicher?

Mit der Angelegenheit der „Erfurter Tribüne“ befahte sich die Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins Wolda, welcher Ort mit zu den Interessenten des Blattes gehört. Es wurde eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der Preshkommission des Blattes mißbilligt.

Julius Bruns, jetzt in Breslau, blickt, wie unser dortiges Parteiblatt berichtet, am 10. Januar auf eine 25jährige Parteithätigkeit zurück. Bruns ist 1860 geboren und lernte Cigarrenmacher. Er begann seine Parteithätigkeit in seiner Vaterstadt Altona, wo er 1877, kaum 17 Jahre alt, in der Reichstagswahl-Propaganda für Hofenleber mitwirkte. Aus Hamburg-Altona wurde er unter der Herrschaft des kleinen Belagerungsstaates im Jahre 1881 ausgewiesen. Von 1890 bis 93 vertrat er Bremen im Reichstage. Er wurde damals in der Stichwahl gegen einen Liberalen gewählt. 1893 ging der Kreis wieder an die freisinnige Vereinigung verloren. Bruns steht demnach noch in den besten Jahren und kann es noch zu weiteren 25 Jahren bringen. Es dürfte nicht allzuviel Parteigenossen geben, die mit kaum 42 Jahren bereits eine 25jährige Parteithätigkeit hinter sich haben.

Totenliste der Partei. In Hannover starb einer der ältesten dortigen Parteigenossen, der Dr. med. L. Kugelmann, im Alter von fast 74 Jahren. Der Verstorbene, der allerdings in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten ist, war ein persönlicher Freund von Karl Marx, der im Jahre 1867 bei Kugelmann in Hannover die Korrektur des ersten Bandes des „Kapital“ gelesen hat. Im Jahre 1872 war Kugelmann als deutscher Delegierter auf dem Kongress der Internationale in Haag.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Die Weihnachts-Zeitung „Arbeitslos“ ist in Gützkow mehreren Parteigenossen im Wege der Beschlagnahme weggenommen worden, obwohl jeder derselben nur ein Exemplar davon besaß, das nicht zur Verbreitung, sondern nur zum persönlichen Gebrauche bestimmt war. Unter Berufung auf diesen Sachverhalt führten drei dortige Parteigenossen bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Beschlagnahme und forderten ihre Zeitungen zurück. Die Beschwerde ist jetzt ohne Begründung zurückgewiesen worden.

Der Mordprozeß Jänike,

der gestern unter ungeheurem Andränge des sensationssüchtigen Publikums vor dem Schwurgericht am Landgericht II begann, kam an diesem Tage nicht zu Ende, sondern wurde auf heute, Dienstagmorgen 10 Uhr verlagert, nachdem außer den beiden Angeklagten Jänike und Steinfle gegen zwanzig Zeugen vernommen worden waren. Unter diesen Zeugen befanden sich auch der Ehe-mann der von Jänike am 10. September v. J. ermordeten Frau Nühliche in der Gleditschstr. 7 zu Schöneberg sowie die Mutter

des Angeklagten Steinfle. Der Vater dieses Angeklagten machte von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Die Zeugenaussagen sind übrigens, soweit die That an sich in Betracht kommt, nicht von besonderer Bedeutung und drehten sich fast nur um den nach dem Morde vorgefundenen Thatbestand. Heute werden noch die medizinischen Sachverständigen Dr. Friedmann und Dr. Ketteler vernommen.

Der Angeklagte war, wie wir bekanntlich in unfrem Vorbericht am Sonnabend mitgeteilt haben, mit der Familie Nühliche bekannt und überließ nach einer Verabredung mit seinem Anwalt Steinfle die Frau bei seinem Besuch in der Wohnung in dem Angerblid, als sie, ihr zweijähriges Kind auf dem Arm, sich von ihm abgewendet hatte. Seine Absicht war auf den Raub der Erbsparnisse des Nühliche gerichtet.

Die Absicht des 23-jährigen Burschen, der verschiedentlich vorbestraft ist, wird durch seine im gleichgültigen Tone erzählte Aussage beleuchtet. Er gab an, daß der Gedanke, die Frau umzubringen, ihm erst gekommen sei, als sie sich zur Bekehrung setzte. Der Angeklagte teilte mit: Ich traf die Frau Nühliche mit ihren beiden Kindern in der Wohnung. Ich unterließ mich zunächst mit ihr über die Beschäftigung ihres Mannes und wann er gewöhnlich nach Hause komme. Frau Nühliche sah in der Küche und hatte ihren zweijährigen Sohn auf dem Schoß, das jüngste Kind lag in der Stube im Bett. Bei der Unterhaltung überlegte ich mir, wie ich es anfangen könnte, um sie tödlich zu machen. Dann ging ich an die Wasserleitung und verstellte ein Geschäß. Ich ging dann von hinten an sie heran und wollte sie durch einen Messerstoß erschlagen. Ich stieß sofort das im Kessel bereit gehaltene Messer in ihre rechte Seite, indem ich sie mit der linken Hand am Hals packte und mit der rechten Hand über die Schulter hinweg ihr den Stich versetzte. Sie schrie auf und ließ den Knaben zu Boden fallen. Ich hielt ihr den Mund zu und sagte zu ihr: Klara, ich muß das Geld haben, sei ruhig! Hier bleibst Du sitzen! Sie sprang auf und lief zum Fenster. Ich rief sie nieder und gab ihr noch einen Stich; dieser traf eine Korsettstange und da plähte das Messer ab. Wie sie sah, daß das Messer nicht mehr brauchbar war, setzte sie mir Widerstand entgegen, sie schlang ihren Arm um meinen Leib, und ich rang mit ihr. Da fiel mein Blick auf einige Bierflaschen. Es war mir schon einmal in einer Schlägerei passiert, daß ich einem mit einer Bierflasche eins auf den Hinterkopf gegeben hatte, so daß er sofort betäubungslos war. — Präsi.: Und da haben Sie nun eine Bierflasche nach der andern genommen und damit auf die Frau eingeschlagen? — Angekl.: Ich nahm nacheinander drei Flaschen und zerstückte sie auf dem Kopf der Frau. Ich kam aber noch nicht zum Ziele, sie arbeitete sich hoch und sprang, und ihr Junge schrie auch. Da wurde ich verwirrt; sie hatte mich in Wut gebracht, ich konnte mich nicht mehr halten und schlug den Entschluß, sie unter allen Umständen tödlich zu machen, selbst wenn ich sie tot machen müßte. — Präsi.: Also in diesem Augenblick wollten Sie erst den Entschluß zur Tötung gefaßt haben? — Angekl.: Ja wohl. Ich muß noch bemerken, daß, als ich mit der Frau rang, ich alle Befinnung verloren hatte. Als die Schläge mit den Flaschen nichts nuzten, sah ich mich nach einem Gegenstand um und sah einen Hammer liegen, der Hammer floß aber ab, gleich bis nach dem Korridor. Jetzt war ich wieder ohne Gegenstand. Sie hatte sich wieder aufgerafft, ich rief sie zurück, und da sah ich das Veil liegen. Sie war schon wieder nach der Thür zu gegangen, ich rief sie noch der Küche zurück und versetzte ihr einen Schlag auf den Hinterkopf. Sie wollte wieder aufstehen, und da gab ich ihr noch einen Schlag, so daß sie zu Boden sank und schrie. Bei dieser Gelegenheit schrie der kleine Junge heftig, da nahm ich das Veil und schlug damit den Jungen vor die Stirn, er stand aber wieder auf. Dann warf ich das Veil weg und nahm den Jungen und warf ihn im Nebenzimmer aufs Sofa und sagte zu ihm: Ausgeh! Ich nahm das Geld aus dem Vertikow heraus und steckte es in die Tasche, ohne es zu zählen. Als ich dann an der Thür war, sah ich, daß die Frau bemerkt war, sich wieder aufzurichten. Ich versetzte ihr noch einen Schlag, sie sank nieder und verlor das Bewußtsein, sich wieder aufzurichten. Jetzt versetzte ich ihr den letzten Schlag, worauf sie still wurde. — Präsi.: Ja, dieser Schlag hat ihr den Schädel zertrümmert. Nun erzählen Sie weiter. — Angekl.: Ich leerte dann das Portemonnaie und die Sparbüchse und ging. Auf der Treppe begegnete mir zwei Frauen, die mich ins Auge sahen. Ich vermute, daß sie etwas von dem Lärm gehört hätten und sagte deshalb im Vorbeigehen: „Der Alte dort oben hat wieder einen Vogel.“ Weiter erzählt der Angeklagte dann, wie er sich für das geraubte Geld einen Anzug gekauft, dem Steinfle, der auf ihn an der Elsholzstraße wartete, 50 Mark gegeben und dann das übrige Geld mit einer Dirne verjubelt habe. Steinfle bekräftigt die Aussage des Jänike. Jänike ist, wie erinnerlich, noch am selben Abend in einer Drohke in Schöneberg abgefaßt, die Verhaftung des Steinfle gelang erst am 19. September. — Der Schuttmann Claus ist der erste nach der That in der Wohnung gewesen. Die Hausbewohnerin Frau Steinfle hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß in der Nühlichen Wohnung Lärm gewesen sei und das kleine Kind immer rief: „Mutter, steh doch auf“. Der Zeuge ist etwa um 2 1/2 Uhr mittags gewaltsam in die Wohnung gedrungen und hat die Frau in den letzten Zudungen vorgefunden. Sie lag mit dem Gesicht dem Fußboden zugekehrt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 26. Januar. Wir eruchen daher, Änderungen und Neuaufnahmen bis spätestens Freitag, den 17. Januar, einzusenden zu wollen, für „Zeltow-Weestow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Bries, Zehnstr. 2; für „Kieder-Warnin“ an den Genossen Otto Riebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein, Briege a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Pringensstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu machen.

Nachträge können in Zukunft nicht mehr veröffentlicht werden. Alle Zusendungen und Anfragen sind nicht an die Redaktion des „Vorwärts“ zu senden, sondern nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Pringensstr. 66. Die Parteiblätter der obigen Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Zur Lokal-Liste. Am Sonnabend, den 18. Januar, veranstaltete der Vergnügungsverein „Hoher Rat“ in den Residenz-Gezissen, Landbergerstraße 31, eine Festlichkeit, zu welcher versucht wird, in Arbeiterkreisen, namentlich im Osten, Willets abzufragen. Da dieses Lokal der Arbeiterhaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, so wolle man das Vergnügen meiden und die angebotenen Willets zurückweisen.

1. Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Feinplast-Baustr. 22, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Genosse August Bebel über „Stehendes Heer oder Volkswehr mit besonderer Berücksichtigung des Voerentrieges“ referiert. Näheres siehe heutiges Inserat. Die Vertrauensmänner.

Verein für den fünften Reichstagswahlkreis. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntagmorgen 18. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Urania, Taubenstr. 48/49, aufmerksam gemacht. Beginn 1 Uhr. Beginn 2 Uhr. Willets sind vom 15. d. M. nur noch beim Kassierer Leopold Diepmann, Diniensstr. 242, zu haben.

Bis zu genanntem Datum müssen alle übrigen Willets in Händen des Kassierers sein oder sie gelten als verkauft. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Vorstellung im Gewerkschaftshaus, Engelhofer 15, Saal 7, ein gemüthliches Beisammensein stattfindet.

Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhäuser Vorstadt). Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im „Berliner Prater“, Kaskarien-Allee 7-9, Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow: „Die die Junker den Bauern helfen.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten, sowie Besprechung über Anträge der Mitglieder aus den Zahlabenden. Mitgliedsbuch legitimiert. Siehe Inserat vom Sonntag.

Weißensee. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr findet im Vereinshaus „Konordia“, Charlottenburgerstr. 150 die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist eine zahlreiche Beteiligung notwendig.

Schmargendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Herrn Leonhardt, Warmmünderstr. 6 seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung, wie stellen sich die Parteigenossen zu den Gemeindevahlen?

lokales.

Die Frequenz der Berliner Gemeindefschulen. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Uebersicht über die Frequenz der Gemeindefschulen zugehen lassen, die sich auf den Stand vom 1. November 1901 bezieht. Danach bestehen in dem laufenden Winter-Halbjahr in Berlin 249 Gemeindefschulen mit 4242 Klassen, die am 1. November mit 105 331 Knaben und 106 455 Mädchen, zusammen 211 786 Kindern besetzt waren. Im Sommer-Halbjahr 1901 hatten 248 Gemeindefschulen mit 4324 Klassen, die am 1. Mai mit 105 199 Knaben und 106 611 Mädchen, zusammen 211 810 Kindern besetzt gewesen waren. Gegenüber dem Sommerhalbjahr ist also in diesem Winter die Zahl der Knaben nur um 132 größer und die der Mädchen sogar um 156 geringer geworden, so daß selbst die Gesamtzahl der Kinder um 24 zu rück gegangen ist. Diese höchst bemerkenswerte Erscheinung, die in Berlin, so lange wir hier die schulgeldlose Gemeindefschule haben, noch nicht beobachtet worden ist, dürfte im wesentlichen zu erklären sein aus der im Jahre 1901 eingetretenen, durch die Wirtschaftskrisis und den Arbeitsmangel bewirkten Abnahme der Zuzüge nach Berlin und der gleichzeitigen Zunahme der Fortzüge von Berlin. (Auf die in mehrfacher Hinsicht interessanten Einzelangaben der Uebersicht kommen wir noch zurück.)

Die „Freie Hochschule“ hat Sonntag im Bürgeraal des Rathauses ihre Eröffnungsfeier abgehalten. Die Versammlung erfreute sich eines so starken Besuches, daß viele Personen keinen Platz finden konnten und wieder umkehren mußten. Der Festredner Dr. Bruno Wille sagte u. a. nach einem Bericht der „Welt am Montag“: Die freie Hochschule soll unabhängig sein vom politischen und religiösen Parteigetriebe. Sie sei eine höhere Vorbereitungsschule vor allem für die freien Berufe. Größtentheils rekrutieren sich gegenwärtig diese Berufe aus Leuten, die nicht in der Lage waren, den auf einer hohen Schule begonnenen Bildungsgang abzuschließen. Kann die „Freie Hochschule“ auch natürlich nicht schon im Moment ihrer Gründung alle dem gerecht werden, was sie sich vornimmt, so wird sie doch von Anfang an angehenden Journalisten, Beamten des Verwaltungsfaches, Kaufleuten, aber auch bildenden Künstlern, Schauspielern und Musikern Gelegenheit geben, die neben ihrer Spezialausbildung unerlässliche wissenschaftliche Ausbildung zu erwerben. Lehrern und Erziehern, welche die übliche Seminar-Ausbildung dürftig und unfrei geschult empfindet, wird ebenso die Möglichkeit, ein abgerundetes Wissen zu erlangen, hervortragend berufen zu werden. Die „Freie Hochschule“ sind die Frauen. Sie sind als Gattinnen und Mütter heranzuziehen, am geistigen Leben des Volkes Anteil zu nehmen; ihren Händen entwachst die folgende Generation. Und wo die Frauen einen andren Beruf ausüben, bedürfen sie erst recht einer gründlichen Bildung. Für die Arbeiter nun gar ist die „Freie Hochschule“ schon wegen ihrer niedrigen Beiträge die erste Erziehung aus der Unfreiheit der Unwissenheit.

Es fragt sich nun, woher die freie Hochschule die Mittel und Kräfte nehmen will, um ihr gerade nicht ganz unbedeutendes Ziel zu erreichen.

Eine harte Nuß ist für die bürgerliche Presse die in der letzten Nummer des „Gemeindeblatt“ veröffentlichte Neujahrs-Glückwunschkarte des Berliner Magistrats an den Kaiser. Das Opus atmet nicht den erheiterten Schwung, der den früheren, vom Stadtschulrat Vertram verfaßten Gratulationsadressen des Magistrats eigen war, aber es ist darum nicht weniger schätzenswert als die Vertram'schen Stillschreibungen und im übrigen noch um vieles verständlicher. In den Abdruck der Adresse im „Gemeindeblatt“ sind nun zum Ueberfluß noch ein paar Druckfehler hineingeraten, die der Rede dunklen Sinn noch dunkler gemacht haben. Es heißt da: „Eure Kaiserliche und Königl. Majestät haben huldvollst den Gedanken aufgenommen und gefördert, durch Werke der bauenden und bildenden Kunst der bewundernden Mitwelt zu zeigen, daß die Residenz Eurer Majestät den ersten Kunststätten der Welt ebenbürtig ist. Das hehre Gotteshaus, welches den Abschluß der von dem großen Vorfahren Eurer Majestät geschaffenen vorgehischlichen Erinnerungen auch eine Prachtstraße bildet, geht seiner Vollendung entgegen; die herrliche Straße, welche schon durch ihren Namen die Entwicklung des Hohenzollernhauses kennzeichnet, hat ihre Vollendung empfangen durch wohlgeplante Werke der schaffenden Kunst, welche zugleich ein Denkmal der glorreichen Geschichte der brandenburgischen Landesfürsten und eine Pflanze unserer Stadt sind.“

Es ist nun ungemein amüßig, zu sehen, wie sich die einzelnen Blätter mit diesem Unsinne abzufinden suchen. Einige drucken ihn völlig unverändert oder doch in der Hauptsache unverändert nach, ohne mit einem Worte zu verraten, ob sie daran Anstoß nehmen. Man hat in den betreffenden Redaktionen augenscheinlich geglaubt, hier allermodernsten Abfensibil vor sich zu haben. Etliche andre Blätter fügen wenigstens ein paar Fragezeichen hinzu. Das „Berl. Tagobl.“ ändert die Worte „Erinnerungen auch eine Prachtstraße“ in den Wobstimm „Erinnerungen an eine Prachtstraße“, hält aber daran fest, daß es sich um „vorgehischliche“ Erinnerungen handle. Verschiedene Blätter haben dem „Tagobl.“ diese Verbesserung nachgedruckt. Der „Berliner Börsen-Courier“ hilft sich damit, daß er die Worte „auch eine Prachtstraße“ in Gedankenstriche setzt und das „auch“ durch den Druck hervorhebt: — a u a eine Prachtstraße —. Das Blatt hat natürlich hierbei nicht etwa einen respektlosen Witz über die „Prachtstraße“ brachsigigt.

Um weiteren Anstoß dieser Art (das dem einen oder dem andren Blatte am Ende noch Angelegenheiten bereiten könnte) vorzubeugen, wollen wir den Rassen mit einer kleinen Konjektur zu Hilfe kommen. Der Magistrat wollte womöglich sagen, daß das „hehre Gotteshaus“ (der Dom) den „Abschluß der von dem großen Vorfahren Eurer Majestät geschaffenen, an geschichtlichen Erinnerungen reichen Prachtstraße“ bildet.

Was wir sonst noch in die Adresse hineinzufordern hätten, das wollen wir lieber für uns behalten.

Fernzündung für die Straßlaternen. Aus dem Rathaus wird berichtet: Die städtischen Gaswerke machen seit einiger Zeit Versuche mit der Fernzündung der öffentlichen Straßlaternen. Probenweise ist die pneumatische Fernzündung und die durch Myrwerke bewirkte eingeführt. Gestern hat nun die städtische Gasdeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau u. a. beschlossen, versuchsweise auch die elektrische Fernzündung als dritte Möglichkeit der Fernzündung, deren allgemeine Einführung nur noch eine technische Frage ist, in den Kreis der Versuche zu ziehen. Im Fall sich diese Versuche bewähren, würde der Zeitpunkt gekommen sein, wo Tausende von Gaslaternen in den Straßen gleichzeitig von einer Stelle aus angezündet werden und, von unsichtbarer Hand dirigiert, plötzlich ihr Licht spenden können. Es werden dann nicht, wie bisher, einige Straßen im Dunkeln liegen, während andere schon längst beleuchtet sind. Die Verwaltung wird bei der Einführung der Fernzündung diese nicht plötzlich, sondern nach und nach anbringen lassen, wodurch es möglich werden wird, die städtischen Laternenanzahl zu vermindern, die jetzt nur stundenweise beschäftigt werden können, nämlich in etwas verringertter Zahl als Laternenputzer usw. teilweise zu beschäftigen.

Ein recht unangenehmes Abenteuer erlebten kürzlich zwei Arbeitslose. Sie hatten gehört, daß man sich in der Central-Markthalle durch A. D. tragen von Waren für die Händler gelegentlich ein paar Groschen verdienen könne und begaben sich, um ja die Zeit nicht zu verkümmern, schon zu sehr früher Morgenstunde dahin. Die Halle war noch geschlossen und deshalb ergingen sich die beiden Arbeiter in den anliegenden menschenleeren Straßen. An der Ecke der Panorama- und Neuen Friedrichstraße kam morgens um 3/4 Uhr ein Schuttmann auf sie zu und fragte, ob sie eben in der König- oder Klosterstraße gewesen wären, oder ob sie zwei Leute mit grauen Jacketts gesehen hätten. Ehe die beiden die Frage beantworten konnten, kam ein zweiter Schuttmann herbeigelaufen und beschuldigte die beiden Arbeiter, sie hätten soeben in der Königstraße einen Schaufenster erbrochen. Die Arbeitssuchenden beteuerten ihre Unschuld, sie wiesen auch darauf hin, daß sie ja keine grünen, sondern schwarze Jacketts trugen und also die Gewandstücke nicht seien. Das half ihnen aber nichts. Sie wurden gefesselt, obgleich sie sich bereit erklärten, den Beamten freiwillig zu folgen, und dem Wächter des Hauses, wo der Schaufenster erbrochen war, vorgeführt. Der Wächter erklärte aber weiteres, daß die beiden Arbeiter nicht mit den gefesselten Fremden identisch seien, aber trotzdem wurden sie beide von den Schuttmännern nach der Wache des 21. Polizeireviers gebracht. Nachdem sie ihre Personalien angegeben hatten, sperrte man die beiden Arbeiter in eine Zelle. Die Unannehmlichkeit des Aufenthalts in derselben wurde noch dadurch erhöht, daß die Luft durch die Ausdünstungen eines neben der Zelle befindlichen Abortes mit süßen Dämpfen erfüllt war. Um 7 1/2 Uhr nahm der Wächter ein Protokoll mit den beiden Verhafteten auf, bei welcher Gelegenheit er Anmerkungen machte, aus denen die beiden entnehmen, daß sie allen Ernstes für zwei seit längerer Zeit geflüchtete Schaufensterdiebe gehalten wurden. Daß sie hergelommen waren, um in der Markthalle Arbeit zu suchen, das wollte der Beamte nicht glauben. Endlich um 12 Uhr mittags, nachdem die beiden Unglücksgefährten 8 Stunden in der stinkenden Zelle zugebracht hatten, wurden sie entlassen.

Anstatt des erhofften Verdienstes haben die beiden Arbeiter die Lehre erhalten, daß es für Arbeitssuchende gefährlich werden kann, sich vor Tagesanbruch auf die Straße zu begeben, wenn zufällig zu derselben Zeit Polizeibeamte einen Spitzhuben spühen.

Der Redacteur des Handelsteils der „National-Zeitung“, Herr Dr. Julius Baisch, ist am Sonntagabend 72 Jahre alt in einem Anfall von Herzschwäche gestorben. Herr Baisch war seit 1873 Redacteur der „National-Zeitung“.

Zum Milchriege. Der Verband deutscher Milchhändler-Vereine hat zur Milchkonferenz im preussischen Landwirtschaftsministerium Stellung genommen. Die Witschaffung der Milch wird mit der Maßgabe auf gefordert, daß die Verantwortlichkeit der Produzenten festgelegt werde. Daneben wurde als wünschenswert hingewiesen, daß die Milch für die Molkerei der Milch und deren Verkauf bis zum Wohnort des Milchhändlers Sorge tragen. Auch für das Pasteurisieren der Milch will der Verband nur dann eintreten, wenn es am Produktionsort und von dem Produzenten ausgeführt wird. Uebrigens hält man eine reichsrechtliche Regelung der Milchfrage mit einer staatlichen Beaufsichtigung der Milchproduktion für geboten.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: In R. Wirtens Verlag (Hermann Henfelders) hier ist die Königlich Preussische Arzneitaxe für das Jahr 1902 erschienen. Sie ist vom Verleger sowie von allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1,20 M. zu beziehen.

Zu dem unangeführten Totschlag an der Kellnerin Weber teilt das Polizei-Präsidium mit: Am Montag, den 23. Dezember v. J., morgens um ca. 2 Uhr ist die frühere Kellnerin Hedwig Weber in der Invalidenstraße vor dem Stettiner Bahnhof angeblich von vier Männern angerempelt und von einem derselben mit einem mit einer Fischhornklappe versehenen Stiel über den Kopf geschlagen worden. Um 3 Uhr morgens ist dieselbe dann von einem unbekannt gebliebenen Manne nach ihrer Luisenstr. 59 belegenden Wohnung gebracht worden. Am 30. Dezember ist die Weber in der Königl. Klinik an der erhaltenen Kopfverletzung verstorben. Etwasige Zeugen des Vorfalles oder Personen, welche sonst zur Feststellung des Thatbestandes etwas angeben können, sowie der unbekannt Herr, welcher die Weber nach Hause gebracht hat, werden ersucht, sich schriftlich oder mündlich im nächsten Polizei-Revier oder im Polizei-Präsidium, Alexanderstr. 3/5, 2 Treppen, Zimmer 246, zu melden.

Eine sehr bemerkenswerte Ballonfahrt machten gelegentlich der letzten wissenschaftlichen Ausflüge am Donnerstag voriger Woche die Herren Veron und Elias von aeronautischen Observatorium des Königl. Meteorologischen Instituts zu Berlin. Die Herren flogen mit dem Ballon „Veron“ des Deutschen Vereins für Luftschiffahrt in Berlin um 9 Uhr früh auf und landeten am anderen Tage um 2 Uhr nachmittags bei Wjatin zwischen Kiew und Pottawa im südlichen Rußland, 1400 Kilometer von Berlin entfernt. Sie legten in der Stunde etwa 50 Kilometer zurück. Ein an demselben Tage in Berlin aufgestiegener Militärballon mit dem Lieutenant Hildebrandt und Kirchner als Insassen landete nach sieben Stunden auf dem Truppenübungsplatz bei Posen. Die Fahrt der Meteorologen ist die weiteste, die bis heute von einem deutschen Ballon zurückgelegt worden ist. Eine weitere Fahrt machte vor zwei Jahren der Graf de la Vaulx in Paris, der bei Kiew landete und über 2100 Kilometer zurückgelegt hat.

Wegen gemeinschaftlichen Landfriedensbruchs sind in der Nacht zum Sonntag acht Wachen im Alter von 16 bis 23 Jahren, die an der Spitze einer Menschenkette eine Polizeiwache für einen wollten, verhaftet worden. Die schwere Ausschreitung hängt mit der Silvesterfeier zusammen. In der Silvesternacht gebot ein Schuttmann des 9. Reviers in einer Schaufensterkassette in der Grünhaldenstraße 17, in der es allzu laut berging, gegen 2 Uhr Feierabend. Einer der Gäste, der 18jährige Willy Buntch, genannt Grünhalden, geriet darüber, wie seiner Zeit gemeldet, in der Trunkenheit in Wut und griff den Schuttmann so lange thätlich an, bis der Polizei ihn durch einen Säbelhieb über den Kopf unschädlich machte. Buntch liegt noch als Polizeigefangener in der Charité. Seine Freunde beschloßen, ihn an dem Beamten zu rächen. Am Sonntagabend sammelten sich alle, die ihre Mitwirkung versprochen hatten, in Schaufensterkassette und besaßen in Trupps bis 12 Uhr verschiedene Tausende. Dann vereinigte sich auf dem freien Felde an der Bismarckstraße eine Bande von 60 bis 70 Burschen, zog die Bismarckstraße hinunter und versuchte vor dem Gehäus an der Grünhaldenstraße, in dem sich im ersten Stock die Wache des 9. Reviers befindet, einen Höllenlärm. Drei Beamten, die der Rote entgegenzogen, erklärten die Säbelhieb, sie verlangten den Schuttmann heraus, der Wunsch geschlagen habe, und würden ihn, wenn er nicht freiwillig

komme, mit Gewalt herausziehen. Durch Zugung von Neugierigen schwoh die Menge bald auf etwa 200 Personen an. Während die Beamten durch die Notwehr von der Wache und aus dem Revier Verstärkung heranzogen, drang die Rote ungehindert auf sie ein und bewarf sie mit Steinen. Die Schuttmänner zogen nun blank und teilten nach rechts und links Hiebe aus. Bis zur Markthalle in der Grünhaldenstraße 4 leistete die Bande Widerstand, dann wurde sie von der verstärkten Schuttmannschaft gesprengt und auseinandergetrieben. 15 Personen wurden festgenommen, sieben von der Revierwache wieder entlassen, acht dagegen gestern der Kriminalpolizei zugeführt und von dieser nach dem Verhör nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht. Ein Mädchen, das dem Geliebten beim Einsteigen in den grünen Wagen frühstück zustellen wollte, wurde ebenfalls nach der Wache gebracht. Die Verhafteten, die sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben werden, sind der Maurer Gustav Busch, der wohnungslose Steinseher Otto Kern, der Leichter Karl Gröfz, die Arbeiter Paul Schuttmann und Hermann Reibold, der Maler Georg Budjinski, der Sattler Ludwig Laeger und der Arbeiter Otto Schaubert. Die ersten drei gelten als Säbelhieb, die übrigen auch noch bei ihrer Verhaftung mit Händen und Füßen um sich. Der ungeheure nächtliche Lärm rief große Aufregung hervor. Der gefaschte Schuttmann war übrigens gar nicht auf der Wache.

Diebesgut? Das Polizeipräsidium teilt mit: Im Brunwald wurden am 6. d. M. vergraben aufgefunden 330 Stück Blechbüchsen voll Haarpomade, kleines Format, blau gestrichen, auf dem Deckel ein Hirschkopf mit starkem Schmuck, und ferner 40 Stück flache Blechbüchsen, auf dem Deckel Spiegelglas. Beide Sorten Dosen sind ohne Firma und enthalten eine cremefarbige, fettige Pomade. Angegeben werden zu 248 IV. 6. 02, Kriminalpolizei, Zimmer 244, erbeten.

Ein Opfer der Straßenbahn. Vor den Augen seiner Tante wurde Sonntagnachmittag auf der Straßenbahn der 2 1/2 Jahre alte Sohn Max des Bankier Leonhardschen Ehepaars aus der Turnstraße 47 überfahren. Die Leute besuchten gestern mit ihren Kindern eine Schwester des Mannes, die unverheiratete Arbeiterin Klara Leonhardt, in der Breslauerstr. 10. Als Fräulein Leonhardt kurz vor 2 Uhr zum Bäcker gehen wollte, um Kuchen zum Kaffee zu holen, dat sie der Kleine, ihn mitzunehmen beim Uebersetzen des Bodendammes vor dem Hause Breslauerstr. 23 fiel der Kleine vor einem Wagen (Nr. 1777) der Linie Charlottenburg (Antischiff) - Sälzischer Bahnhof, der nach dem Bahnhof zu fuhr, um und geriet unter die Plattform, während seine Tante noch zurückspringen konnte. Der Unglückliche erlitt schwere Verletzungen am Schädel und am Gesicht und starb bald darauf unter den Händen eines Arztes auf der Unfallstation am Grünen Weg. Die Leiche wurde nach der Wohnung der Tante und von dort nach dem Schauhaus gebracht.

Ein schreckliches Brandunglück, dem ein 3 1/2-jähriges Mädchen zum Opfer fiel, ereignete sich Montagnachmittag in der Pappelallee 128. Hier hat die unverheiratete Wäscherin Gollmer im zweiten Stock eine kleine Wohnstube inne, während die dazu gehörige Küche von einer Frau J. bewohnt wird. Da die Gollmer tagsüber außer dem Hause wohnt, so übergab sie selber die Aufsicht über ihr 3 1/2-jähriges Töchterchen Lieschen der Frau J. So geschah es auch am Montag, nachdem sie vorher den eisernen Studenofen thätig angezündet hatte. Während nun Frau J. sich mit mehreren Nachbarn in der Küche zu schaffen machte, hatte die kleine Gollmer die Stube ausgeht und sich vor den glühenden Ofen gestellt. Hierbei hatten ihre Kleider Feuer gefangen, doch gab sie keinen Laut von sich. Als Nachbarn schließlich den Feuerchein erblühten und Lärm schlugen, eilte Frau J. in die Stube. Anstatt aber die Flammen zu erlösen, schob sie unbegrifflicherweise das arme Kind zur Stube hinaus auf den Treppenhof. Es war ein bejammernswertes Anblick, wie das Kind in Flammen gehüllt lautlos da stand, nur die Hände bewegend. Der im vierten Stock wohnende Arbeiter Louis Boyte suchte die Flammen zu erlösen, zog sich aber dabei selbst Brandwunden an den Händen zu. Nachbarn gossen schließlich Wasser über das Kind und löschten den Brand. Der Körper der Kleinen war schrecklich zergründet, weshalb die alarmierte Feuerwehr für sofortige Ueberführung des Kindes nach dem Lazarus-Krankenhaus sorgte, wo es inzwischen seinen schrecklichen Qualen erlegen ist.

Großfeuer kam am Sonntagvormittag um 8 1/2 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in Moabit, Altschiffstr. 24, zum Ausbruch, nachdem es dort schon längere Zeit unbemerkt geschwelt haben muß. Bei Anbruch der 4. Kompanie unserer Feuerwehrl unter Leitung des Brandinspektors Julius Hand die Emaile Manufaktur (Fabrik) von Bruno Verich in Flammen. Es brannte ein ein- und ein zweistöckiger Postgebäudekomplex in großer Ausdehnung. Wegen der Nähe eines Kohlenlagerplatzes und mehrerer Fabrikbetriebe ließ der leitende Offizier „Mittelfeuer“ an alle Wachen melden. In kurzer Zeit waren elf Löschzüge mit 36 Fahrzeugen unter dem Brandinspektor Bohrdt an der Brandstelle versammelt. Mit großer Bravour wurde vorgegangen und mit sechs Kohren unausgeseht kräftig Wasser gegeben. Nach einständiger Thätigkeit konnte ein Teil der Feuerwehrl schon wieder abziehen. Nachmittag um 3 Uhr konnte der erste Zug, der die Aufstammungs- und Abblösungsarbeiten besorgte, als letzter die Brandstelle verlassen. Die Fabrik im 1. und 2. Stock der Quergebäude ist ausgebrannt.

Brand eines großen Steinkohlenlagers. Gestern Mittag stand ein mehrere Hunderttausend Centner betragendes Steinkohlenlager der englischen Gasanstalt an der Wäldchenstraße in Flammen. Gegen 11 Uhr stieg von dem Kohlenhaufen ganz plötzlich eine dicke Rauchwolke auf, die sich über die Wäldchenstraße zog und zur Alarmierung mehrerer Löschzüge führte. Diese rückten zwar wieder ab, nachdem sie längere Zeit aus zwei Dampfhydranten Wasser gegeben hatten, doch dauerte der Brand fort. Wenn auch für die Gasanstalt keinerlei Gefahr besteht, muß doch das ganze Kohlenlager abgetragen werden, da der Brandherd ziemlich tief zu liegen scheint.

Handwirtschafts-Genossenschaften. Für die von dem Verein für Handwirtschafts-Genossenschaften für Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, nach den Festtagen in der Vertheilung 20 eindrucksvolle öffentliche Versammlung giebt sich lebhaftes Interesse kund. Frau Lily Braun wird über das Thema Wirtschaftsgenossenschaften und Familienleben sprechen. Die auf den Vortrag folgende Diskussion dürfte sich zu einer sehr anregenden Auseinandersetzung über das erste Problem gestalten, da sich bereits eine Anzahl Redner und Rednerinnen gemeldet haben.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Dienstag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr Privatdozent Dr. Helm den zweiten Teil seines Vortrages „Einführung in die lateinische Sprache“ im Unig. Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6. Es wird das 4. Buch von Cäsar gallischer Krieg gelesen und erklärt werden. Der Text nebst Vocabularium wird den Teilnehmern am ersten Abend übergeben. Eintrittskarten à 1 M. für den 6. Vorträge von je 1 1/2 Stunden umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, W. Leipzigerstr. 138; K. Schick, O. Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendörfer, C. Sophienstr. 20; G. E. Ueberer, W. Karlsruherstr. 70; Bernhart Staat, SW., Friedrichstr. 260; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, W., Köpenickerstr. 23.

Aus den Nachbarrufen. Die Hoffnungen, welche auf die Thätigkeit des im vorigen Jahre neu gewählten Gemeindevorstehers gesetzt wurden, nachdem der vorige Gemeindevorsteher auf Veranlassung der Gemeindevertretung sein Amt niedergelegt hatte, scheinen sich nicht in dem Maße zu erfüllen, wie allgemein angenommen wurde. So machte die Resolutionslegung für das Jahr 1900 von der Tagesordnung der letzten Sitzung wiederum abgesehen werden, weil der Gemeindevorsteher diesmal die Revision nicht in dem Sitzungszimmer vornehmen ließ, da das Zimmer gleichzeitig kein Arbeitszimmer sei und er nicht jedesmal die Akten zusammenpacken wolle. Die Revisoren hatten wiederum die Revision in dem Bureauzimmer wegen des Verkehrs mit dem Publikum nicht vorgenommen. Auch die Ein-

berufung und Festsetzung der Sitzungen wurde nicht nach den festgelegten Beschlüssen vorgenommen, trotzdem der Vorsteher schon mehrmals auf diesbezügliche Anträge aus der Vertretung verwiesen hatte, sich nach den geltenden Bestimmungen zu richten. In seiner wahren Bestimmung zeigte sich der Herr in der letzten Sitzung bei der Beratung über den Turnhallenbau. Der Vorsteher erklärte folgendes: Eine Turnhalle sei ein Luxusbau, so lange die Gemeinde keine Kirche besitze.

Gemeindevorsteher Mann gab der entgegengeetzten Meinung Ausdruck und wies auf die traurige Zeit hin, wo die Lehrer gezwungen waren, durch die Anweisungen ihrer vorgelegten Verbände, die Kinder zum Ungehorsam gegen die eigenen Eltern aufzufordern. Der Gemeindevorsteher blieb indes bei seiner Ansicht, daß Johannisthal mit 2700 Einwohnern erst eine Kirche haben müsse, ehe eine Turnhalle gebaut werden könne. Dasselbe Ansicht vertrat auch der bekannte Herr Ruape. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte der Vorsteher noch, daß die Wähler des Vertreters Mann wohl der Zahl nach in der Mehrheit wären, aber nicht der Summe der gezahlten Steuern nach und infolgedessen auch kein Recht auf größere Ausgaben hätten. Diese Klassifizierung der Wähler der dritten Abteilung wurde von Mann entschieden zurückgewiesen unter dem Hinweis, daß ja zu dem Gehalte des Gemeindevorstehers auch der arme Steuerzahler mit beitragen müsse. Diese Kritik seiner Bestimmung brachte den Gemeindevorsteher derartig aus der Fassung, daß er die Sitzung aufhob. Eine Aufforderung des Vorstehers, den Ausdruck Unverschämtheit, den Mann gebraucht hatte, zurückzunehmen, lehnte unser Parteigenosse entschieden ab. Zu verlässlichen Akten ist dem Genossen Mann in den Sitzungen nun schon entgegengetreten worden, daß seine Wähler geringwertiger seien, als die Wähler der anderen Abteilungen. Bei den bevorstehenden Gemeindevorsteherwahlen im März ist es nun Sache der Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß jene Herren die richtige Antwort erhalten!

Lichtenberg. Vor der Wahl. Ein edler Wettstreit beginnt in unster Landgemeinde, der nichts mehr und nichts weniger als das Wohlergehen der Gemeinde bezweckt! Nicht weniger als drei Anträge und zwei Interpellationen sind von den Freisinnigen eingebracht und Gegenstand der Beratung der am 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Gemeindevorsteher-Sitzung. Interpellationen wollen die Herren wegen der Revision der Grundwertsteuer-Veranlagung. Beantragen werden die Herren Erhöhung der Hundesteuer von 12 auf 15 M., sojamm Stellungsnahme zu dem Gesetzentwurf über den Servistarif und Wohnungs-geld-Zuschuß und ferner die Errichtung eines Elektrizitätswerkes für Rechnung der Gemeinde. Endlich wollen die Herren Auskunft über das Schicksal des Antrages vom 21. März v. J. betreffend die Annahme der Städteverfassung für die Gemeinde Lichtenberg haben. Weiterer Gegenstand der Verhandlung wird neben anderem auch die Abänderung des Ortsstatuts über das zu erstehende Gewerbegebiet sein. Die Regsamkeit unfres Kommunalstreifens scheint unter anderem eine Antwort auf die Erklärung des Gemeindevorstehers zu sein, wonach in Zukunft Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, in besonderen Besprechungen unter dem Punkt „Mitteilungen“ wie bisher geübt, nicht mehr zugelassen sind; immerhin ein Erfolg für den vom Gemeindevorstand vorge schlagenen, aber von der Vertretung abgelehnten Antrag, wonach Anträge der Gemeindevorordneten nur dann Gegenstand der Beratung sein sollten, wenn diese von mindestens zehn (!) Bevordneten (bei 24 Mitgliedern, darunter 8 Sozialdemokraten) unterschrieben seien.

Gewichts-Beitrag.

Polizeibeleidigung. Genosse Kunkel in Wunsiedel soll in einer Verleumdung vorliegend ausgeführt haben, „vor den Männern, die dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen sind, müsse man mehr Respekt haben, als vor den jungen Leuten, die unerfahren, kaum 30 Jahre alt, glatt rasiert, heutzutage mit der Ueberwachung von Verammlungen betraut werden.“ Hierdurch schätzte sich der Bezirksamts-Assessor und Amtsanwalt Speck in Wunsiedel beleidigt und gegen Genossen Kunkel wurde Anzeige erhoben. Als Kronzeuge trat ein Genosse Jent auf, der unter der Saal für gestanden und die ganzen Ausführungen K. gehört haben will, es habe ihm geschienen, als sei die Rede zuvor „einstudiert“ gewesen. Trotz aller Nachfragen ist es aber nicht gelungen, nur einen Verammlungsbesucher ausfindig zu machen, der bestätigen könnte, daß der Genosse an dem bezeichneten Plage gestanden hat. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis. Der Amtsanwalt hatte sechs Wochen beantragt und schon den Vergleich eines königlichen Beamten mit einem Sozialdemokraten als „schwere Beleidigung“ erklärt!

Vermischtes.

Der Postagent und Stationsvorsteher Risse in Niederulsterdorf bei Homburg ist, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, seit 9. Januar abends nach Verübung von Unterschlagungen flüchtig. Wähler ist ein Fehlbetrag von 1216 M. bei den Postassessoren und ein solcher von 5348 M. bei den Wählerassessoren festgestellt. Auf Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt.

Aus Laroche (Dep. Doune) wird berichtet: In einem Dachzimmer der Frauenabteilung des Departements-Zirnenhauses brach in der vergangenen Nacht Feuer aus. 250 Kranke wurden, nachdem alle geweckt waren, in den Hof gebracht. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Am Morgen fehlten 12 Kranke; man glaubt, daß mehrere derselben bei Fluchtversuchen in dem nahen Flusse ertrunken sind.

Selbstmord. Aus Budapest wird gemeldet: Der hiesige Arzt Dr. Tomka, welcher vor einigen Tagen Anzeige erstattete, daß bei ihm 180 000 Kronen durch Einbruch gestohlen wurden, hat sich heute aus dem Fenster des vierten Stockwerkes gestürzt und 6 Uhr sofort tot. Einem Gerücht zufolge sollen sich Verdachtsmomente ergeben haben, daß der Einbruch nur fingiert war, da Tomka sich gegen Einbruch hoch versichert hatte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntagabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. M. Die Stadtverordneten erhalten keine Pöhlen. Die Auflösung der Stadtverordneten rührte, wie Sie vermuten, von der Vernehmung der Mandatäre her.

V. S. Vorsitzender des Wanderverb. und Bauvereins ist Herr Franz Schütz, Altdorf, Weiserstr. 202. Wenden Sie sich an diesen Herrn.

Witterungsübersicht vom 13. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	
Schwandau	757,2	SW	6	bedeckt	2	Spartannda	748,6	—	—	2	Rebel	-15
Dammsburg	762,9	SW	4	bedeckt	2	Verderburg	759,3	SW	1	bedeckt	—	-20
Berlin	761,9	SW	4	bedeckt	2	Soet	770,0	SW	4	bedeckt	—	6
Brandenburg	766,3	SW	4	bedeckt	3	Aberdeen	—	—	—	—	—	—
Wien	767,3	SW	4	bedeckt	1	Paris	768,3	SW	1	bedeckt	—	-1
Wien	765,3	—	4	wolfig	4	—	—	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Dienstag, den 14. Januar 1902. Kalt und veränderlich, vorherrschend wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.